



# Landtag von Baden-Württemberg

92. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 26. Februar 2014 • Kunstgebäude

Beginn: 10:00 Uhr

Mittagspause: 12:04 bis 14:00 Uhr

Schluss: 16:55 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	5477	3.2 Urteil des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz über die Rechtmäßigkeit der Verwertbarkeit von Daten der sogenannten Steuer-CDs . . . . .	5499
1. Aktuelle Debatte – <b>Fünf Jahre Duale Hochschule Baden-Württemberg – eine Erfolgsgeschichte!</b> – beantragt von der Fraktion GRÜNE . . . . .	5477	Abg. Klaus Maier SPD . . . . .	5499, 5500, 5504
Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE . . . . .	5477, 5484	Staatssekretär Ingo Rust . . . . .	5499, 5500, 5501, 5502, 5503, 5504
Abg. Sabine Kurtz CDU . . . . .	5478, 5485	Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD . . . . .	5500, 5502
Abg. Georg Nelius SPD . . . . .	5480	Abg. Klaus Herrmann CDU . . . . .	5500, 5502, 5503
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP . . . . .	5480	Abg. Muhterem Aras GRÜNE . . . . .	5500, 5501, 5503
Ministerin Theresia Bauer . . . . .	5482	Abg. Karl Zimmermann CDU . . . . .	5501
Abg. Martin Rivoir SPD . . . . .	5485	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit</b> – Drucksache 15/4661	
2. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – <b>Überraschendes Umschwenken des Innenministers bei der Zentralisierung des Verfassungsschutzes</b> – Drucksache 15/4539 . . . . .	5486	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/4800 . . . . .	5494
Abg. Karl Zimmermann CDU . . . . .	5486, 5494	Abg. Bernd Hitzler CDU . . . . .	5494, 5498
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE . . . . .	5487	Abg. Jürgen Filius GRÜNE . . . . .	5495
Abg. Florian Wahl SPD . . . . .	5489	Abg. Sascha Binder SPD . . . . .	5495
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .	5489	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .	5496
Minister Reinhold Gall . . . . .	5490	Minister Rainer Stickelberger . . . . .	5496
3. <b>Regierungsbefragung</b>		Beschluss . . . . .	5498
3.1 <b>Muss die Justiz doch noch nicht sparen? Grüne lassen mit sich reden.</b> . . . . .	5504	5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Bauprodukte-Marktüberwachungsdurchführungsgesetzes</b> – Drucksache 15/4720 . . . . .	5499
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .	5504, 5505, 5507	Beschluss . . . . .	5499
Minister Rainer Stickelberger . . . . .	5504, 5505, 5506, 5507		
Abg. Jürgen Filius GRÜNE . . . . .	5505		
Abg. Dieter Hillebrand CDU . . . . .	5506, 5507		
Abg. Anneke Graner SPD . . . . .	5506		

<p>6. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – <b>Online-Portal zur Bürgerbeteiligung bei der Bildungsplanarbeit</b> – Drucksache 15/3320 (Geänderte Fassung) . . . . . 5508</p> <p>Abg. Georg Wacker CDU . . . . . 5508, 5515</p> <p>Abg. Sandra Boser GRÜNE . . . . . 5509</p> <p>Abg. Gerhard Kleinböck SPD . . . . . 5510</p> <p>Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . . 5511</p> <p>Minister Andreas Stoch . . . . . 5513</p> <p>Beschluss . . . . . 5515</p> <p>7. a) Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu den Mitteilungen des Rechnungshofs vom 4. Juli 2013 – <b>Denkschrift 2013 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg</b> – Drucksachen 15/3800, 15/3801 bis 15/3822, 15/4201 bis 15/4222</p> <p>b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 24. Oktober 2013 – <b>Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 2011 durch den Landtag</b> – Drucksachen 15/4247, 15/4582</p> <p>c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 27. November 2012 – <b>Haushaltsrechnung des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011</b> – Drucksachen 15/2782, 15/4583 . . . . . 5515</p> <p>Präsident Max Munding . . . . . 5516</p> <p>Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU . . . . . 5518</p> <p>Abg. Muhterem Aras GRÜNE . . . . . 5520</p> <p>Abg. Klaus Maier SPD . . . . . 5523</p> <p>Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . . 5525</p> <p>Staatssekretär Ingo Rust . . . . . 5526</p> <p>Beschluss . . . . . 5528</p> <p>8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 20. Dezember 2013 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 10: Zentrale Bußgeldstelle beim Regierungspräsidium Karlsruhe</b> – Drucksachen 15/4557, 15/4713</p> <p>9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Dezember 2013 –</p>	<p><b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 15: Gemeinsame Datenverarbeitungsstelle der Justiz</b> – Drucksachen 15/4511, 15/4710</p> <p>10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2013 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 28: Württembergische Philharmonie Reutlingen und Stuttgarter Philharmoniker</b> – Drucksachen 15/4558, 15/4711</p> <p>11. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. Dezember 2013 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Sicherung der Ansprüche des Landes im Zusammenhang mit dem Rückkauf der EnBW-Anteile von der Electricité de France</b> – Drucksachen 15/4510, 15/4709</p> <p>12. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 17. Dezember 2013 – <b>Wohnungspolitik 2014 – Bericht und Leitlinien zur Wohnraumbförderung</b> – Drucksachen 15/4562, 15/4708</p> <p>13. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 11. Februar 2014 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020 bis 2030</b> – Drucksachen 15/4754, 15/4784</p> <p>14. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 11. Februar 2014 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Einrichtung und Anwendung einer Marktstabilitätsreserve für das EU-System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten</b> – Drucksachen 15/4756, 15/4785</p> <p>15. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 15/4741, 15/4742, 15/4743. . . . . 5528</p> <p>Gemeinsamer Beschluss zu den Tagesordnungspunkten 8 bis 15 . . . . . 5529</p> <p>Nächste Sitzung . . . . . 5529</p>
--	--

## Protokoll

über die 92. Sitzung vom 26. Februar 2014

Beginn: 10:00 Uhr

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 92. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Kollegen Schwehr erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Kollege Deuschle, Herr Kollege Jägel, Herr Kollege Pix und Herr Kollege Sakellariou.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Herr Minister Friedrich, Herr Minister Hermann, Herr Minister Dr. Schmid ab 13:00 Uhr und Frau Staatssekretärin von Wartenberg.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, weise ich darauf hin, dass heute hier im Plenarsaal eine Premiere stattfindet. Wie Sie vielleicht schon gehört haben, macht das Stuttgarter Kunstgebäude als Übergangsquartier des Landtags heute seinem Namen alle Ehre: Erstmals wird ein Künstler den Plenarsaal während einer laufenden Sitzung malen. Ich begrüße den Schömberger Künstler Andreas Wundersee sehr herzlich, der die heutige Plenarsitzung auf künstlerische Art und Weise zu Papier bringt. Er hat uns versichert, jeden Abgeordneten und jede Abgeordnete nur in der vorteilhaftesten Form darzustellen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Fünf Jahre Duale Hochschule Baden-Württemberg – eine Erfolgsgeschichte! – beantragt von der Fraktion GRÜNE**

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten mit der üblichen Abfolge festgelegt.

Das Wort für die Fraktion GRÜNE erhält Herr Kollege Dr. Schmidt-Eisenlohr.

**Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Fünf Jahre Duale Hochschule Baden-Württemberg – am kommenden Samstag, am 1. März, feiern wir dieses Jubiläum. Am 1. März 2009 wurde aus den Standorten der Berufsakademien in unserem Land die Duale Hochschule geschaffen. In der Zeit davor gab und auch seither gibt es eine rasante Entwicklung. Wir finden, das ist ein Grund zu feiern und dies heute in einer Aktuellen Debatte zu würdigen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte mit einem kurzen Rückblick starten. Ich selbst habe an einer damaligen BA studiert.

(Beifall des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP –  
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Und auch bestanden!)

– Herr Haußmann, ich komme noch auf Sie zu. – 1999 habe ich mich ganz bewusst für dieses System entschieden, weil es bestimmte Vorteile hatte, die mich angesprochen haben. Ich wollte nicht an eine Universität, ich wollte – zu diesem Zeitpunkt – nicht an eine Fachhochschule. Die kleinen Kurse, die besondere Art und Weise des dualen Studiums, gleichzeitig in einer Firma zu arbeiten, das, was man in der Theorie gelernt hat, auszuprobieren und gleich zu hinterfragen, auch die besonderen Methoden, die es damals an der Berufsakademie schon gab, in der Gruppe Dinge zu erarbeiten, gruppendynamische Prozesse auszuprobieren, die hohe Flexibilität, die damals in den Fachrichtungen schon vorgeherrscht hat, die es in anderen Strukturen so nicht gab – dort war es sehr schwerfällig – und die an jedem Standort auch ein Stück weit anders waren, das waren Dinge, die mich sehr angesprochen haben und die ich heute – das würden wahrscheinlich alle bestätigen; in dieser Runde haben wir noch ein paar andere Vertreter – als Besonderheiten bezeichne, von denen man später in der Praxis wirklich profitieren konnte. Das war die starke Seite der Berufsakademien in der Zeit vor 2009.

Es gab aber auch andere Punkte; das habe ich am eigenen Leib erlebt. Ich wollte ins Ausland, nach Cambridge, und es war überhaupt nicht klar, wie man so etwas eigentlich organisiert. Es gab keine klaren Kooperationsverträge, die für alle galten. Es war schwierig, abzustimmen, wie man mit den Prüfungen umgeht. Es war unklar, wie Leistungen angerechnet werden und wie man, wenn man etwas nicht anrechnet, mit dem Rest umgeht. Das war nicht so klar. Es gab erste Versuche mit Studiengängen im Ausland, aber das war wirklich noch der Anfang.

Insofern war es ganz wichtig, dass man an dieser Stelle erkannt hat: Man braucht klare Verfahren, man braucht klare Prozesse, die dann eben nicht nur pro Standort, sondern einheitlich zu regeln sind. Ich kann aus eigenem Erleben berichten: Es war eine richtige und gute Entscheidung, im Jahr 2009 ein neues Konzept aufzusetzen und die Berufsakademien in die Duale Hochschule in der jetzigen Form zu überführen. Das war eine mutige und richtige Entscheidung, die vor allem für die Studierenden große Vorteile gebracht hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU und Jochen Haußmann FDP/DVP)

(Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr)

Was war die Konsequenz? Konsequenz war, das State-University-Konzept zu übernehmen und insbesondere in puncto Qualitätssicherung zu versuchen, einheitliche Standards für alle Standorte hinzubekommen. Man hat noch einmal und klarer gesagt, dass man die Partner, also die Wirtschaft, noch stärker einbinden will; z. B. in den Hochschulräten haben sie einen stärkeren Einfluss gewinnen können. Das waren ganz wichtige Voraussetzungen.

Was ich ganz besonders gut fand, war, dass es nun einen einheitlichen Auftritt als Duale Hochschule Baden-Württemberg gab, um auch international wahrgenommen zu werden und den Studierenden die Möglichkeit zu bieten, ins Ausland zu gehen – so wie ich die Möglichkeit hatte, nach Cambridge zu gehen, wo die DHBW als echter Hochschulstandort, als Hochschule erkannt wurde.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Jetzt wissen wir es!)

Es war wichtig, diese Vorgeschichte darzustellen. In diesen fünf Jahren ist natürlich viel passiert. Die Nachfrage nach einem Studium an der DHBW ist enorm gestiegen, und sie ist aufgrund dieser Struktur nicht nur vor Ort, sondern auch überregional gestiegen. Die DHBW ist auch außerhalb von Baden-Württemberg gefragt. Ich denke, wenn ich jetzt hier die Kolleginnen und Kollegen fragen würde, die ein BA-Studium gemacht haben, würden auch sie sagen: Es gab immer einen überproportional großen Anteil von Studierenden, die gar nicht aus der Region direkt, sondern aus anderen Regionen Deutschlands – z. B. aus Hamburg – zum Studium nach Baden-Württemberg kamen; sie hatten ihren Arbeitgeber eben in einem anderen Bundesland. Es gibt also ein überregionales Angebot.

Das Angebot ist vielfältiger geworden. Ursprünglich kam diese Hochschulform aus dem Wirtschaftsbereich. Sie ist stark im technischen Bereich vertreten und hat ein sehr starkes Wachstum im Bereich Soziales. Ich denke, das ist ein besonderer Pfeiler des Erfolgs der DHBW in den letzten fünf Jahren. Es sind viel mehr Kooperationen entstanden, seitdem es die neue Struktur gibt. Ich nenne den Standort Mannheim als Beispiel; dort gibt es selbstverständlich eine Kooperation mit der Universität und mit der Hochschule für angewandte Wissenschaften vor Ort. Das alles sind Dinge, die in diesen fünf Jahren ganz toll gewachsen sind. Man muss an dieser Stelle einfach auch einmal loben, was alle Beteiligten geleistet haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Sabine Kurtz CDU und Jochen Haußmann FDP/DVP)

Mittlerweile hat die DHBW ein hohes Ansehen bei Studierenden, aber vor allem auch in der Wirtschaft – es ist ganz wichtig, das immer wieder zu betonen –, insbesondere wegen der Berufsnähe. Mittlerweile gibt es auch erste Angebote im Masterbereich. Der Bereich Forschung wurde in diesen fünf Jahren aufgebaut. Ich denke, da wurde viel Wichtiges und Wertvolles geleistet. Das hat sich dann im Jahr 2011 gezeigt: Die DHBW war die allererste Hochschule in Baden-Württemberg, die eine vollständige Systemakkreditierung bekommen hat. So wurde nicht nur ein einzelner Studiengang akkreditiert, sondern es wurde gesagt, dass das, was an dieser Institution geleistet wird, den Hochschulstandards in allen Belangen ent-

spricht. Das war ein Vorzeigemodell und bedeutete wirklich eine Vorreiterrolle für Baden-Württemberg. Das muss man an dieser Stelle einfach einmal loben. Die DHBW war die erste Hochschule, die dies in unserem Land erreicht hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Fazit: Uns war seit 2011 wichtig, auch die DHBW weiter auszubauen. Wir haben das hier schon in vielen Debatten besprochen: Ausbauprogramme, erhöhte Mittelzuweisung, Raumanmietungen wurden vereinfacht, gerade wurde ein neuer Bau eröffnet; diese Finanzierung haben wir ermöglicht. Wir schätzen die Rolle der DHBW. Die die Koalition tragenden Fraktionen haben sich sehr dafür eingesetzt, auch in den Haushalten entsprechende Gelder freizumachen. Ich erinnere noch einmal an die Entfristung von Stellen beispielsweise in diesem Programm.

Insofern: Für uns ist die DHBW nicht nur symbolisch wichtig. Vielmehr nehmen wir sie auch ernst und haben sie entsprechend mit Finanzen ausgestattet. Die DHBW ist einzigartig in der Qualität – das ist am Beispiel der Akkreditierung zu erkennen –, einzigartig in der Wahrnehmung durch die Unternehmen. Deswegen sind wir stolz auf die DHBW, die wir bei uns im Land haben, und auf ihre Entwicklung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Sabine Kurtz CDU und Jochen Haußmann FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht die Kollegin Kurtz.

**Abg. Sabine Kurtz CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion freut sich über diese Aktuelle Debatte. Es freut uns ganz besonders, dass die Landesregierung, die ja noch keine drei Jahre im Amt ist, jetzt auf ein Erfolgsmodell verweist, das fünf Jahre und älter ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht alles war schlecht! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Späte Erkenntnis!)

– Normalerweise, lieber Herr Schmiedel, beginnt Ihre Zeitrechnung immer im Mai 2011, und alles, was davor liegt, scheint ein einziger großer Scherbenhaufen zu sein, den wir Ihnen hinterlassen haben und den Sie jetzt zusammenkehren müssen.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Insofern ist es doch schön, dass wir jetzt hier einmal gemeinsam an ein Erfolgsmodell anknüpfen können. Sie wissen, es ist eigentlich von mehreren CDU-geführten Landesregierungen auf den Weg gebracht worden, ist aber untrennbar mit Peter Frankenberg und auch mit seinem Staatssekretär Dietrich Birk verbunden, die dann die Umwandlung der Berufsakademien, die es seit 1974 gab, zur Dualen Hochschule Baden-Württemberg vorgenommen haben.

Das stetige Wachstum der Studierendenzahlen und der Zahl der beteiligten Unternehmen beweist, dass wir die Weichen

(Sabine Kurtz)

richtig gestellt haben. Und noch einmal: Es war schön, richtig und hilfreich, dass wir das im Konsens getan haben, dass wir im Zusammenhang mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg fraktionsübergreifend einen Konsens haben und jetzt auf eine fünfjährige gemeinsame Erfolgsgeschichte zurückschauen können.

Auch für uns ist das ein Anlass, allen zu danken, die daran mitgewirkt haben: den Rektoren, den Professoren, den Unternehmen, den Studierenden, den Hochschulräten sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie alle haben daran mitgewirkt, dass wir z. B. die Zahl der Studienanfängerplätze noch einmal erhöhen konnten, dass wir den Masterplan 2012 und den weiteren Ausbau umsetzen konnten, dass wir auf diese Weise den doppelten Abiturjahrgang auffangen konnten und vielen jungen Menschen eine akademische Ausbildung ermöglichen haben, wobei wirklich zu betonen ist, dass das Besondere an der Dualen Hochschule die enge Verzahnung von Theorie und Praxis ist. Herr Dr. Schmidt-Eisenlohr hat das eben sehr anschaulich aus der eigenen Erfahrung beschrieben. Wir haben damit also ein bundesweit beachtetes, vorbildliches Modell geschaffen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Unsere heutige differenzierte Hochschullandschaft in Baden-Württemberg ist ohne die Duale Hochschule überhaupt nicht mehr vorstellbar. Aber ich will Sie schon daran erinnern, meine Damen und Herren, dass dies das Ergebnis eines langfristigen Konzepts ist, das wir konsequent umgesetzt haben, wie gesagt, beginnend mit den Berufsakademien Anfang der Siebzigerjahre bis zum Gesetz zur Dualen Hochschule im Jahr 2008.

Ein solches schlüssiges, konsequentes Konzept, meine Damen und Herren, vermissen wir bei Ihnen leider noch. Sie scheinen leider immer noch etwas zu schwanken und sich nicht entscheiden zu können hinsichtlich des Organisationsmodells der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Für uns ist es ein Kernelement dieser Hochschule, dass es ein austariertes Verhältnis gibt zwischen den dezentralen Studienakademien und den zentralen Gremien. Wir sind davon überzeugt – wie mir scheint, sind wir uns da mit Ihnen, Herr Dr. Schmidt-Eisenlohr, und mit den Grünen einig –, dass wir diese zentrale Steuerung gerade für die Qualitätssicherung brauchen und dass sie der Schlüssel zum Erfolg ist. Ich glaube weiterhin, dass die zentrale Ebene die Verantwortung für das weite Netz der Studienakademien übernehmen muss und dass nur so diese Systemakkreditierung, die Sie eben hervorgehoben haben, möglich ist.

Wir von der CDU haben also überhaupt keinen Anlass, an diesem erfolgreichen Modell zu rütteln oder gar einen Weg zurück zur Struktur der früheren Berufsakademien zu gehen. Wir sind wirklich froh, dass das jetzt in der Novelle zum Landeshochschulgesetz auch so festgeschrieben wird. Wir haben bei der Anhörung des Wissenschaftsausschusses gehört, dass viele Gespräche notwendig waren, auch Überzeugungsarbeit, und dass die Betroffenen jetzt sehr dankbar für die gefundenen Regelungen sind. Wir können Sie nur warnen, daran noch einmal herumzudoktern und möglicherweise dieses Verhältnis von Dezentralität und zentraler Einheit infrage zu stellen.

Ich finde, Sie können der Dualen Hochschule nichts zumuten, was sie selbst ablehnt. Sie haben ihr schon einiges zugemutet. Ich erinnere nur daran, dass die Duale Hochschule von der Abschaffung der Studiengebühren besonders betroffen war. 2,5 Millionen € pro Jahr hatte sie zu verkraften, weil die Kompensationsmittel für die Studiengebühren nicht ausreichend waren. Es hat lange gedauert, bis Sie das eingesehen haben und dort Abhilfe geschaffen haben. Das war keine Glanzleistung.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Auch jetzt droht wieder eine Missstimmung. Das können wir bei allem Jubilieren nicht ganz aus den Augen verlieren. Das Markenzeichen der Dualen Hochschule ist die enge Verzahnung von Wirtschaft und Hochschule, und die Duale Hochschule ist dringend auf die Zusammenarbeit mit den Unternehmen angewiesen. Wenn Sie jetzt das Leitbild der unternehmerischen Hochschule abschaffen und diese enge Kooperation infrage stellen, dann machen Sie damit der Dualen Hochschule und auch der Wirtschaft in den verschiedenen Regionen im Land zu schaffen. Ich erinnere daran, dass Sie den Hochschulrat in seinen Rechten stark beschneiden wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Die Hochschulräte dürfen nur noch neun Jahre amtieren. Sie können sogar vom Ministerium abberufen werden. Das macht dieses Amt für Persönlichkeiten aus der Wirtschaft nicht attraktiv, und das müssen Sie ernst nehmen, wenn Sie jetzt an die Novellierung des Landeshochschulgesetzes gehen.

Das Jahr 2014 ist auch noch in einer anderen Beziehung sehr wichtig und zukunftsweisend für alle Hochschulen und damit auch für die Duale Hochschule. Das betrifft die Neuauflage des Solidarpakts, die Sie derzeit aushandeln wollen. Sie müssen sicherstellen – das ist unser Appell an Sie –, dass diesem Erfolgsmodell Duale Hochschule Baden-Württemberg nicht die Luft ausgeht, weil ihr die erforderlichen Finanzmittel fehlen. Derzeit ist die Duale Hochschule nur zu 46 % aus Grundlastmitteln finanziert. Das ist effektiv zu wenig. Da sind Sie in der Pflicht, nachzubessern, Frau Ministerin.

Sie können diese Verantwortung und diese Aufgabe nicht einfach dem Bund zuschieben. Ich fürchte, von dort wird weniger kommen, als Sie sich erhoffen. Das Land Baden-Württemberg ist für die Finanzierung der Hochschulen verantwortlich. Wenn Sie den Hochschulen jetzt immer neue Aufgaben zuweisen, ohne für die notwendigen Finanzmittel zu sorgen, dann ist das einfach nicht verantwortbar, und Sie riskieren, die Erfolgsgeschichte abreißen zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Wir können Sie also nur auffordern, sich hier bei den Solidarpaketverhandlungen ins Zeug zu legen. Wir jedenfalls wollen alles tun und machen das gern auch gemeinsam mit Ihnen, um die Vorreiterrolle der Dualen Hochschule Baden-Württemberg weiterhin zu festigen. Dazu möchten wir sehr gern an den bisherigen Konsens anknüpfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Nelius.

**Abg. Georg Nelius SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit 40 Jahren schreiben die Berufsakademien in Baden-Württemberg und seit fünf Jahren schreibt die Duale Hochschule Baden-Württemberg an einer Erfolgsgeschichte. Vielleicht hat auch die Tatsache, dass dieses Thema immer in großem Konsens

(Abg. Peter Hauk CDU: Das war vor 40 Jahren anders!)

– dazu kann ich Ihnen nichts sagen –, aber auf jeden Fall in den letzten Jahrzehnten in großem Konsens unter allen hier vertretenen Fraktionen behandelt wurde. Ich denke, das wird auch weiterhin so sein.

Die Duale Hochschule stellt nämlich die Fortsetzung des Erfolgsmodells „Duale Ausbildung“ dar, nur auf einer anderen Ebene. Sie zeigt in hervorragender Weise das Zusammenspiel zwischen Hochschule und Wirtschaft. Maßgeschneiderte Angebote für die Wirtschaft üben eine Anziehungskraft aus, die weit über Baden-Württemberg hinausreicht. Die Duale Hochschule ist wichtig, auch um die Wettbewerbsfähigkeit der überwiegend kleineren und mittelständischen Unternehmen in unserem Land zu sichern. Vor allem diesen gelingt es dadurch immer wieder, die notwendigen Nachwuchskräfte zu gewinnen.

Die vor fünf Jahren erfolgte Weiterentwicklung der Berufsakademien zu einer zentralen Dualen Hochschule Baden-Württemberg mit jetzt noch acht dezentralen Standorten war sicher eine richtige Entscheidung und wurde auch von der Landtagsfraktion der SPD immer unterstützt. Einige dieser Standorte – z. B. Mosbach – liegen im ländlichen Raum und stabilisieren dort die Bildungs- und Wissenschaftsstrukturen. Diese Standorte sind zu einer wirklichen Hochschule für die ländlichen Räume geworden. Das zeigt auch die enorme Entwicklung beispielsweise in Mosbach: Einst als Außenstelle der Berufsakademie Mannheim mit 18 Studierenden gegründet, ist Mosbach heute mit nahezu 5 000 Studierenden der drittgrößte Standort in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der Grünen)

Darüber hinaus hat die Duale Hochschule Baden-Württemberg in den letzten fünf Jahren den Beweis geliefert, eine wirkliche Hochschule zu sein. Das wird auch dadurch unterstrichen, dass den DHBW-Studierenden nicht nur der Bachelor-, sondern auch der Masterabschluss möglich sein wird, allerdings nur berufsbegleitend und für das Land zunächst durch großzügiges finanzielles Engagement der Dieter Schwarz Stiftung nahezu kostenfrei.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das Wachstum der DHBW war aber nur möglich durch die hoch motivierten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen die SPD-Landtagsfraktion für ihren großen Einsatz ihren Dank aussprechen möchte.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Um die DHBW zukunftssicher zu machen, werden eine verlässliche Planung und eine bessere Grundfinanzierung benötigt. Dafür werden wir uns mit Blick auf den kommenden Solidarpakt III starkmachen. Sicher müssen auch Strukturen überdacht werden, die das Verhältnis von Präsidium als zentraler Einrichtung und den Standorten als dezentrales Gegenüber betreffen. Konkret geht es um die Sicherung und den Ausbau der Mitwirkungsmöglichkeiten sowie der Handlungsfähigkeit der Standorte im State-University-System DHBW.

Die Partner der Dualen Hochschule fordern ebenso ein größeres Mitspracherecht an den einzelnen Standorten. Deshalb setzt sich die SPD für das Subsidiaritätsprinzip ein. Das heißt konkret: Was an den Standorten der DHBW entschieden werden kann, muss auch dort entschieden werden. Die bisherigen Erfolgsfaktoren, nämlich Flexibilität und Regionalität, müssen weiter gestärkt werden.

Im Rahmen der anstehenden Neujustierung des Landeshochschulgesetzes werden wir die entsprechenden Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Duale Hochschule Baden-Württemberg, die in den letzten fünf Jahren zu einem Erfolgsmodell werden konnte, auch in Zukunft ein Erfolgsmodell bleibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Bullinger.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP trinkt aus dem am Rednerpult bereitgestellten Wasserglas. – Abg. Walter Heiler SPD: Ist da überhaupt Wasser drin? – Abg. Werner Raab CDU: In vino veritas!)

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Beim berechtigten Abgang der Erfolgsstory Berufsakademien und beim Begehen des fünfjährigen Bestehens der DHBW haben Sie vergessen, die Erfinder und die Wegbereiter des Erfolgs heute einzuladen.

Ihnen, Herr Kollege Schmidt-Eisenlohr, noch etwas verspätet herzliche Gratulation zum Bestehen Ihres Abschlusses an der Berufsakademie.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dies zu bestehen ist ja nicht selbstverständlich.

Sie haben die Erfinder der Berufsakademien heute nicht eingeladen. Ich nenne einfach einmal die Namen von drei ganz wichtigen Personen: Lothar Späth, der Unternehmer Berthold Leibinger und Johannes Löhn. Die geniale Idee zur Aufwertung der Berufsakademien zur Dualen Hochschule Baden-Württemberg mit internationaler Akkreditierung stammt vom ehemaligen Wissenschaftsminister der schwarz-gelben Koalition, Professor Dr. Peter Frankenberg; auch ihn haben Sie vergessen einzuladen. Das sind die Erfinder, die Förderer, die Ideengeber von Anfang an.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der FDP/DVP: Untrennbar damit verbunden!)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Diese Namen, meine Damen und Herren, sind untrennbar mit der DHBW verbunden. Kaum ein halbes Jahr nach der erfolgreichen Einführung der DHBW durch Minister Frankenberg verlangten Sie von Grün-Rot dessen Entlassung –

(Abg. Martin Rivoir SPD: Aber nicht deswegen!)

so viel dazu; ich erinnere Sie daran.

Er – ich wiederhole es – hat dieses allzeit akzeptierte und anerkannte Konstrukt, bestehend einerseits aus einer akkreditierten Hochschule mit handlungsfähiger Zentrale und anerkannten internationalen Abschlüssen und andererseits aus den fortbestehenden dezentral organisierten Berufsakademien, die durch ihre enge Kooperation mit den Unternehmen vor Ort erst zu dem Erfolg führten, festgeschrieben.

Ihrem kläglichen Versuch, sich bei dieser Feier, bei dieser Debatte mit fremden Federn schmücken zu wollen und einmal mehr als Trittbrettfahrer aufzutreten, ist meines Erachtens deutlich zu widersprechen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Wir haben sie entsprechend ausgestattet!)

Der Erfolg der DHBW hat nichts, aber auch gar nichts mit der grün-roten Landesregierung zu tun,

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Was?)

sondern ist das Ergebnis der massiven finanziellen Unterstützung durch die schwarz-gelbe Regierung in den letzten 15 Jahren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf: Sehr gut! – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Finanzierung! Investitionen!)

Nicht zuletzt der Ausbau im Rahmen der Hochschulinitiative für 2012 bis 2016 führte zu den heute 33 000 Studienplätzen. Wären Sie seit 20 Jahren an der Regierung, hätten wir sicherlich keine so exzellente Hochschullandschaft, wie wir sie haben,

(Oh-Rufe von Abgeordneten der SPD)

sondern flächendeckend Totholzflächen und Waldkindergärten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Unruhe)

Die Abschaffung der Studiengebühren und jetzt Ihre Ansätze im Rahmen der Novellierung des Landeshochschulgesetzes verunsichern vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Unternehmen an den Standorten vor Ort.

Der Erfolg, meine Damen und Herren, war nur möglich, weil engagierte Hochschullehrer und starke Unterstützer aus der Wirtschaft – es wurden schon welche genannt – zusammen mit der Vorgängerregierung diesen Hochschultyp förderten, ausbauten und unterstützten.

Albert Schweitzer hat zwar richtig ausgeführt – ich zitiere –:

*Mich interessiert vor allem die Zukunft, denn das ist die Zeit, in der ich leben werde.*

Gleichwohl lohnt sich ergänzend ein Rückblick. Die Entwicklung, meine Damen und Herren, habe ich in den Siebzigerjahren an der Hochschule Nürtingen als Mitglied im Kleinen und Großen Senat miterlebt. Damals – ich denke zurück – gab es Ingenieurschulen; hier war der Werdegang folgender: mittlere Reife, Lehre, sechs Semester Studium, Ing. (grad.). Danach gab es die Fachhochschulen, die heutigen Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Allerdings gab es dort mehr Theorie und weniger Praxis. Das war meines Erachtens die Geburtsstunde der Berufsakademien; denn die Berufsakademien sind die Transmissionsriemen zwischen Theorie und Praxis, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Standorte der Dualen Hochschule sind gerade deshalb so begehrt, weil sie eben nicht Praxis oder Theorie, sondern Praxis und Theorie bieten. Ihnen ist bewusst, dass sie in sechs Semestern nicht den gleichen Umfang an Grundlagen wie die Universitäten vermitteln können. Ich kann das nachvollziehen. Meine beiden Töchter haben ihr Studium erfolgreich abgeschlossen; ich sehe, welche Grundlagen an der Universität und welche an der Dualen Hochschule vermittelt werden.

Der Punkt ist: Frau Ministerin, man muss es auch als Chance sehen, wenn jemand weitermachen möchte, wenn jemand einen Masterstudiengang absolvieren möchte.

Der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg braucht diese Vielfalt und die Selbstständigkeit unserer Hochschulen. Er braucht keinesfalls ein Hineinregieren, schon gar nicht mit grün-roten Ideologien.

Wir haben und brauchen zukünftig in Baden-Württemberg exzellente Universitäten, exzellente Hochschulen für angewandte Wissenschaften, exzellente Pädagogische Hochschulen, exzellente Musik- und Kunsthochschulen, und wir haben und brauchen für den Export- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg auch weiterhin die Förderung und den Ausbau der exzellenten Standorte der Dualen Hochschule.

Wir brauchen auch künftig für die acht – Herr Kollege, demnächst sind es mit Heilbronn neun – dezentralen selbstständigen Standorte mit ihren Außenstellen selbstverständlich ein zentrales Dach für die Internationalität, für die Anerkennung und Akkreditierung.

An dieser Stelle erlaube ich mir, Professor Geilsdörfer ein herzliches Dankeschön für sein unermüdliches Engagement auszusprechen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Für die Zukunft der Dualen Hochschule fordert meine Fraktion:

Erstens: Wir brauchen auch weiterhin die Eigenständigkeit der Standorte, also eine gesunde Balance zwischen zentralem Dach und dezentraler Eigenständigkeit der Standorte in der Fläche.

Zweitens: Wir brauchen eine bessere Durchlässigkeit zwischen den Hochschulen und insbesondere eine Gleichbehand-

(Dr. Friedrich Bullinger)

lung der Bachelorabsolventen der Dualen Hochschule Baden-Württemberg mit Bachelorabsolventen anderer Hochschulen, wenn sie ein Masterstudium anstreben.

Drittens: Wir brauchen, Frau Ministerin, eine bessere Berücksichtigung der Dualen Hochschule bei der Vergabe der Masterstudienplätze.

Viertens: Wir brauchen eine bessere finanzielle Ausstattung der Dualen Hochschule – denn wir haben schon gehört: hier ist einiges weggebrochen –, die möglich wäre, wenn man bestimmte Prestigeprojekte und andere Projekte der Landesregierung weglassen würde. Meines Erachtens wäre das Geld statt im Prestigeprojekt Nationalpark, im ideologischen Pusch der Gemeinschaftsschule, in einer verkorkten Polizeireform, in einer völlig danebenliegenden Aufblähung des Regierungsapparats viel besser in der Dualen Hochschule angelegt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von Abgeordneten der SPD – Abg. Martin Rivoir SPD: Es könnte so schön sein!)

Fünftens: Sie, Frau Ministerin, sollten klarstellen, wie es nach einem erfolgreichen Masterstudiengang an der Dualen Hochschule mit dem Promotionsrecht aussieht. Wenn es eine Öffnung für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften gibt, dann auch für die DHBW. Als Instanz für die Qualitätssicherung schlagen wir den Wissenschaftsrat vor.

Ich bleibe dabei, meine Damen und Herren: Ihr Versuch, die Erfolgsstory der DHBW auf das grün-rote Konto zu buchen, ist gescheitert. Wie gesagt: Man soll sich nicht mit fremden Federn schmücken. Deshalb ist es wichtig, noch einmal klarzustellen, dass die von der Vorgängerregierung unterstützte, massiv geförderte und ausgebaute DHBW ein Verdienst engagierter Hochschullehrer ist und vor allem der großartigen Unterstützung der baden-württembergischen Wirtschaft zu verdanken ist. Das ist das Erfolgskonzept.

Einmal mehr zeigt sich seit Ihrer Regierungsübernahme der Grundsatz: Was gut ist, ist nicht neu – beispielsweise ELR-Städtebauförderung, Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Infrastrukturpolitik und vieles mehr –, und was von Ihnen neu eingeführt wurde, ist in der Regel nicht gut. Schauen Sie sich die Bilanz Ihrer Regierungszeit an. Herzliche Gratulation der Dualen Hochschule Baden-Württemberg und weiter Glück auf!

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Bauer.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wenn man mit einer Hochschuldelegation in anderen Regionen der Welt unterwegs ist, egal, ob in Singapur oder Seoul, ob in Brasilia oder Buenos Aires, passiert immer wieder dasselbe: Es gibt großen Respekt und Interesse an unseren Hochschuleinrichtungen, aber die größte

Neugierde und das größte Interesse besteht gerade in den Ländern, die anfangen, ihr Hochschulsystem weiterzuentwickeln, weil sie wissen, dass die Hochschulbildung Quelle und Ausgangspunkt für Innovationen und künftigen Wohlstand ist, und besteht mit schöner Regelmäßigkeit am Thema „Duale Hochschule Baden-Württemberg“.

Das ist bemerkenswert. Denn auch in anderen Ländern dieser Welt versteht man, dass es mit diesem innovativen Hochschultyp gelingt, in ganz besonderer Weise hochwertige akademische Ausbildung sicherzustellen und eine sehr enge Verzahnung mit Unternehmen, Sozialeinrichtungen, also mit den Arbeitgebern in unserem Land, herzustellen. Gleichzeitig stellen wir fest: Das nachzuahmen ist nicht einfach.

Ich vermute, die Duale Hochschule könnte mit der Zeit ein Geschäftsmodell dergestalt entwickeln, andere Länder zu beraten, wie man etwas dieser Art aufbaut. Aber die Erfahrung zeigt: Ein solches Erfolgsmodell funktioniert nur dann, wenn es gelingt, eng zwischen der Hochschule selbst und den Unternehmen und Sozialeinrichtungen, also den Arbeitgebern, den dualen Partnern, zu kooperieren und von Anfang an bei der Konzeption der Studiengänge, bei der Durchführung der Studiengänge, bei der Bewertung und Weiterentwicklung ihrer Qualität zusammenzuarbeiten.

Das ist das große Gut, das wir mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg haben. Das macht sie zu einer wertvollen und ganz besonderen Ergänzung unserer Universitäten und unserer Hochschulen für angewandte Wissenschaften und bereichert unser Hochschulsystem in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Man kann mit Stolz sagen, dass es in Deutschland keine andere Hochschule gibt, der es in so hervorragender und systematischer Weise gelingt, diese Verbindung zwischen Hochschule und dualen Partnern zu organisieren, zu verzahnen und zu verschränken und nicht nur ein Nebeneinander von Praxisphasen und Theoriephasen, sondern auch eine wirkliche Integration dieser beiden Ansätze zu bewerkstelligen. Das ist das ganz besondere Markenzeichen der Dualen Hochschule Baden-Württemberg und das höchste Gut.

Liebe Damen und Herren von der Opposition, man kann und muss vieles kritisieren, was Sie im letzten Jahrzehnt an Versäumnissen in der Hochschulpolitik hervorgebracht haben: viele Fehlentscheidungen, insbesondere viele nicht getroffene Entscheidungen in Sachen Finanzierung. Aber eines kann man Ihnen gern zugestehen: Sie haben vor fünf Jahren sicher gestellt, dass sich die Berufsakademien zu einer Hochschule, zur Dualen Hochschule Baden-Württemberg, weiterentwickeln konnten; das war wirklich gut.

Das war in Ihrer damaligen Regierung, soweit ich weiß, alles andere als unumstritten, aber das Resultat ist gut, und wir, die Landesregierung, freuen uns sehr, dass wir heute an dieser Entscheidung weiterarbeiten und sie weiterentwickeln dürfen. Das gestehen wir gern und sehr leichten Herzens zu; wir sind in der Lage, eine gute Grundentscheidung zu loben, und wir müssen nicht daran herumkritteln.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)



(Ministerin Theresia Bauer)

Die Erfolgsgeschichte der Dualen Hochschule Baden-Württemberg hat – es ist bereits ein paarmal angesprochen worden – ein doppeltes Jubiläum, das wir dieses Jahr begehen: Auf der einen Seite haben wir 40 Jahre duales Studium – 1974/1975 begann das duale Studium in Baden-Württemberg an den beiden Standorten Mannheim und Stuttgart mit 200 Studierenden; das ist 40 Jahre her –, und am 1. März – Kollege Schmidt-Eisenlohr sagte es – wird die Duale Hochschule Baden-Württemberg fünf Jahre alt.

Wir können auf eine enorme Entwicklung zurückschauen. Heute haben wir mit der Dualen Hochschule die größte Hochschule Baden-Württembergs mit über 33 000 Studierenden. Keine Hochschule hat mehr Studierende als die Duale Hochschule Baden-Württemberg.

Die Duale Hochschule hat innerhalb kurzer Zeit ein enormes Wachstum bewältigt, und zwar nicht nur in Zahlen, sondern immer auch in Verbindung mit Qualitätsgesichtspunkten. Deswegen möchte ich unterstreichen: Es ist der Dualen Hochschule Baden-Württemberg gelungen, als erste der baden-württembergischen Hochschulen eine Systemakkreditierung zu erreichen, also den Nachweis dafür, dass die Einrichtung insgesamt in der Lage ist, Qualitätssicherung systematisch zu betreiben und nicht nur in dem einen oder anderen Studiengang. Die Einrichtung hat sich vielmehr in die Lage versetzt, diesen Prozess kontinuierlich weiterzubetreiben. Das ist eine enorme Leistung und spricht für die Qualität dieser Einrichtung.

Zu der Erfolgsgeschichte gehört ein weiterer Gedanke. Wenn man zurückschaut, erinnert man sich daran, mit welchem Argwohn man in den ersten Jahren zum Teil auf die Berufsakademien geschaut hat; es gab viele, die befürchtet haben, das sei so etwas wie ein Schmalspurstudium und es werde ein kurzfristiges nutzbares Anwendungswissen, aber nichts Gescheites weitergegeben. Es gab Argwohn vonseiten der Hochschulrektorenkonferenz, ob das überhaupt eine richtige Hochschule sein sollte.

Von diesem Argwohn der Anfangsjahre ist heute nichts übrig geblieben; vielmehr gibt es eine allgemeine gesellschaftliche Anerkennung von denen, die früher daran gezweifelt haben. Das gilt auch für die Hochschulrektorenkonferenz, die die Duale Hochschule als Mitglied aufgenommen hat, und den Wissenschaftsrat, der sich ganz aktuell mit dem Thema „Duales Studium“ beschäftigt hat, der im letzten Jahr Empfehlungen dazu erarbeitet hat und sich auf die Duale Hochschule Baden-Württemberg als Referenzmodell für die gelungene Dualität im Sinne einer gelebten Integration und einer guten Zusammenarbeit von Hochschulen und dualen Partnern bezieht. Auch das gehört zu dieser Erfolgsgeschichte. Die heutige Debatte ist eine gute Gelegenheit, das sehr deutlich zu unterstreichen und zu loben.

Ich möchte noch ein paar Worte zu den Herausforderungen verlieren, die wir vor uns haben; denn die Geschichte ist natürlich nicht an ihrem Ende angelangt.

Die Duale Hochschule muss erstens das enorme Wachstum der letzten Jahre bewältigen und auch in qualitativer Hinsicht dafür sorgen, dass die Maßstäbe nicht gesenkt, sondern weiter erhöht werden. Es ist insbesondere eine große Aufgabe, ausreichend Personal zu finden, Professorinnen und Professoren, die an der Dualen Hochschule lehren und forschen. Das

Personal, das man von außen einbindet – die Lehrbeauftragten –, muss qualifiziert werden. Die Landesregierung nimmt enorm viel Geld in die Hand, um gemeinsam mit der Dualen Hochschule diese besondere Qualifizierungsaufgabe voranzubringen.

Zweite Baustelle: Die Marke der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, die Bachelorausbildung, muss gestärkt werden. Diese Erfolgsgeschichte muss unterstützt werden. Der Bachelor ist das eigentliche Kerngeschäft der Dualen Hochschule und muss nach vorn gestellt werden.

Zusätzlich – das ist in gewisser Weise das Geburtstagsgeschenk der Landesregierung in diesem Jubiläumsjahr – ermöglichen wir, dass in diesem Jahr der Bereich des Masters an der Dualen Hochschule hinzugefügt wird. Mit dem Center for Advanced Studies, das in diesem Jahr starten wird, wird ein eigenes Mastermodell für die Duale Hochschule aufgesetzt. Im Endausbau werden 2 500 Studierende diesen Master studieren können, der explizit nicht als konsekutiver Master konzipiert ist, der sich direkt an ein Bachelorstudium anschließt, sondern als ein der Dualen Hochschule entsprechendes berufsbegleitendes und weiterbildendes Mastermodell.

Dieses Modell – das möchte ich an dieser Stelle unterstreichen – passt zur Dualen Hochschule, und dieses Modell passt auch zu unseren Bemühungen, den Haushalt zu konsolidieren. Denn wir werden in dieses Masterangebot keine zusätzlichen Landesmittel investieren. An dieser Stelle muss man auch sehr deutlich der Dieter Schwarz Stiftung danken, die für die Aufbauphase enorme finanzielle Aufwendungen einbringt. Mittelfristig wird dieses Angebot aus Eigenbeiträgen der Studierenden und der Unternehmen finanziert werden, die ihre Studierenden dorthin schicken, um den Master zu erwerben. Auch das ist ein zur Dualen Hochschule passendes Modell. Ich freue mich, dass es im Jubiläumsjahr gelingt, diese neue Qualität der Dualen Hochschule auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Eine weitere Herausforderung ist das Thema „Dezentralität und Zusammenarbeit in der einen Marke, unter einem Dach“, also die Frage, wie in einer besonderen Hochschule das Gemeinsame und das Verhältnis der vielen einzelnen Standorte untereinander weiterentwickelt und austariert wird. Ich meine, dass das neue Hochschulgesetz dafür die richtigen Signale zur Weiterentwicklung dieses Modells sendet.

Aber es ist klar: Wir befinden uns in einem lernenden System. Nach fünf Jahren ist man noch nicht am Ende angekommen, sondern man wird diese Frage weiter durchleuchten und begleiten müssen.

Der Dualen Hochschule selbst ist sehr bewusst, dass sie diese Aufgabe bewältigen und aktiv bearbeiten muss. Entsprechende Prozesse sind auf dem Weg. Ich bin mir sicher: Auch in Zukunft wird der Erfolg der Dualen Hochschule genau darin bestehen, dass sie ein kluges Austarieren der Stärken von einzelnen Studienakademiestandorten und der gemeinsamen Marke, der gemeinsamen Qualitätssicherung im gemeinsamen Heben von Synergien bewältigt. Ich bin zuversichtlich, dass wir mit dem neuen Landeshochschulgesetz genau die richtigen Weichenstellungen vorgenommen haben, um diesen Weg weiter beschreiten zu können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Ministerin Theresia Bauer)

Lassen Sie mich deswegen zum Schluss noch einmal sehr deutlich betonen: Die neue Landesregierung hat in den zwei-einhalb Jahren ihres Bestehens alles dafür getan, die Duale Hochschule weiter zu einem Erfolg zu machen: Es gab zusätzliche Finanzierungen im Ausbaubereich, wir haben zusätzliche Kurse finanziert, wir haben zusätzliches Geld in die Hand genommen, damit die Qualitätssicherung der Lehrkräfte funktionieren kann, und wir haben insbesondere die neue Qualität, den DHBW-Master zu ermöglichen, auf den Weg gebracht.

Ich bin stolz darauf und bin froh darüber, dass dies von Ihnen allen so positiv begleitet wurde, und ich möchte die Gelegenheit nutzen, all denen zu danken, die dieses Hochschulmodell mit vorangebracht haben, den vielen Unternehmen, die als Partner und Mitglieder der Hochschule dieses mit vorangebracht haben, den vielen Verantwortlichen an den einzelnen Akademiestandorten. In einer ganz besonderen Weise möchte ich dem Präsidenten der DHBW, Herrn Professor Geilsdörfer, dafür danken, der auch heute hier anwesend ist. Denn sein Name und sein Engagement stehen in einer besonderen Weise für diese Anfangsjahre. Ich finde, Sie haben der DHBW gutgetan. Ich möchte Sie deswegen stellvertretend für die gesamte Hochschule an dieser Stelle noch einmal für das würdigen, was Sie für die Hochschule und für das Land getan haben.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Um den vielen kleinen Erfolgsgeschichten noch eine hinzuzufügen, möchte ich am Ende sagen: Vor ein paar Tagen war ich beim Richtfest in Mosbach. Wir haben für ein neues Lehrgebäude als Passivhaus mit höchsten energetischen Standards das Richtfest gefeiert. Ich bin froh, dass wir dieses Richtfest ausrichten konnten und dass das Gebäude noch in diesem Jahr bezogen werden kann. Das ist gut für Mosbach als dem Standort, der in den letzten Jahren am stärksten gewachsen ist.

Ich freue mich auch auf das baldige Richtfest in Stuttgart. Auch da werden wir für die Duale Hochschule bauen. Auch das sind Dinge, die wir mit der neuen Landesregierung als klare Signale der Unterstützung für diese Hochschulreform auf den Weg gebracht haben.

Lassen Sie mich noch einen kleinen zusätzlichen Erfolg anführen: Vor wenigen Tagen konnten wir in Mosbach auch die erste neu gewählte Rektorin eines Standorts begrüßen. Zum ersten Mal ist eine Frau an die Spitze einer Studienakademie gewählt worden. Ich wünsche ihr alles Gute, ein gutes Händchen, und ich wünsche ihr auch, dass sie nicht lange die einzige Rektorin eines Standorts der DHBW bleibt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

In diesem Sinn herzlichen Glückwunsch zu fünf Jahren DHBW. Ich wünsche ihr für die nächsten fünf Jahre und die folgenden alles Gute. Die Landesregierung steht an der Seite der Dualen Hochschule. Wir sind stolz darauf, dass wir sie haben, und werden weiter an ihrem Erfolg arbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht noch einmal Kollege Dr. Schmidt-Eisenlohr.

**Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE:** Herr Präsident! Ich bin froh, dass die Ministerin noch einmal auf das eingegangen ist, was wir in den letzten Jahren alles getan haben

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Drei Jahren!)

– was wir in den letzten drei Jahren alles getan haben. – Ich möchte noch einmal betonen: Uns ist die DHBW wichtig. Wir haben das in Zahlen nachweisbar auch gezeigt. Es ist nicht so, dass das einfach nur Sprüche gewesen wären, sondern wir haben tatsächlich z. B. auch die Grundfinanzierung erhöht, indem wir aus dem aufgebauten Ausbauprogramm Finanzen in die Grundlast überführt haben. Wir haben die Anfängerkurse ausgebaut. Wir haben den von Ihnen versprochenen, aber nie finanzierten Ausbau in Mosbach jetzt realisiert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das sind Taten; wir haben nicht nur geredet. Das ist der Unterschied zu vorher.

Zweitens: Mir wäre sehr daran gelegen, wenn wir in einer solchen Debatte, in der es um das LHG geht, auch einmal schauen, was im Gesetz steht, Frau Kurtz. Wir haben bereits vor letzte Woche darüber diskutiert: Im LHG steht, dass es explizit für die DHBW eine Ausnahmeregelung für die Hochschulratsmitglieder der Praxispartner gibt, dass es da also keine Befristung geben muss. Das kann man vor Ort regeln. Für die DHBW gibt es also explizit eine Ausnahmeregelung. Es ist eben nicht so, dass die Begrenzung da greifen müsste. Insofern haben Sie anscheinend auch an dieser Stelle das Landeshochschulgesetz in der novellierten Fassung nicht gelesen. Das, was Sie vorhin gesagt haben, ist einfach nicht richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Drittens: Wir haben jetzt schon von vielen Vätern und Müttern der DHBW gehört. Ich will Ihnen jetzt einmal sagen, warum uns die DHBW sehr wichtig ist. Ich habe einmal im Landtagshandbuch nachgeschlagen, wie viele BÄler wir in den jeweiligen Fraktionen haben:

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

bei der SPD keinen – aber Sie sind gut vor Ort vernetzt, sind also gut informiert –, bei der FDP/DVP einen, Herrn Haußmann, bei der CDU null und bei den Grünen drei Absolventen, einen, der Dozent war. Ich freue mich, dass die Ministerin nach Amtsantritt auch die Rolle als Vorsitzende des Aufsichtsrats angenommen hat und damit klar zum Ausdruck gebracht hat, dass auch ihr persönlich die DHBW wichtig ist. Deswegen kann ich Ihnen sagen: Unsere Fraktion steht schon aufgrund der Zusammensetzung ganz klar hinter der DHBW, weil wir bei uns auch Erfahrungswerte haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: Herr Kollege, wie viele haben die Prüfung nicht bestanden?)

Am Schluss habe ich, weil Herr Bullinger noch einmal gesagt hat, wer da was vorgeschlagen hat, ein schönes Zitat – Herr Präsident, wenn Sie erlauben – aus einem Protokoll einer Sit-

(Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr)

zung vor vielen, vielen Jahren. Damals hat hier jemand gesagt:

*Was mich besonders gefreut hat, war die organisatorische Form, die Sie der Dualen Hochschule gegeben haben, indem Sie auf das US-System der State University zurückgegriffen haben. Wir ...*

– ich sage jetzt einmal nicht, wer –

*haben hier in diesem Haus vor zwei Jahren ein Reformmodell vorgeschlagen. Wir nannten das damals „Offene Universität Baden-Württemberg“ und haben gesagt: Wir brauchen einen neuen Hochschultyp, der flexibel ist, der dezentral agiert, mit einer zentralen, gemeinsamen Dachstruktur, und der dann flexible Möglichkeiten in die Fläche hinaus bietet. Wir finden uns hier in dieser Konstruktion wieder und haben den Eindruck, Sie haben unsere Idee sehr schön umgesetzt.*

Das war ein Zitat der damaligen Abgeordneten Theresia Bauer.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Kurtz.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben ja jetzt richtige Jubelarien gehört.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Nicht von Ihnen!)

Das geht nicht ganz spurlos an uns vorüber. Es macht Freude, eine so glückliche Ministerin zu sehen. Das können wir neidlos anerkennen.

Aber wir haben uns natürlich schon ein bisschen gefragt, warum Sie diese Debatte eigentlich beantragt haben. Geht es jetzt darum, der Dualen Hochschule zum Geburtstag zu gratulieren? Das haben wir jetzt alle ganz artig gemacht. Aber so viel Konsens mit der Opposition ist für Sie doch eigentlich unerträglich, oder?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Unruhe)

Ich habe, nachdem ich den Kollege Nelius gehört habe, den Eindruck gehabt, dass der eigentliche Grund für diese Debatte ein anderer ist. Wenn ich Ihnen, Herr Nelius, richtig zugehört habe, haben Sie gesagt, Sie wollten schon noch einmal an das LHG heran und dort manches neu austarieren. Wenn ich die Ministerin richtig verstanden habe, dann will sie genau dies nicht. Mir scheint, Sie haben da ein Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich muss ehrlich sagen: Wir können seitens der CDU nur sagen, dass wir davor warnen, an dem vorliegenden Entwurf hinsichtlich der Dualen Hochschule, wie er wohl nach schwerer Geburt zustande kam – es hat wohl einiges an Überzeugungsarbeit und langer Gespräche bedurft, um Sie dazu zu bringen, das Verhältnis der dezentralen Studienakademien und

der zentralen Gremien so auszutarieren, wie wir es jetzt schwarz auf weiß und in der letzten Woche in den Landtag eingebracht vorgefunden haben –, noch einmal herumzudoktern. Sie können hier nicht großartig gratulieren und Herrn Professor Geilsdörfer in den Himmel loben – das will ich überhaupt nicht kritisieren; dem würde ich mich gern anschließen – und dann das Fass noch einmal aufmachen und das Paket wieder aufzuschnüren. Da – das muss ich Ihnen sagen – verlaufen dann die Koalitionslinien in diesem Haus anders, als sie sich hier im Augenblick darstellen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Schauen Sie sich lieber Ihre Linie in der Fraktion an!)

Ich habe den Eindruck: Da sind sich Rot und Grün mal wieder nicht grün, und das spricht nicht für eine durchsetzungsstarke Regierung. Das ist nicht gut für unseren Hochschulstandort. Das nehmen wir neben all den Jubelarien und dem Konsens, den Sie hier beschworen haben, mit großer Sorge zur Kenntnis. Wir können Ihnen nur empfehlen, da noch einmal in Klausur zu gehen und sich zu einigen, und zwar in dem Sinn, wie es auch mit den Hochschulen besprochen wurde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Rivoir.

**Abg. Martin Rivoir** SPD: Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich will für meine Fraktion auch noch einmal klarstellen, dass wir uns bei diesem Lob für die Duale Hochschule Baden-Württemberg nicht mit fremden Federn schmücken. Denn damals, als es darum ging, diese Hochschule einzurichten, haben wir – wie es sich für eine gute Opposition bei guten Projekten geziemt – mitgemacht. Wir haben damals hier im Parlament einstimmig diese Duale Hochschule Baden-Württemberg auf den Weg gebracht. Vernünftiges wurde von uns damals mitgetragen. Davon könnte sich die heutige Opposition vielleicht einmal das eine oder andere abschauen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Walter Heiler SPD: Sehr gut! Es wurde Zeit, dass das mal jemand sagt!)

Meine Damen und Herren, weil der Erfolg viele Väter und auch Mütter hat, möchte ich mit einem Schmunzeln nur noch einmal darauf hinweisen, dass mir der Kollege Kleinböck gerade zugeflüstert hat, dass er vor 40 Jahren, als es darum ging, aus der Universität Mannheim heraus die Berufsakademie zu bilden, dort als Hiwi tätig war und sozusagen als Geburtshelfer dieser Dualen Hochschule Baden-Württemberg unterwegs war.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nun aber ernsthaft noch zwei Themen, die ich ansprechen will. Zum einen: Bei all den Ausführungen meiner Vorredner ist ein Aspekt, so meine ich, noch nicht genügend gewürdigt worden. Das ist das Thema Bildungsgerechtigkeit. Denn dadurch, dass bei diesem Hochschulmodell diejenigen, die dort studieren, von Beginn an ein kleines Gehalt bekommen, kön-

(Martin Rivoir)

nen wir neuen Schichten, die sich sonst den Zugang zum Studium womöglich finanziell nicht leisten könnten, ein solches Studium ermöglichen. Diese Duale Hochschule ist eine Aufsteigerhochschule. Sie ist ein großer Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit in diesem Mittelstandsland Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Weil heute auch schon Geburtstagsgeschenke verteilt wurden, will ich noch einmal Folgendes sagen:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat mit Bildungsgerechtigkeit gar nichts zu tun! Da zählt die Leistung!)

Das Land schätzt die Arbeit dieser Hochschule sehr. Zum Teil sind ja auch schon Ausbildungsverträge seitens des Landes abgeschlossen worden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen weiteren Aspekt zu sprechen kommen, und zwar auf die Frage, wie wir uns im Land zukünftig im Bereich der Ingenieure mit Nachwuchs versorgen. Sie wissen, dass wir gerade in Baden-Württemberg ein großes Problem haben, für den öffentlichen Dienst – für den Straßenbau, für den Tiefbau, auch für den Hochbau – im Wettbewerb mit einer starken, gut bezahlenden Wirtschaft für unsere Ämter, für die Regierungspräsidien, für die Ministerien Ingenieure zu bekommen.

Wir möchten an dieser Stelle vorschlagen, dass an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg ein dualer Studiengang – so der Arbeitstitel – „Öffentliches Bauingenieurwesen“ eingerichtet wird. Ich finde, das wäre ein toller Weg, um jungen Leuten eine Perspektive im Staatsdienst zu geben, damit das Land Baden-Württemberg für junge Leute attraktiv wird, die ein Ingenieurstudium absolvieren wollen. Wir werden diesen Vorschlag vertiefen und auf den parlamentarischen Weg bringen, und ich denke, dass sich das Land dann noch stärker auch als Ausbildungsbetrieb für die Duale Hochschule engagiert. Das zeigt die Wertschätzung, die wir dieser Hochschulart entgegenbringen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Überraschendes Umschwenken des Innenministers bei der Zentralisierung des Verfassungsschutzes – Drucksache 15/4539**

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Das Wort erteile ich dem Kollegen Zimmermann für die CDU-Fraktion.

**Abg. Karl Zimmermann CDU:** Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Große Anfrage der CDU-Fraktion hat ihren Ursprung in verschiedenen, sich zum Teil auch widersprechenden Pressemitteilungen. Was bewegt die Grünen im Land und insbesondere Sie, Frau Sitzmann, vorzuschlagen, 30 bis 50 % der Stellen beim Landesamt für Verfassungsschutz einzusparen? Frau Sitzmann, wo sind Sie?

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Hier, Herr Kollege!  
Ich höre Ihnen aufmerksam zu!)

– Ja, ganz hinten.

Frau Sitzmann, Sie haben, wahrscheinlich um das Sommerloch auszufüllen, am 7. August des letzten Jahres verlauten lassen:

*Beim Personal des Verfassungsschutzes sind 30 bis 50 % an Stelleneinsparungen drin. ... Wir können uns eine Veränderung der Aufgaben vorstellen – etwa eine Konzentration auf den gewaltbereiten Extremismus.*

Da dachte ich: Wie kommt denn das? Ich bin Mitglied im Ständigen Ausschuss. Ich höre nichts Entsprechendes vom Innenministerium, höre im Gegenteil, da laufe alles, und dann kommt plötzlich diese Meldung. Ich habe mich dann dahintergeklemmt, und einen Tag später kam eine Pressemitteilung von mir.

(Heiterkeit bei der CDU – Demonstrativer Beifall bei den Grünen – Zurufe von den Grünen: Hey, hey!)

– Eine der wenigen Pressemitteilungen, die auch landesweit verbreitet wurden. Das erfreut einen kleinen Politiker, der ganz hinten sitzt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das tut auch mal gut, gell?)

– Das tut gut.

Aber dann habe ich mich ein bisschen mit der Historie beschäftigt, Frau Sitzmann. Und ich stelle fest: Sie reihen sich ein in eine Linie, beginnend so um das Jahr 2011. Ströbele, Trittin, die Grünen, die Bundestagsfraktion der Grünen –

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Claudia Roth!)

alle fordern die Abschaffung des Verfassungsschutzes. Man muss dazu sagen: Damals liefen gerade die Diskussionen rund um den NSU-Untersuchungsausschuss und über die Fehler, die es beim Verfassungsschutz gegeben hat. Nur von Ihnen kam nichts. Zum Schluss sogar – wann war das? –, im April 2013, äußerte sich Cem Özdemir – Frau Roth hat sich vorher geäußert – im „Reutlinger General-Anzeiger“:

*Wir brauchen eine neue Sicherheitsarchitektur, denn mit diesem Verfassungsschutz ist die Verfassung nicht zu schützen.*

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Das alles erfährt auch der zuständige Minister mit Sicherheit aus der Zeitung. Es ist Ihr Koalitionspartner. Deshalb frage ich Sie, Frau Sitzmann: Haben Sie das vorher alles so abgestimmt? Ich meine, wenn Sie eine Zahl äußern, wenn Sie vor-

(Karl Zimmermann)

schlagen, 30 bis 50 % der Stellen abzuschaffen, dann greifen Sie – ich gehe einmal davon aus, 340 Leute sind beim Verfassungsschutz; den Pförtner braucht man, sonstige Stellen braucht man, Angestellte braucht man – in das operative Geschäft maximal ein. Es hat natürlich die Leute, die dort arbeiten, sehr gefreut, im Urlaub als Lektüre zu lesen: Einer von uns beiden, mein Bürokollege oder ich, ist eigentlich überflüssig.

Ich sage Ihnen ernsthaft: Was Sie dadurch verursacht haben, wage ich jetzt nicht näher zu kommentieren, sonst fällt ein Wort, an dem Sie sich auch „aufgeilen“, so, wie Sie das mit einem anderen Wort gemacht haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident! – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD)

Herr Kollege, die Grünen haben dann noch eins draufgesetzt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident! Das gibt es doch gar nicht! – Unruhe)

– Das ist jetzt aber ein Wort aus der neueren Zeit, Herr Kollege Schmiedel. – Die Grünen – nicht die Grünen auf Landesebene, sondern die Bundestagsfraktion – haben einen Beschluss gefasst, in dem steht: Wir wollen anstelle des Bundes- und Landesverfassungsschutzes ein unabhängiges „Institut für Demokratieförderung“. Dieses Institut soll „partei- und regierungsunabhängig besetzt“ werden. Die Abteilung Inlandsaufklärung solle dann nur bei Anwendung von Gewalt oder bei „auf Gewalt ausgerichteten Handlungsstrukturen“ eingesetzt werden. Genau das haben Sie dann auch verlangt.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Sie haben verlangt, dass sie nur bei Gewalttätigen tätig wird. Frau Sitzmann, ich frage Sie: Wie wollen Sie das eigentlich machen? Erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, möchten Sie den Verfassungsschutz beauftragen.

(Zurufe der Abg. Daniel Andreas Lede Abal und Edith Sitzmann GRÜNE)

Ministerialdirektor Dr. Zinell hat eine Antwort von 21 Seiten geschrieben, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium – jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Ministerpräsident; auch in Abstimmung mit Ihnen – und natürlich – das ist nachvollziehbar – in Abstimmung mit dem Finanzministerium.

Bis heute ist nur darüber geredet worden; einmal soll der Innenminister gesagt haben: „Da können wir etwas abgeben. Das können wir machen.“ Jetzt gibt es wieder einen Schwenk: „Nein, wir können es nicht machen.“ Ich erinnere an die Pressekonzferenz vom 10. Dezember 2013, bei der ein Kollege der Presse – es war Herr Ruf – Sie, Frau Sitzmann, gefragt hat: „Frau Sitzmann, wie wollen Sie das eigentlich machen hinsichtlich des gewaltbereiten Extremismus, und hier insbesondere nur des Rechtsextremismus?“ Dann wurden auch Sie, Herr Ministerpräsident, gefragt, und Sie antworteten: „Auf dieser Kante schlägt mein föderales Herz nicht.“ Der Tenor war – das ergänze ich –: „Eigentlich brauchen wir aus meiner Sicht den Verfassungsschutz nicht.“

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Heben Sie sich noch etwas Redezeit für die zweite Runde auf, bitte!)

Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie ernsthaft auf: Gehen Sie einmal an Deck. Denn den Kurs, den Sie fahren, den hat schon einmal ein Kreuzfahrtschiff gehabt.

(Heiterkeit)

Es geht hier nicht darum, ob ein Wasserwirtschaftsamt aufgelöst oder an das Regierungspräsidium oder das Landratsamt angegliedert wird. Es geht hier um die Säulen,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

um den Kernbereich unseres Staates: Sicherheit, Ordnung und Justiz.

(Beifall bei der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Hier muss der Ministerpräsident ein klares Bekenntnis abgeben, ob er zu Sicherheit und Ordnung steht – dazu gehört der Verfassungsschutz des Landes – oder nicht. Heute haben Sie hierzu die Gelegenheit, bevor Sie zum Narrentreffen gehen.

(Heiterkeit bei der CDU – Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Florian Wahl SPD: Da sind wir schon!)

Ähnlich sieht es bei der zweiten Säule aus. Ich möchte dem Innenminister hier auch ein Lob aussprechen. Ich habe gespürt, dass sein Ehrenamt als Feuerwehrmann zutage tritt: Er hilft, er rettet, er birgt. Ähnliches wird jedoch dem Justizminister widerfahren oder ist ihm bereits widerfahren. Ihn lässt man im Bereich der Justiz sparen. Er geht voran – man schickt einen Spähtrupp hinaus –, er kassiert die Prügel, und jetzt lese ich, die Grünen meinten: „Jetzt nehmen wir vielleicht doch Abstand von den Stelleneinsparungen.“

Werte Kollegen von der SPD, das „Schiffsteil“ der grünen Abteilung Ihrer Koalition ist bereits aufgelaufen. Das sage ich Ihnen.

(Lachen bei der SPD)

Alles andere folgt später.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Narri, narro!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege – –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie haben recht! Mir kam es so vor!)

– Herr Kollege Zimmermann, Sie haben Ihre Rede bereits beendet. – Vielen Dank.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Ich erteile Herrn Abg. Sckerl für die Fraktion GRÜNE das Wort.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geschätzter Herr Kollege Zimmermann, Sie haben beinahe – aber auch nur beinahe – den närrischen Empfang hier im Parlament vorweggenommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Ich meine aber, dass das Thema zu ernst ist für Narretei. Es ist ein ernstes Thema.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es, Herr Kollege!)

Hinsichtlich des Sparens, Herr Kollege, ist es selbstverständlich, dass sich jedes Ministerium und jede Landesbehörde einer Aufgabenkritik unterziehen muss

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

und dass geprüft werden muss, wie die Aufgaben erfüllt werden, ob sie auch anders erfüllt werden können und ob dadurch eine Konsolidierung stattfinden kann. Das findet in der Landespolitik über die ganze Breite der Aufgaben statt. Deswegen kann das Amt für Verfassungsschutz hier nicht ausgespart werden. Das ist für uns überhaupt keine Frage.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie kommen Sie dann auf 30 bis 50 %?)

Damit ist aber keine Abschaffung verbunden. Weder der Ministerpräsident noch die Fraktionsvorsitzende, noch die grüne Landtagsfraktion haben jemals die Abschaffung des Amtes für Verfassungsschutz gefordert. Im Gegenteil, wir haben uns ausdrücklich zu seinen Aufgaben bekannt. Das ist auch schriftlich niedergelegt. Allerdings halten wir eine Aufgabenkritik für notwendig. Die Frage, ob der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg zumindest in Teilbereichen neu aufgestellt werden muss, ist berechtigt.

Diese Debatte gibt es im ganzen Bundesgebiet. Heute Vormittag berät das Bundeskabinett über die Konsequenzen, die aus der Mordserie der NSU-Terroristen zu ziehen sind. Kollege Zimmermann, Baden-Württemberg ist keine Insel der Glückseligen, wo es heißen kann: „Weiter so! Wir haben keinen Änderungsbedarf.“ Das ist definitiv nicht der Fall.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr gut!)

Deshalb sind wir gut beraten

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Erklären Sie einmal, wo Sie Stellen einsparen wollen! – Gegenruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sie haben jetzt nicht das Wort!)

– ich glaube, im Moment habe ich das Wort, oder? –, diese Aufgabenkritik in aller Ruhe und Sachlichkeit durchzuführen. Nichts anderes hat Kollegin Sitzmann in ihrem Wortbeitrag im Sommer 2013 gesagt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: „Wortbeitrag“! Heijei!)

Es ist doch klar, dass man sich nach den Erfahrungen der letzten 15 Jahre Fragen stellen muss. In Baden-Württemberg haben wir eine starke Behörde, die zweifelsohne in vielen Bereichen erfolgreich arbeitet.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Hier nenne ich ausdrücklich den Bereich des islamistischen Terrorismus. Über die Frage, ob man mehr mit dem Bund zusammenarbeiten oder etwas delegieren kann, wurde insbesondere in den letzten Wochen viel diskutiert. Deswegen ist dies ein wichtiges Thema. Hier arbeitet das Landesamt vorbildlich, was auch damit zu tun hat, dass es eines der ersten Landesämter war, das sich dieser Aufgabe mit eigenen Leuten zugewandt hat. Daran gibt es nichts zu deuteln.

Wir müssen jedoch leider konstatieren, dass das NSU-Trio hier viele Jahre lang aktiv sein konnte, dass es hier 30 Besuche machen konnte und dass unsere personell sehr gut ausgestatteten Sicherheitsbehörden – wie die Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer und des Bundes – leider nicht in der Lage waren, dies rechtzeitig aufzudecken. Zu dieser Erkenntnis müssen wir leider auch gelangen.

Hier ist die Frage berechtigt und notwendig: Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Darüber muss man in aller Ruhe und Sachlichkeit diskutieren. Dazu laden wir Sie ein, Herr Kollege Zimmermann. Hier können Sie Ihren Sachverstand gern einbringen. Dazu gibt es Vorschläge. Es werden berechtigterweise Fragen gestellt wie: Muss der Verfassungsschutz in der Breite all das machen, was er bisher macht? Muss er Prävention leisten? Muss er in Schulen politische Aufklärung leisten, oder können das andere machen? Diese Fragen sind völlig berechtigt. Sie rühren jedoch überhaupt nicht an der Kernaufgabe des Verfassungsschutzes. An der Kernaufgabe will doch niemand etwas ändern. Wir führen die Diskussion, die woanders auch geführt wird. Dies ist aus unserer Sicht notwendig.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage der Abgabe von Zuständigkeiten an den Bund von Bedeutung. Diese muss hier auch aufgeworfen werden. Der Innenminister hat dies doch völlig zu Recht erwogen. Er hat dazu ein Beispiel genannt, wo dies vielleicht generell vorstellbar wäre. Wenn die gemeinsame Erkenntnis richtig ist, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Sicherheitsbehörden der Länder verzahnt und der Informationsaustausch besser werden muss, was Sie in allen Berichten – Bund-Länder-Kommission, Untersuchungsausschüsse, einstimmiger Beschluss des Bundestags – lesen können,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt reden Sie doch nicht um den Brei herum!)

dann muss man diese Fragen stellen können. Wir haben Bedenken gegen die Abgabe zentraler Zuständigkeiten, nicht nur aus föderalen Prinzipien, sondern aus Fragen des Erkenntnisgewinns. Hier muss man sorgfältig prüfen, ob die Abgabe von Zuständigkeiten in diesem Bereich möglich ist.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Nichts anderes hat der Minister getan, und wir werden in der Lage sein, auch diese Frage überzeugend zu beantworten. Die Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle ist, wie gesagt, ebenfalls ein Thema, dem wir uns gemeinsam widmen müssen.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Unterm Strich, meine Damen und Herren, gibt es genug Anlass, über die Aufgabenstellung des Verfassungsschutzes und

(Hans-Ulrich Sckerl)

eine moderne Aufstellung zu diskutieren. Wir müssen dem Motto folgen, das auch heute Motto der Debatte auf Bundesebene ist: künftig mehr Offenheit statt Fortsetzung der Schlapphutmmentalität. Das ist die moderne Aufgabenstellung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ach! – Zurufe von der CDU: Was?)

Der Verfassungsschutz muss heraus aus der Nische des Geheimen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Es geht um den Verfassungsschutz, nicht um Schlapphüte!)

Seine Erkenntnisse müssen in der Gesellschaft viel mehr diskutiert werden. Wir brauchen mehr Prävention und mehr Aufklärung. Wir müssen die Zivilgesellschaft fit machen für diese Herausforderungen, gerade von rechts. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe, und wir wollen uns dieser gemeinsam stellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, genau, aber auf unterschiedliche Art!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wahl.

**Abg. Florian Wahl SPD:** Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Zimmermann, Ihre Rede muss man sich noch einmal – eher unter karnevalesken Argumenten – vor Augen führen. Denn ich denke, das Thema ist zu ernst.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es, Herr Kollege!  
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Denken Sie als Sozialdemokrat daran!)

Denken wir an die Diskussionen, die wir momentan führen, und daran, warum wir sie führen müssen. Wir müssen noch einmal zurückblicken. Es hat auch etwas mit den Enthüllungen der letzten Jahre zu tun, warum wir überhaupt diese Debatte führen müssen und warum wir überlegen müssen, wie wir den Verfassungsschutz in Zukunft strukturell aufstellen. Dass in den letzten Jahren nicht überall alles gut gelaufen ist, ist ebenfalls klar. Daran wird deutlich, dass das LfV an bestimmten Stellen umgebaut werden muss.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das habe ich doch überhaupt nicht kritisiert!)

Aber eines muss man natürlich auch sagen – dies ist uns, der SPD-Fraktion, wichtig –: Wir dürfen Sicherheitslagen nicht gegen Haushaltssituationen ausspielen. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger geht vor.

(Beifall bei der SPD und der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist der erste richtige Satz!)

Auch von unserer Seite war von nichts anderem die Rede. Dass manch einer einmal ein Interview gibt, das vielleicht der eine so und der andere so beurteilt, das ist Herrn Hauk diese

Woche auch schon passiert. Das soll es immer wieder einmal geben.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl Zimmermann: Da äußert sich der Ministerpräsident, aber hier nicht!  
– Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Aber das Wichtige ist doch, dass die Landesregierung sowie der Innenminister als Person darstellen, dass wir von allen Plänen und Überlegungen zu irgendwelchen Zentralisierungen Abstand nehmen, und dass dies auch gilt.

Eines muss ebenfalls gesagt werden, auch wenn es früher schon einmal diskutiert worden ist: Ich denke, unsere Regierungszeit unterscheidet sich von Ihrer insofern, als wir diskutieren, nachdenken und bei uns Argument sowie Gegenargument gelten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Bei der SPD oder bei der Regierung?)

Dies hat stattgefunden, und die besseren Argumente haben sich durchgesetzt. Deshalb gibt es keine Zentralisierung oder Ähnliches.

Ich denke, wir sollten dort keine falschen Zweifel säen. Auch aus diesem Grund hat die SPD-Fraktion gerade auch vor dem Hintergrund der Frage „Wie sieht es für den Verfassungsschutz nach den Morden des NSU aus?“ gestern beschlossen, die Einrichtung einer Enquetekommission zu beantragen, um die Themen und Strukturen aufzuarbeiten. Eine Aufarbeitung mit der notwendigen Ernsthaftigkeit würde ich mir auch für das Haus wünschen.

Danke.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erhält das Wort Herr Abg. Professor Dr. Goll.

**Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst muss man einmal sagen: Es ist gut, dass diese Große Anfrage von der CDU eingebracht wurde und dass wir dieses Thema zu diesem Zeitpunkt diskutieren.

Meine Damen und Herren, die CDU hat, wenn ich das einmal so ausdrücken darf, die Vielfalt möglicher Orientierungen – ich meine das jetzt im politischen Sinn – in den letzten Tagen nach den Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden ein wenig eingeschränkt. Aber ich nehme nicht an, dass das Thema Verfassungsschutz deshalb hier auf den Tisch kommt, weil er bekanntlich für alle möglichen Formen des Terrorismus zuständig ist.

Wir halten aber auch hier fest, dass die Landesregierung auch in diesem Bereich wieder einmal nicht tut, was getan werden sollte. Das ist eigentlich die Überschrift, wenn man sich das Thema näher anschaut. Wir haben es, wenn man es etwas konkretisiert, sozusagen mit dem Dreischritt zu tun, den wir immer wieder erleben: dass man eigentlich klar sagen kann, was passieren sollte, anschließend ebenso klar feststellt, dass es nicht passiert, und wir uns dann darüber unterhalten, warum es nicht passiert.

(Dr. Ulrich Goll)

Ich behaupte, es ist leicht herauszufinden, wie man den Verfassungsschutz konsequent stärken kann, nämlich indem man einerseits die dezentrale Struktur stärkt und andererseits die Zusammenarbeit mit den Behörden in anderen Ländern und mit den Bundesbehörden ständig verbessert.

Die Zentralität ist wichtig. Nehmen wir z. B. den NSU-Bericht. Darin steht z. B. etwas von einem „Waiblinger Komplex“. Es ist ganz klar, dass ich zu einem „Waiblinger Komplex“ mehr erfahren kann, wenn wir eine gute Behörde in Stuttgart haben, als wenn die Behörde in Berlin ist. Das ist ganz klar, denn die lokale Behörde kennt die Szene natürlich besser. Sie hat die besseren Kontakte zur Polizei. Ich habe mit einiger Beruhigung gehört, dass Sie hier einigermaßen glaubhaft gesagt haben, Sie wollen nicht zentralisieren, sondern an der dezentralen Struktur festhalten. Das ist beruhigend.

Weniger beruhigend ist dann aber Folgendes. Damit sind wir bei der Frage, was passiert, wenn Sie wirklich, wie der Antwort auf die Anfrage zu entnehmen ist, ein merkwürdig unklares Verhältnis im Konkreten zu unserer Verfassungsschutzbehörde haben. Es ist schon etwas merkwürdig, wenn man dann dort erfährt, dass bei den Beratungen über den nächsten Haushalt einmal darüber gesprochen wird, wie viele Stellen das Landesamt bekommen soll. Das hört sich ein bisschen nach „Verfassungsschutz nach Kassenlage“ – um einmal eine Ihrer früheren Terminologien zu übernehmen – an. Mir fehlt dabei das klare Bekenntnis. Es wird immer nur herumgeredet: „Raus aus der Schlapphutmmentalität!“ Was bedeutet das eigentlich? Was werfen Sie konkret dem baden-württembergischen Verfassungsschutz vor?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wo sind die Missstände? Das muss man ja wissen. Es sind drei Jahre vergangen, und Ihnen ist zur Strukturveränderung eigentlich nicht wirklich etwas eingefallen. Es gibt eine Arbeitsgruppe, die seit einem Jahr arbeitet. Auf deren Ergebnisse dürfen wir gespannt sein. Aber das riecht ein wenig nach dem Motto: „Wenn du nicht mehr weiterweißt, gründe einen Arbeitskreis.“ Wir kommen bei diesem Thema nicht vom Fleck, und deshalb traue ich dieser Geschichte nicht. Es fehlt mir das Bekenntnis zu einer starken baden-württembergischen Behörde.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aus der Antwort geht auch hervor, dass Sie nicht vorhaben, diese Aufgabe auf Bundesebene ernsthaft in Angriff zu nehmen. Bei beiden Teilen, die ich vorhin nannte – Bekenntnis zur dezentralen Struktur und anschließend ständige Verbesserung der Kommunikation auf Bundesebene –, ist viel passiert, aber weniger von Baden-Württemberg ausgehend. Das ist ganz auffällig.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Quatsch!)

Deshalb muss man an dieser Stelle noch einmal vorsichtshalber eines deutlich sagen: Sie würden sich nach meiner Meinung in einen gewaltigen Widerspruch verwickeln, wenn Sie ständig versuchen, zu kritisieren, wir wären an irgendwelchen Stellen nicht aufklärungsbereit, und gleichzeitig sich selbst

nicht klar zum Verfassungsschutz bekennen, den wir für ebendiese Aufklärung brauchen. Das ist doch ein merkwürdiger Widerspruch.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Egal, welches Gremium nun eingerichtet wird oder nicht – eine Enquetekommission oder ein Sonderausschuss oder ein Untersuchungsausschuss –: Wir haben vor, dort auch diese Gretchenfrage zu thematisieren: Wie halten Sie es eigentlich mit dem Verfassungsschutz? Denn ein funktionierender Verfassungsschutz gehört untrennbar zu dem, was Sie vorgeben zu wollen: alle Arten extremistischer und verfassungswidriger Bestrebungen im Land zu verhindern.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Gall das Wort.

**Innenminister Reinhold Gall:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Werter Herr Kollege Zimmermann, ich habe Ihre Ausführungen so verstanden, dass Sie den Eindruck erwecken wollten – gelungen scheint dieser Versuch nicht zu sein –,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

die Grünen und der Ministerpräsident würden, wenn Sie so wollen, ein fährlässiges Spiel mit der Sicherheit unseres Landes spielen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Grünen!)

Das ist – das will ich ausdrücklich sagen – in die politischen Äußerungen und in die Themen, die Sie in den zurückliegenden Monaten gesetzt haben, einzureihen. Dabei geht es vorwiegend darum, bei Themen, bei denen Sie vermutlich meinen, die Bürger würden Ihnen dabei auf den Leim gehen, reflexartig Angstmache zu betreiben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Minister, Sie enttäuschen mich!)

Dass sie das nicht tun – auch nicht im Bereich der Sicherheit –, zeigen alle Umfragen. Denn gerade was den Herrn Ministerpräsidenten anbelangt, sind zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes der Auffassung,

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

dass er Vertrauen besitzt und gute Arbeit im Land leistet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nebenbei sei erwähnt: Auch 64 % der CDU-Wähler sind dieser Meinung. Die Vorhaltungen, die Sie diesbezüglich zu machen versuchen, sind also einfach nicht richtig.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)



(Minister Reinhold Gall)

Ich kann Ihnen ausdrücklich sagen – ich arbeite ja nun seit fast drei Jahren sehr eng insbesondere auch mit dem Ministerpräsidenten zusammen – und bin mir ziemlich sicher: Nicht wenige meiner Vorgänger im Amt des Innenministers wären froh gewesen, sie hätten eine so konstruktive Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Ministerpräsidenten gehabt, wie ich sie mit dem jetzigen Ministerpräsidenten habe.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Und jetzt zum Thema! – Abg. Thomas Blenke CDU: Da ist irgendetwas faul!)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, will ich auch ausdrücklich sagen: Das heißt im Klartext nicht, dass wir immer einer Meinung sein müssen.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Aber ich würde mir eher Sorgen über einen Ministerpräsidenten machen, der mit seinen Ressorts nicht gelegentlich auch einmal kontrovers diskutiert, sondern hinter verschlossenen Türen oder am Parlament vorbei – dafür gibt es ja Beispiele in unserem Land –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jede Menge!)

Landesinventar samt Verfassungswerten verkauft, als über unser Verhältnis auch im Bereich der inneren Sicherheit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Thomas Blenke CDU und Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Ich bin auch der Auffassung, Herr Zimmermann und werte Kolleginnen, werte Kollegen von der CDU, Sie sollten jetzt wenigstens versuchen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Über wie viele Stöckchen springen Sie eigentlich?)

in bestimmten Bereichen einmal eine Linie zu finden, was Sie dieser Landesregierung eigentlich vorwerfen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

In den zurückliegenden Debatten ist häufig die Formulierung gefallen, da würde nach Gutsherrenart regiert. Jüngst ist insbesondere von Ihrem Fraktionsvorsitzenden das Wort „Gesinnungsterrorismus“ gefallen. Ferner werfen Sie uns wiederum vor, dass wir bei bestimmten Themen, was ich in einer Demokratie nur als normal empfinde, durchaus auch Diskussionsbedarf haben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sagen Sie auch etwas zum Verfassungsschutz?)

Sie sollten sich einmal darauf einigen, was Sie dieser Landesregierung eigentlich vorwerfen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sagen Sie einmal etwas zu der Aussage von Frau Sitzmann! Das war doch die Grundlage für diese Anfrage!)

Die Diskussion über die Aufstellung, die Finanzierung und die Positionierung des Verfassungsschutzes ist im Übrigen nicht neu. In den über 60 Jahren des Bestehens der Bundes-

republik und unseres Landes hat es häufig – auch in diesem Parlament – Diskussionen darüber gegeben, ob der Verfassungsschutz richtig aufgestellt ist, ob die Schwerpunkte richtig gesetzt sind.

Es wurde von Vorrednern angesprochen: Wir haben uns auch in der zurückliegenden Legislaturperiode beispielsweise darüber unterhalten, wie auf terroristische Gefährdung reagiert wird. Es hat der damaligen Opposition von SPD und Grünen bedurft – um es einmal deutlich zu sagen –, Sie dazu zu bewegen, in diesem Bereich einen dritten Observationstrupp zu installieren. Das haben Sie dann gemacht – aller Ehren wert; das ist überhaupt keine Frage. Da waren wir uns auch einig. Aber es war unser Bestreben, dass dies gemacht wird.

Meine Damen und Herren, ja, es hat sich etwas verändert, und es verändert sich immer wieder etwas, beispielsweise was die Tätigkeitsfelder – im Grundsatz nicht, aber jeweils bezogen auch auf die Entwicklung in unserem Land –, die Sicherheitsgefährdung und die gesellschaftspolitische Entwicklung in unserem Land anbelangt. Deshalb ist es mehr als normal, dass wir gerade in diesen Zeiten, in denen der NSU-Terrorismus neue Fragen aufgeworfen hat, versuchen, entsprechende Antworten zu finden.

Im Übrigen befinden wir uns beispielsweise bei den Impulsen, die gegeben worden sind, Herr Zimmermann, was die Frage einer eventuellen Zentralisierung, die Frage der Neuausrichtung der Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder anbelangt, in Baden-Württemberg nicht in einem isolierten Raum. Das wurde und wird diskutiert durch den Bundestagsuntersuchungsausschuss, durch die Bund-Länder-Kommission Rechtsterrorismus, die wir eingesetzt haben. Das ist dieser Tage im Bundestag erneut thematisiert und diskutiert worden. Alle Fraktionen, die dort vertreten sind, waren der Auffassung, dass Handlungsbedarf besteht.

Nur: Bei der Frage „Wie, in welchem Umfang?“ befinden wir uns tatsächlich noch in der Diskussionsphase. Da gibt es in vielen Bereichen noch keine abschließenden Antworten.

Das heißt, die ganze Bundesrepublik diskutiert, sondiert Fragen kontrovers, mit hoher Sorgfalt. Ich würde mir jedenfalls wünschen, dass mit hoher Sorgfalt diskutiert wird, um ein Ergebnis nicht schon vorwegzunehmen, sondern sich diesen Fragen jeweils ergebnisoffen zu stellen.

Das heißt aber nicht – das will ich ganz deutlich sagen –, dass ich bei bestimmten Positionen keine Meinung hätte. Die habe ich schon; das will ich sagen. Wenn Sie mich heute nach meiner Meinung fragen – und das werden Sie, Herr Zimmermann, nachher sicherlich noch tun –, will ich Ihnen sagen: Ich bin der Auffassung, dass Personaleinsparungen in der Größenordnung von 50 % beim Verfassungsschutz, wie sie heute diskutiert wurden, bei der derzeitigen gesetzlichen Aufgabenverpflichtung, die wir haben, nicht leistbar sein werden. Das will ich an dieser Stelle deutlich sagen.

(Beifall des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Denn es ist nun einmal so: Nach der bestehenden gesetzlichen Grundlage müssen wir ein demokratisches Frühwarnsystem haben, das uns vor entsprechenden Entwicklungen warnt, und zwar lange bevor eine konkrete Gefährdung besteht.

(Minister Reinhold Gall)

Die gesetzlichen Grundlagen kennen Sie. Das sind die unterschiedlichen Ebenen, die es gibt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das ist unser Landesverfassungsschutzgesetz, das ist das Bundesverfassungsschutzgesetz, und das sind darüber hinaus eine ganze Reihe spezialgesetzlicher Regelungen, denen der Verfassungsschutz gerecht werden muss. Das ist beispielsweise das Sicherheitsüberprüfungsgesetz, das ist das Luftsicherheitsgesetz, das ist das Aufenthaltsgesetz. Allein in diesen Themenbereichen überprüft das Landesamt für Verfassungsschutz etwa 55 000 Personen pro Jahr, Personen, die in sicherheitsrelevanten Bereichen der Behörden oder der Wirtschaft arbeiten – beispielsweise auch am Flughafen in Stuttgart.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr sinnvoll!)

Meine Damen und Herren, ich will auch ausdrücklich sagen: Wäre Gewaltorientierung – das ist meine Meinung – das allein entscheidende Kriterium, hätten wir schon erhebliche Probleme, beispielsweise die NPD zu beobachten. Ich glaube, niemand stellt heute infrage, dass wir dies tun sollten.

Ich will damit sagen: Wer früh erkennen will und wer vor allem auch reagieren will, muss früh hinschauen, wo sich entsprechende Strukturen bilden und wo sich Radikalisierungsprozesse anbahnen.

Aber es ist doch mehr als legitim – ich halte das für ausdrücklich erforderlich –, dass wir politisch darüber diskutieren: Wie früh müssen wir hinschauen, und wie tief müssen wir schauen? Da lohnt es sich, glaube ich, dass wir einen ernsthaften Diskurs, eine breite Debatte darüber führen.

Es liegt auf der Hand, dass gerade auch in diesem Themenbereich Grüne und SPD nicht, wenn sie morgens aufwachen, grundsätzlich derselben Meinung sind. Da befinden wir uns übrigens in guter Gesellschaft mit Ihnen, weil Sie, insbesondere die CDU-Fraktion, sich ja in vielen anderen Themenfeldern weder morgens noch abends richtig grün sind.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Das heißt, eine Debatte, die wir jetzt über die Grunderwartungen führen müssen, die der Landtag von Baden-Württemberg und die die Regierung an die Sicherheitsbehörden unseres Landes haben – dazu lade ich Sie, Herr Zimmermann, sowie Ihre Kolleginnen und Kollegen gern ein –, muss am Ende entschieden werden. Man darf nicht schon vorher mit einer Entscheidung im Prinzip die Weichen stellen.

Wir müssen diesen Diskussionsprozess führen. Es gibt divergierende Erwartungen, die das Spannungsfeld zwischen der Gewährleistung von Sicherheit und der eventuellen Einschränkung von Freiheitsrechten betreffen. Wir müssen die Diskussion breit und, wie ich finde, offen und ehrlich führen, ohne dass der Regierung sofort immer, wie Sie es heute versucht haben, unterstellt wird, bei ihr wäre das Thema Sicherheit in bestimmten Teilen nicht mit dem richtigen Stellenwert versehen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Es gilt dabei auch abzuwägen und daraus Konsequenzen zu ziehen, das heißt gesetzgeberisch zu handeln und Maßnahmen auch struktureller Art abzuleiten. Wir, die Landesregierung, haben uns in allen Bereichen zu eigen gemacht, bestehende Strukturen immer auch einer Evaluation zu unterziehen: Sind wir noch richtig aufgestellt, stimmen die Strukturen noch? Das haben wir bei der Polizeistrukturenreform gemacht, und das werden wir selbstverständlich auch beim Verfassungsschutz tun.

Sie haben angedeutet – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Hoffentlich mit besserem Ergebnis! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist ja schon einmal schiefgegangen!)

– Herr Hauk, ich wäre ein wenig vorsichtig mit diesen Zwischenrufen. Das zeigt mir wiederum, dass Sie, was die Polizeistrukturenreform angeht, nun wirklich nicht im Bilde sind. Sonst hätten Sie vielleicht von den ersten Maßnahmen, die wir ergriffen haben – – Vor Kurzem habe ich jedenfalls so etwas wie ein Lob – nicht von Ihnen, aber von den Mitgliedern Ihrer Fraktion im Innenausschuss – über die Maßnahme, die wir in diesem Zusammenhang schon ergriffen haben, gehört.

Ich erinnere an die Gemeinsame Informations- und Analysestelle. Ich erinnere daran, dass wir das Informationssystem des Verfassungsschutzes ausgebaut haben, was NADIS angeht. Ich erinnere daran, dass wir einen Aktenvernichtungsstopp angeordnet haben.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Ich erinnere daran, Herr Dr. Goll, dass wir die Ersten gewesen sind, die auf Bundesebene gefordert haben, dass es einheitliche Standards gibt, beispielsweise für die Führung von V-Leuten. Und, Herr Hauk, wir haben beispielsweise – das haben Sie vermutlich noch gar nicht wahrgenommen – im Zuge der neuen Polizeistrukturenreform dem Staatsschutz in der Polizei wieder den Stellenwert eingeräumt, den Sie in den zurückliegenden Jahrzehnten abgeschafft hatten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Wie bitte? Nehmen Sie das zurück, bitte! Das darf nicht im Protokoll stehen bleiben!)

Das heißt, der Staatsschutz war ausschließlich beim Landeskriminalamt verortet, und das Thema Staatsschutz ist in die allgemeine Polizeiarbeit integriert gewesen. Wir haben dem Thema Staatsschutz durch eine eigene Inspektion unter dem Dach der Kriminaldirektion innerhalb der zwölf Polizeipräsidien wieder einen Stellenwert gegeben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Aber Sie haben doch den Staatsschutz abgeschafft! Das ist eine Lüge!)

Das heißt, wir haben reagiert, während Sie im Prinzip diesem Thema einen eher untergeordneten Stellenwert eingeräumt haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb ist es jetzt wirklich geboten, Herr Zimmermann, in den nächsten Monaten diese wichtigen Fragen vollumfänglich zu diskutieren, insbesondere was die Bekämpfung des Rechtsextremismus angeht, und Antworten auf die Fragen

(Minister Reinhold Gall)

zu geben: Wie stellen wir uns auf? Welche Gewichtung ist richtig, was den Personaleinsatz und den Finanzmitteleinsatz anbelangt?

Im Zuge der Neuausrichtung des Verfassungsschutzes haben der parlamentarische Untersuchungsausschuss bzw. der Bundestag sowie die Bund-Länder-Kommission eine Reihe von Empfehlungen abgegeben. Ihre heutigen Äußerungen zeigen mir, dass Sie die Empfehlungen nicht zur Kenntnis genommen haben. Denn beispielsweise hat – Sie versuchen jetzt, das bei mir zu kritisieren – der neue Bundesinnenminister vor Tagen eine höhere Zentralstellenfunktion für den Bund in bestimmten Bereichen gefordert. Deshalb weiß ich gar nicht, warum Sie da einen Meinungsumschwung konstatieren wollen, was meine Person anbelangt.

Ich habe gesagt, es lohnt sich, gerade im Bereich des internationalen Terrorismus darüber nachzudenken, bestimmte Aufgaben nicht völlig abzugeben, sondern die richtige Gewichtung zwischen den Aufgaben, die die Landesämter wahrnehmen, und den Aufgaben, die der Bund wahrnimmt, zu finden.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. von Eyb und eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Blenke?

**Innenminister Reinhold Gall:** Ja.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abg. von Eyb.

**Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU:** Herr Minister, für den Fall, dass ich vorhin richtig gehört habe, dass gesagt wurde, es müsse Schluss sein mit der „Schlapphütmentalität“, möchte ich Sie fragen, ob Sie diese Terminologie tragen.

(Zuruf von den Grünen: Bitte?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Minister.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auf seiner Pferderanch!)

**Innenminister Reinhold Gall:** Ich habe weder eine Pferderanch noch irgendetwas anderes, Herr Bullinger. Die Zwischenrufe waren auch schon besser. – Die Begrifflichkeit „Schlapphüte“ habe ich noch nie geteilt, weil ich solche Menschen, auf die diese Bezeichnung abzielt, nicht kenne

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und weil damit jedenfalls nicht das komplette Aufgabengebiet des Verfassungsschutzes umfasst wird. Die 340 Beschäftigten in den fünf Abteilungen des Landesamts für Verfassungsschutz – ich habe versucht, es anzudeuten – haben eine Vielzahl von Aufgaben, die meilenweit von diesem Klischee „Schlapphüt“ entfernt sind.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Blenke.

**Abg. Thomas Blenke CDU:** Danke, Herr Präsident. – Herr Minister, Sie sagten eben, die frühere, CDU-geführte Landesregierung habe den polizeilichen Staatsschutz abgeschafft.

Das ist nachweislich falsch. Ich frage Sie, ob Sie bereit sind, diese Aussage zurückzunehmen.

**Innenminister Reinhold Gall:** Ich habe gesagt, dass wir in der neuen Struktur den Staatsschutz in der Fläche wieder so verankert haben, dass er auch sichtbar ist, dass es dafür nun eine eigene Inspektion gibt,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist eine andere Aussage! – Abg. Thomas Blenke CDU: Sie haben „abgeschafft“ gesagt!)

während der Staatsschutz in Ihrer Regierungszeit konzentriert war – jedenfalls schwerpunktmäßig – im Bereich des Landeskriminalamts und die übrigen Polizeibehörden diese Aufgaben quasi mit erledigt haben. Wir haben entsprechend reagiert und haben dem Staatsschutz wieder einen Stellenwert eingeräumt mit der entsprechenden Personal- und Finanzausstattung, wie es die Erkenntnisse nach NSU erforderlich gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Das heißt, Sie sagen nicht, wir hätten ihn abgeschafft!)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal zum Thema umschwenken. Ich will, weil das angesprochen wurde, ausdrücklich sagen: Ich stehe auch in diesem Bereich zur föderalen Struktur der Sicherheitsarchitektur in unserem Land und in der Bundesrepublik. Warum? Weil die Sicherheitsbehörden dadurch Bodenhaftung haben – das ist überhaupt keine Frage – und dadurch gewährleistet ist, dass Entscheidungen und Maßnahmen dort getroffen werden, wo sie am besten getroffen werden können, und es darüber hinaus gewährleistet ist, dass Nähe vorhanden ist, wo sie erforderlich scheint.

Aber alle diese Themenfelder lassen sich, wie gesagt, natürlich nicht auf Baden-Württemberg begrenzen, auch nicht auf andere Bundesländer. Deshalb müssen wir die Strukturen, die Vernetzung, die Schnittstellen an die Erfordernisse dieser Zeit anpassen. Ich finde, hier sollte es tatsächlich keine Denkverbote geben. Da muss man breit diskutieren und erörtern dürfen. Deshalb lege ich großen Wert darauf.

Ich habe auch nicht davon gesprochen, dass wir uns aus bestimmten Aufgaben ausklinken wollen, sondern ich habe davon gesprochen, wie gerade die Zentralstellenfunktion besser gewährleistet werden kann, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Ich komme zum Schluss. Ich bin wirklich sehr daran interessiert und mir steht der Sinn danach, dass wir gute Argumente bekommen, Herr Zimmermann, und nicht politische Fensterreden halten, was dieses Thema anbelangt. Denn die Sicherheit in unserem Land ist – jedenfalls habe ich diesen Eindruck – unser aller Ansinnen. Deshalb sollten wir zu einer sachlichen Diskussion zurückkommen.

Letzte Bemerkung: Wenn ich richtig gehört habe, war auch ein kleines Lob an meine Person damit verbunden. Ich will ausdrücklich sagen: Ich kann Lob schon gebrauchen, aber nur dann, wenn es ernst gemeint ist.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

(Minister Reinhold Gall)

Deshalb habe ich vorhin schon gesagt, Sie sollten sich einmal eine Linie überlegen, der Sie im Bereich der Sicherheitspolitik in unserem Land selbst folgen wollen,

(Zurufe der Abg. Karl Klein und Matthias Pröfrock  
CDU)

beispielsweise was die Aufarbeitung des NSU-Terrorismus in Baden-Württemberg betrifft. Uns zu loben, Ihre Leute jedoch auf Bundesebene nicht daran zu hindern, uns in die Pfanne zu hauen, das passt nicht zusammen.

Deshalb lade ich zum Diskurs ein. Ihre Meinung ist uns bei diesem Thema wichtig. Sie sind herzlich eingeladen. Beispielsweise bietet eine Enquetekommission, die wir, wenn es nach mir geht, möglichst einstimmig in diesem Haus beschließen sollten, die Gelegenheit dazu, Ihre Vorstellungen mit den unsrigen abzugleichen. Ich habe die große Hoffnung, dass diese Vorstellungen nicht sehr voneinander abweichen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Zimmermann das Wort.

**Abg. Karl Zimmermann** CDU: Herr Minister, der zweite Teil Ihrer Rede hatte größtenteils richtige Passagen. Die waren wahrscheinlich auch von Ihnen. Die Antwort auf die Große Anfrage war in Abstimmung mit dem Staatsministerium geschrieben. Ich weiß jetzt nicht, welchen Teil das Staatsministerium geschrieben hat.

Herr Wahl, auch Sie haben zum Teil recht. Doch Sie haben auch wieder gesagt, die Sicherheitspolitik sei von der Haushaltslage abhängig.

(Zuruf von der SPD: Das Gegenteil hat er gesagt!)

– Nein, das haben Sie gesagt.

Sie – jetzt sage ich: speziell die Grünen – haben den Schaden schon verursacht. Beim LfV haben schon viele innere Kündigungen stattgefunden.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Bei der Polizei genau-so!)

Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie noch einmal auf: Kommen Sie hier und jetzt an das Mikrofon und geben ein Bekenntnis oder eine Stellungnahme zum wichtigsten Kernbereich des Landes, zur inneren Sicherheit und Ordnung, ab und machen Sie eine Aussage zum Verfassungsschutz des Landes Baden-Württemberg. Sie haben benannt, Herr Minister, wie viele Aufgaben das LfV hat, und darauf hingewiesen, dass diese bei einem Stellenabbau nicht zu bewältigen sind. Sie haben überhaupt nichts dazu gesagt, wie Frau Sitzmann dazu kommt, ein Einsparpotenzial von 30 bis 50 % zu nennen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, hier und heute wurde festgestellt, dass keine Aufgabenkritik voranging. Jetzt wollen Sie das Ganze erst erörtern und erarbeiten. Deshalb frage ich Sie, Frau Sitzmann, noch einmal: Wieso nennen Sie dann schon Zahlen von 30 bis 50 %? Haben Sie intern eine Aufgabenkritik vorgenommen, oder wiederholen Sie nur für Baden-Württemberg, was Ihre Bundeskollegen und Bundes-

vorsitzenden immer schon wollten, nämlich die Abschaffung des Verfassungsschutzes?

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen und Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Da wir bis zur Mittagspause noch Zeit haben, haben die Fraktionen vereinbart, Tagesordnungspunkt 4 vorzuziehen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit – Drucksache 15/4661**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/4800**

**Berichtersteller: Abg. Bernd Hitzler**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hitzler das Wort.

**Abg. Bernd Hitzler** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion wird dem Gesetzentwurf zur Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit zustimmen. Das geplante Gesetz enthält nur zwei Artikel und einen Paragraphen. Die Festlegung eines Gerichtsstandorts bei Streitigkeiten – davon wird es eine Menge geben – ist sinnvoll.

Aber die heutige Debatte darf natürlich nicht ohne eine Aussprache über die Umsetzung der Notariatsreform bleiben. Professor Dr. Zuck, ein anerkannter Verfassungsrechtler, hat in einem Parteigutachten festgestellt, dass die Notariatsreform gegen Artikel 12 ebenso wie gegen Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes verstößt. Ob dies so ist, werden wir hier im Landtag nicht klären können. Hierzu wird es sicherlich Urteile des Staatsgerichtshofs ebenso wie des Verwaltungsgerichtshofs geben.

Aber, Herr Minister Stickelberger – nun komme ich zu Ihnen –: Es ist sicherlich sehr bedenklich, dass Sie in den letzten zwei Jahren in der Notarschaft und im Übrigen auch in allen anderen Justizkreisen erheblich an Ansehen verloren haben. Dies erklärt sich dadurch, dass Sie als der „gute Mann vom Schillerplatz“ gelten, der aber am Kabinetttisch keinen Einfluss hat.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Der Unmut der Notare gilt vor allem einer fehlenden Zulagenregelung. Durchschnittlich verliert ein Notar, der Beamter bleibt, 20 000 € pro Jahr. Mir ist keine Berufsgruppe bekannt, die so hohe Verluste hat. Dabei handelt es sich bei den Notaren um Personen, die treu und zuverlässig dem Land gedient haben. Deshalb ist es auch notwendig, dass der Dienst-

(Bernd Hitzler)

herr dieser Berufsgruppe einen gewissen Respekt entgegenbringt und sich für sie einsetzt. Die CDU-Fraktion fordert Sie daher auf, eine Zulagenregelung zu schaffen. Sie können damit viel Druck aus dem Kessel nehmen.

(Beifall des Abg. Norbert Beck CDU)

Erstaunlich ist, dass Sie als Oppositionspolitiker hierfür seinerzeit sehr aufgeschlossen waren, jetzt aber nichts mehr davon wissen wollen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gedächtnisverlust!)

Wahrscheinlich hat Sie der Finanzminister hier eingefangen. Die Betroffenen erwarten aber einen Einsatz für ihre Belange.

Sie wissen, dass die CDU-Fraktion dieser Notariatsreform nur widerwillig zugestimmt hat.

(Abg. Sascha Binder SPD: Aber sie hat zugestimmt!)

Wir haben den festen Willen, diese Reform zu einem guten Ende zu bringen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Filius.

**Abg. Jürgen Filius** GRÜNE: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! In einem wahrlich sehr schnellen Tempo – vor einer Woche fand hier die erste Lesung des vorliegenden Gesetzentwurfs statt; der Ständige Ausschuss tagte unmittelbar danach – kommen wir heute nun schon zur zweiten Lesung. Man sieht, hier wird zügig gearbeitet, um tatsächlich effizient vorzugehen, wenn es darum geht, ein bis Ende 2017 befristetes Gesetz auf den Weg zu bringen, das vorsieht, dass die gerichtliche Zuständigkeit bis dahin beim Verwaltungsgericht Karlsruhe angesiedelt ist. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe soll die alleinige Zuständigkeit für Rechtsstreitigkeiten rund um die Besetzung der Dienstposten im Zuge der Notariatsreform haben.

Diese Maßnahme ist sinnvoll und richtig; dies wurde von Herrn Kollegen Hitzler ebenfalls so bewertet, und entsprechend gab es auch im Ständigen Ausschuss ein einstimmiges Votum. 246 Dienstposten sind zu besetzen; 900 Notarinnen und Notare bzw. Notarvertreterinnen und Notarvertreter können sich darauf bewerben. Es wird sicherlich zu Konkurrenzklagen kommen, und deswegen ist es richtig, hier entsprechende Maßnahmen zu treffen, um eine einheitliche Rechtsprechung zu schaffen und eine effiziente Regelung hinzubekommen.

Nun aber zu den Vorwürfen, die insgesamt vonseiten der CDU erhoben wurden, zuletzt von Ihnen, Herr Hitzler. Zunächst einmal muss man festhalten: Die Notariatsreform ist von der Vorgängerregierung auf den Weg gebracht worden. Sie können in dieser Situation nicht dem Herrn Minister den Schwarzen Peter zuschieben.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das hat er nicht gemacht!)

– So habe ich das aber verstanden.

(Abg. Bernd Hitzler CDU: Freundschaftliche Empfehlung!)

Ich möchte auch sagen: Wenn eine Umstellung kommt – es ist eine Umstellung für die Notariate; hier muss eine europäische Regelung umgesetzt werden, die darauf abzielt, dass es nur noch freie Notariate gibt –, kann dies schon einmal zu Unbill führen. Aber – das ist der entscheidende Punkt – hier gibt es immer wieder Gespräche mit allen Beteiligten. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Vereinigungen der Notarvertreter unzufrieden sind. Vielmehr loben diese ausdrücklich den konstruktiven Weg, auf dem man sich befindet, um diese Reform umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Natürlich muss in dieser Situation auch berücksichtigt werden, dass ein bestimmter Gebührenanteil fehlen wird. Es gibt aber vielleicht andere Möglichkeiten, hier Kompensationen zu schaffen. Statt einer Zulagenregelung wäre als Möglichkeit viel eher eine Mitarbeit in freien Notariaten in Erwägung zu ziehen.

Dies alles sind Überlegungen, die im Konsens bzw. in einem Dialog mit den Vereinigungen angestellt werden. Auf diesem Weg möchten wir fortfahren.

Insgesamt ist dieser Gesetzentwurf notwendig, um die Notariatsreform zügig weiter umzusetzen, damit es keine Blockaden gibt. Unsere Fraktion wird dem Gesetzentwurf zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Binder das Wort.

**Abg. Sascha Binder** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hitzler, es ist interessant, dass Sie von einer Klage reden. Diese gibt es tatsächlich. Wogegen aber richtet sich diese Klage? Gegenstand dieser Klage ist ein Gesetz, das Sie – mit Ihrer Stimme – verabschiedet haben. Insofern ist es ganz interessant, dass Sie zu Beginn dieser Debatte auf diese Klage hingewiesen haben.

Sie wissen auch, dass es europarechtliche bzw. bundesrechtliche Regelungen gibt, die diesen Stichtag 1. Januar 2018 vorgeben.

Wenn Sie jetzt annehmen, dass der Justizminister wenig Einfluss habe – diesen Eindruck habe ich, wenn ich mir Ihre heutige Rede sowie Ihre Rede bei der Versammlung der Notare in Erinnerung rufe –, frage ich mich, wo Sie und Ihre Fraktion denn in der Zeit der Vorgängerregierung hierbei standen. Sie bringen zum Ausdruck, das, was Sie damals beschlossen haben, sei insgesamt völlig falsch gewesen, und man müsse nun hier und da noch nachjustieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Bernd Hitzler CDU: Das sage ich doch gar nicht! Aufpassen! Heidenei!)

(Sascha Binder)

Dann werden auch Dinge vermengt. Sie sagen, Sie wollen, dass die Notare auch weiterhin eine wirtschaftliche Grundlage haben, dass sowohl diejenigen ein Auskommen haben, die im Staatsdienst bleiben – Sie haben dabei von einer Zulagenregelung gesprochen –, als andererseits auch diejenigen, die das Wagnis auf sich nehmen, in die Selbstständigkeit zu gehen; diese sollten entsprechende Einzugsbereiche bekommen. Auf der anderen Seite aber sind Sie auf der Seite der Bürgermeister, wenn es zu der Situation kommt, dass der eine oder andere Standort nicht mehr weiterbesteht.

Sie müssen sich entscheiden: Was wollen Sie? Wollen Sie ein Auskommen für die Notare? Um dies zu gewährleisten, hat man die Zahl der Notarbezirke begrenzt. Oder plädieren Sie für eine größere Zahl von Notarbezirken? Dies würde aber immer zulasten der Wirtschaftlichkeit der jeweiligen Notare gehen. Sie müssen sich allmählich entscheiden, auf welcher Seite Sie sich befinden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen  
– Zuruf des Abg. Bernd Hitzler CDU)

Weil wir diesen Stichtag erst im Januar 2018 vor uns haben, ist es wichtig, bei der Frage von Konkurrentenklagen einen zentralen Gerichtsstandort zu haben, um sehr schnell eine obergerichtliche Rechtsprechung zu bekommen. All denjenigen, die sich im Hinblick auf die Ausschreibung benachteiligt fühlen, kann dadurch relativ schnell ein Rechtsschutz geboten werden; wir erreichen eine Prozessökonomie, die eben dies gewährleistet. In diesem Sinn ist es folgerichtig, dass alle Fraktionen dem Gesetzentwurf zustimmen; wir werden dies ebenfalls tun.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden diesen Gesetzentwurf ebenfalls unterstützen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir unterstützen die Reform; das ist bekannt. Es ist schon aus dem Grund richtig, ein solches Gesetz zu machen, weil der Übergang, um den es hier geht, ein anspruchsvoller Vorgang ist, der gründlicher Planung bedarf.

Ich darf Ihnen bei dieser Gelegenheit noch einmal etwas dazu erzählen, was wir in der Vergangenheit erlebt haben; dies führt die Notwendigkeit eines entsprechenden Gesetzes anschaulich vor Augen: Es gab Zeiten, in denen es noch um maßvollere Schritte ging. Damals war der Druck vonseiten der EU noch nicht so groß. Man hat damals gesagt: „Jetzt schaffen wir in Baden 20 freie Notarstellen; damit werden die Systeme etwas aneinander angeglichen.“ Also wurden 20 freie Notarstellen in Baden geschaffen. Auf diese Stellen haben sich zunächst praktisch sämtliche badischen Amtsnotare beworben – alle Notare auf jeweils alle Stellen. Dann haben alle unterlegenen Bewerber geklagt, und zwar bis in die höchste Instanz. Als dann alles ausgestritten war, wurde der Großteil die-

ser 20 Stellen durch die ausgewählten Bewerber nicht angetreten.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/  
DVP)

Gebranntes Kind scheut das Feuer.

Daran werden die Herausforderungen deutlich, die dieser Prozess mit sich bringt, wenn es darum geht, alles wasserdicht über die Bühne zu bringen. Natürlich halte ich dies für verfassungsgemäß. Aber nun rückt der Stichtag immer näher. Am Anfang, als der Stichtag 1. Januar 2018 genannt wurde, haben alle gekichert. Dieser Termin lag scheinbar endlos weit weg; Sie erinnern sich vielleicht noch. Jetzt kommt der Termin allmählich näher, und der Ton wird natürlich auch schärfer.

Ich glaube, diese Reform hat zwar viele Gewinner, aber sie hat natürlich auch ein paar Verlierer. Das sind Notarinnen und Notare, die aufgrund der bevorstehenden Altersgrenze in eine schwierige Entscheidungssituation geraten. Mit denen muss man den Dialog entsprechend konstruktiv führen, wohl wissend, dass man keine beliebigen Sprünge machen kann. Denn wenn sie anschließend mit einer satten Zulage ans Amtsgericht kommen, wird dort gefragt: „Warum bekommen die eigentlich mehr, obwohl sie in den letzten Jahren schon so viel verdient haben, während wir dies nicht bekommen?“

Ganz einfach ist die Frage also nicht zu lösen. Aber die Aufgabe besteht, wie gesagt, erstens darin, den Besetzungsprozess wasserdicht hinzubekommen, und zweitens darin, mit denen, die Nachteile haben, in einem intensiven Dialog zu bleiben, damit die Betroffenen merken, dass es nicht gleichgültig ist, wie man mit ihnen umgeht.

Um den Übergang und die Streitigkeiten abzukürzen, um sozusagen zu rationalisieren, wird die Zuständigkeit auf das Verwaltungsgericht Karlsruhe übertragen. Das ist sicher ein besonders fähiges und geeignetes Verwaltungsgericht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wie alle badischen Gerichte, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

– Ich widerspreche Ihnen natürlich nicht.

Deswegen werden wir dieses Gesetz mit unterstützen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Justizminister Stickelberger das Wort.

**Justizminister Rainer Stickelberger:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte natürlich zu dem Gesetzentwurf, den wir heute in zweiter Lesung verabschieden, einige Bemerkungen machen, werde aber dann auch kurz auf die Historie dieses Gesetzes eingehen. Zu Ihnen, Herr Hitzler, komme ich dann gesondert.

(Vereinzelte Heiterkeit – Abg. Dieter Hillebrand CDU:  
War das eine Drohung? – Abg. Bernd Hitzler CDU:  
Das letzte Wort habe ich!)

(Minister Rainer Stichelberger)

Wir verabschieden heute einmütig – dafür bedanke ich mich bei den Fraktionen – das Gesetz, mit dem wir die Zuständigkeit auf das Verwaltungsgericht Karlsruhe konzentrieren, wenn wir jetzt hinsichtlich der Besetzung von Dienstposten bei den Beurkundungsabteilungen der Notariate Konkurrentenklagen bekommen. Es ist schon darauf hingewiesen worden: Da ist das Land ein gebranntes Kind. Es besteht natürlich die Herausforderung, dass wir hier möglichst bald rechtssichere Zustände haben müssen, also wissen müssen, wie wir die Dienstposten im Einzelnen besetzen können.

Es geht um 246 Dienstposten, die ausgeschrieben wurden. Die Bewerbungsfrist ist jetzt abgelaufen. Die Bewerbungen, die bei den Oberlandesgerichten eingegangen sind, kommen jetzt zu uns. Wir werden aufgrund dieser Bewerbungsrunde dann entsprechende Dienstposten vergeben, natürlich verbunden mit entsprechenden Anlassbeurteilungen, die dann jeweils vorliegen müssen.

Wir machen das jetzt, damit wir zum Stichtag 1. Januar 2018 Rechtssicherheit haben, damit wir genau wissen, welcher Notar dann in das freie Notariat geht und welche Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst verbleiben. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass es vorwiegend wohl ältere Kolleginnen und Kollegen sein werden, die den Sprung in den freien Beruf nicht mehr machen wollen.

Dass das für Einzelne in ihrer Entscheidung schwierig ist, bleibt unbestritten. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass diejenigen, die im Landesdienst verbleiben, ihr statusrechtliches Amt natürlich behalten, also in der Gehaltsgruppe, in der sie bereits sind, verbleiben.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Dass dies im Einzelfall wegen der fehlenden Gebühreneinnahmen durchaus subjektiv zu Härten führen kann oder als solche empfunden werden kann, ist nachvollziehbar. Aber ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir hier auf der Basis eines Gesetzes arbeiten, das die frühere Regierung bereits im Jahr 2009 verabschiedet hat. Ich kann mich auch daran erinnern, dass es damals heftige Zwiste innerhalb der CDU-Fraktion gab, bis dieses Gesetz im Landtag verabschiedet wurde.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Justizminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Mack?

**Justizminister Rainer Stichelberger:** Ja, das passt jetzt gerade, weil er nämlich einer der Kollegen war, die an diesem Zwist beteiligt waren.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Winfried Mack** CDU: Herr Justizminister, ich habe mich noch nie an einem Zwist beteiligt, sondern immer nur an politischen Diskussionen, die notwendig sind.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Man sieht ja an dieser Reform, dass da einiges schief läuft.

Ich will Sie einmal Folgendes fragen: Die Notare sind vom Justizministerium aufgefordert worden, sich bis Anfang Februar um die Notarstellen zu bewerben und gleichzeitig eine Erklärung zu unterschreiben, wonach sie freiwillig zum 1. Januar 2018 auf ihre Beamtenstelle verzichten. Halten Sie es für angemessen und rechtmäßig, von einem Beamten des Landes Baden-Württemberg, der sich im Jahr 2014 auf eine freie Notarstelle im Jahr 2018 bewirbt, zu fordern, bereits jetzt sofort eine Erklärung zu unterschreiben, wonach er unwiderruflich – außer bei Ausnahmegründen – aus dem Beamtenverhältnis ausscheidet?

Zweite Frage: Gab es so etwas schon jemals in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg?

**Justizminister Rainer Stichelberger:** Ich fange einmal mit Ihrer zweiten Frage an: Nein, weil eine solche Jahrhundertreform einmalig ist und den besonderen historischen Gegebenheiten der unterschiedlichen Notariatsstrukturen in Baden-Württemberg geschuldet ist.

(Zuruf des Abg. Bernd Hitzler CDU)

Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das eine solche Vielfalt von unterschiedlichen Notaren hat. Deshalb wird diese große Reform auch eine Angleichung an die Rechtszustände in den anderen Bundesländern bringen.

Was die Zumutbarkeit angeht: Das Gesetz stammt aus dem Jahr 2009. Mit Inkrafttreten des Gesetzes wussten alle Notare, wie die Entwicklung sein wird, was auf sie zukommt. Wir glauben schon, dass es zumutbar ist, dass jetzt, fünf Jahre nachdem rechtskräftig feststand, wie es läuft, eine solche Entscheidung getroffen werden kann.

Die Kollegen haben ja bereits ausführlich dargelegt, warum wir das jetzt machen: weil wir nämlich für gleiche Dienstposten unterschiedliche Bewerbungen haben könnten. Es kann zu Konkurrentenklagen kommen. Wir müssen aber gewährleisten, dass am Stichtag 1. Januar 2018 feststeht, wer in das freie Notariat geht. Denn wir können es den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land nicht zumuten, einen ungesicherten Zustand hinzunehmen. Vielmehr muss das Notariat klar sein für Justizdienstleistungen, die die freien Notare dann erbringen.

Ich habe es bereits erwähnt: Die Notare behalten ihr statusrechtliches Amt. Insofern konnten sich die Notare über einen längeren Zeitraum auf diese Situation einstellen.

Eines möchte ich noch an dieser Stelle sagen: Die Notare haben in beiden Landesteilen trotz unterschiedlicher Strukturen ganz erheblich von den zusätzlichen Gebühreneinnahmen profitiert, die sie über Jahre hinweg erzielt haben. Ich glaube, im Hinblick auf den langen Vorlauf war es auch zumutbar, dass sich die Notare angesichts dieser Strukturveränderungen auch entsprechend einrichten, sich ein – wenn Sie so wollen – ökonomisches Polster schaffen, weil diese Umstrukturierung ja bevorsteht.

Sie sagen, im Jahr 2018 werden die Stellen letztlich erst konkret besetzt. Die Beurkundungsabteilungen werden schon jetzt besetzt. Dann switcht das alte System auf das neue um. Wir müssen das jetzt machen, damit wir dann rechtzeitig die Dienstposten besetzen können. Es darf natürlich nicht sein, dass wir bis zur letzten Minute nicht wissen, ob der Notar

(Minister Rainer Stickleberger)

dann wirklich will oder ob er nicht will. Vielmehr muss da für das Land Rechtsklarheit darüber bestehen, ob er aus seinem Dienstverhältnis entlassen werden und in das freie Notariat wechseln oder als Beamter beim Land bleiben will. Ich glaube, im Hinblick auf den langen Vorlauf ist das durchaus eine zumutbare Zeitspanne.

Jetzt möchte ich noch kurz auf das eingehen, was Herr Hitzler gesagt hat. Herr Hitzler, ich weiß natürlich, wie Sie bei Verbandstagen auftreten. Ich will das hier gar nicht wiedergeben; das spricht für sich. Aber ich habe in der letzten Woche im Ständigen Ausschuss einen zusammenfassenden Überblick über den Stand der Notariatsreform gegeben,

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

u. a. auch über die Klagen, die bereits jetzt kommen. Ich habe dazu keine einzige Wortmeldung, keine einzige Nachfrage von Ihrer Seite gehört.

(Abg. Walter Heiler SPD: Was? – Abg. Sascha Binder SPD: Kein Wort!)

Wenn Sie ernsthaft an dem Problem interessiert sind, hätte also genug Gelegenheit bestanden, sich darüber auszutauschen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Bernd Hitzler CDU)

Das bringen Sie jetzt hier vor, wo wir ein ganz peripheres Problem, dessen Lösung natürlich wichtig ist, erörtern.

Im Übrigen: Das Gesetz stammt aus dem Jahr 2009. Ich war damals schon lange im Landtag und habe die Diskussionen mitverfolgt. Ich habe natürlich die ganzen Argumente, die damals mein Vorgänger, Herr Dr. Goll, ins Feld geführt hat,

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

und das, was aufgrund der Entwicklung der europäischen Rechtsprechung auf uns zukommt, mitbekommen. Es war sicher richtig, hier die gesetzlichen Weichen zu stellen.

Warum haben Sie eigentlich nicht die Regelung geschaffen, die Sie jetzt bei uns anmahnen?

(Staatssekretär Ingo Rust: Ja! Das ist komisch!)

Die hätten Sie doch damals schaffen können. Sie hätten dies ohne Weiteres in diesem Gesetz bzw. in einem zusätzlichen Gesetz regeln können. Damals haben Sie offensichtlich die Notare auch im Stich gelassen.

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Warum haben Sie es denn nicht gemacht?

Jetzt kommen Sie, nachdem Sie die letzten fünf Jahre bei der Entwicklung dieses Themas schlicht verschlafen haben.

Es ist, glaube ich, an der Zeit, unseren Gesetzentwurf heute zu verabschieden, damit wir den nötigen Reformschritt gehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hitzler.

**Abg. Bernd Hitzler** CDU: Herr Minister, um eines noch einmal klar zu sagen: An der CDU-Fraktion hat es nicht gefehlt. Aber es war halt so, wie es jetzt auch ist: Es ist am Minister gescheitert, dass die Regelung nicht erlassen wurde.

(Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a.: Was?)

– Das sind die Fakten.

Jetzt noch einmal, Herr Stickleberger: Das Anliegen kommt nicht von mir. Wir treffen ja mit den entsprechenden Kreisen der Justiz zusammen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Es war fast eine freundschaftliche Empfehlung: Nehmen Sie den Druck aus dem Kessel, und machen Sie in dieser Zulauffrage noch etwas. Damit bekommen Sie auch die ganzen Klagen weg; das garantiere ich Ihnen.

Wir wollen die Sache zu einem guten Ende bringen, weil wir auch mit die Vaterschaft für diese Sache haben – widerwillig, aber wir waren dabei.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das geht manchem Vater so! – Unruhe)

Deshalb meine ich: Wir haben Verantwortung für die gesamte Berufsgruppe. Diese Verantwortung müssen wir jetzt wahrnehmen. Ich habe Ihnen einen ganz praktischen Vorschlag gemacht, um das Thema zu einem guten Ende zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf: „Widerwillig“!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann versuchen wir jetzt, das zu einem guten Ende zu bringen, und kommen zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 15/4800. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten, Übergangsbestimmungen und Außerkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 2 einstimmig so beschlossen.



(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 26. Februar 2014 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieses Gesetz einstimmig so beschlossen worden. Vielen Dank.

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 5:**

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Bauprodukte-Marktüberwachungsdurchführungsgesetzes – Drucksache 15/4720**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung verzichtet auf eine mündliche Begründung. Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, dass in der ersten Lesung keine Aussprache stattfindet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/4720 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Damit sind Tagesordnungspunkt 5 und der Vormittagsteil dieser Sitzung beendet.

Ich berufe den Landtag für heute Nachmittag um 14:00 Uhr wieder ein.

Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit und ein gutes Mittagessen. Sie können auch zum Närrischen Staatsempfang gehen.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:04 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg wird fortgesetzt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Regierungsbefragung**

Als Erste wäre nun die Fraktion der FDP/DVP an der Reihe. Von ihr ist aber niemand da.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie kann also ihre Frage nicht stellen.

(Widerspruch)

– Wer kommt? – Herr Abg. Dr. Kern, können Sie die Frage stellen?

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Professor Goll wollte die Frage eigentlich stellen!)

Dann können wir die Frage nach hinten schieben. Wir können die zweite Frage – eine Frage von der SPD – vorziehen. Das ist vielleicht besser.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das wäre mir recht!)

Vielleicht ist der Herr Professor noch beim Narrenempfang. Das weiß ich nicht.

Dann rufe ich die Frage der Fraktion der SPD auf:

U r t e i l d e s V e r f a s s u n g s g e r i c h t s h o f s  
R h e i n l a n d - P f a l z ü b e r d i e R e c h t m ä -  
ß i g k e i t d e r V e r w e r t b a r k e i t v o n D a -  
t e n d e r s o g e n a n n t e n S t e u e r - C D s

Ich darf noch einmal die Regeln sagen: drei Minuten Einleitung plus Frage – bei jeder Frage hat man die Möglichkeit, die Frage zu begründen – und jeweils fünf Minuten für die Antwort der Regierung.

Bitte, Herr Abg. Maier.

**Abg. Klaus Maier SPD:** Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz in Koblenz hat am Montag, dem 24. Februar dieses Jahres, entschieden, dass die Daten einer vom Staat gekauften „Steuer-CD“ von Fahndern bei ihrer Ermittlung genutzt werden dürfen. Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs, Lars Brocker, führte in der Urteilsbegründung aus, dass in verfassungsrechtlicher Hinsicht selbst eine rechtswidrige Beweiserhebung nicht ohne Weiteres zu einem Verwertungsverbot führe. Damit folgen die Koblenzer Richter im Kern der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2010 in einem vergleichbaren Fall.

Ich frage jetzt die Landesregierung:

Erstens: Wie bewertet die Landesregierung das erwähnte Urteil des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz, und hält sie den Ankauf von sogenannten Steuer-CDs für ein geeignetes Mittel im Kampf gegen Steuerhinterziehung und für mehr Steuergerechtigkeit?

Zweite Frage: Beabsichtigt die Landesregierung vor dem Hintergrund des aktuellen Urteils, sich auch künftig an den Kosten für den Erwerb von Datenträgern mit Steuerdaten zu beteiligen, gegebenenfalls diese selbst zu erwerben?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Rust das Wort.

**Staatssekretär Ingo Rust:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf die beiden Fragen von Herrn Maier wie folgt beantworten:

Die erste Frage war, wenn ich Sie richtig verstanden habe, wie wir dieses Urteil bewerten. Der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz hat die Verfassungsbeschwerde, die dort eingereicht war, als unbegründet zurückgewiesen. Er hat festgestellt, dass die aus den Daten-CDs gewonnenen Erkenntnisse grundsätz-

(Staatssekretär Ingo Rust)

lich verwertbar sind. Damit bestätigt er neben dem Bundesverfassungsgericht, das das auch schon bestätigt hat, die von der Landesregierung vertretene Linie zum Ankauf von Steuerdaten-CDs. Nach wie vor halten wir den Ankauf von „Steuer-CDs“ für ein geeignetes Mittel im Kampf gegen Steuerhinterziehung. Solange kein umfassender Daten- und Informationsaustausch über steuerlich relevante Daten im Ausland existiert, sehen wir kein anderes geeignetes Mittel zum Erreichen von mehr Steuergerechtigkeit.

Zur zweiten Frage, was die zukünftige Haltung angeht: Unsere Haltung bleibt, wie sie bisher war. Das heißt, wir sehen einen Ankauf oder eine Kostenbeteiligung bei einem Ankauf durch diese aktuelle Entscheidung bestätigt. Nach wie vor gilt für uns: Sofern valide Daten mit steuerlicher Relevanz vorliegen, werden wir, die Landesregierung, uns entweder an dem Kaufpreis beteiligen oder die Daten selbst erwerben.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD:** Herr Staatssekretär, an wie vielen Ankäufen sogenannter Steuer-CDs hat sich die Landesregierung bisher beteiligt, und welche Summen wurden für die bisherigen Ankäufe aufgewendet?

Weitere Frage: Wie viele Selbstanzeigen in Baden-Württemberg wurden seit dem ersten Datenankauf durch NRW im Februar 2010 eingereicht, und wie hoch ist das steuerliche Mehrergebnis aufgrund der Selbstanzeigen?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Ingo Rust:** Baden-Württemberg hat sich zum ersten Mal im Jahr 2008 beteiligt. Seitdem wurden neun CDs angekauft – nicht von uns, sondern von anderen Bundesländern. Wir haben uns aber jeweils an den Kosten für den Erwerb dieser Daten beteiligt und dafür insgesamt rund 1,3 Millionen € ausgegeben.

Sie haben weiter nach den Selbstanzeigen gefragt, die wir in Baden-Württemberg seither haben. Wir haben Daten dazu seit Februar 2010. Seither sind 18 855 Selbstanzeigen eingegangen, mit denen allein bis dato nicht erklärte Kapitalerträge von 1,6 Milliarden € offenbart wurden. Diese 1,6 Milliarden € sind nicht das Kapital, das im Ausland war, sondern das sind die nicht deklarierten Kapitalerträge. Man kann sich also vorstellen, um welche Summen es sich dabei handelt. Diese Selbstanzeigen haben bislang zu Steuermehreinnahmen in Höhe von 461 Millionen € geführt.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Herrmann von der CDU-Fraktion.

**Abg. Klaus Herrmann CDU:** Herr Staatssekretär, nachdem Sie das jetzt aus Ihrer Sicht so positiv dargestellt haben, stelle ich die Frage: Werben Sie, die Landesregierung, jetzt dafür, dass Daten von Dritten, die Sie in rechtswidriger Weise erhalten haben und die geschützt sind, an die Landesregierung herausgegeben werden sollen?

**Staatssekretär Ingo Rust:** Wir werben nirgends dafür, dass strafbare Handlungen getätigt werden.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das ist schon mal gut! War's das?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Kollegin Aras von der Fraktion GRÜNE.

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Herr Staatssekretär, ich habe zwei Fragen.

Erste Frage: Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Erwerb der „Steuer-CDs“ und den Selbstanzeigen in Baden-Württemberg?

Zweite Frage: Wie beurteilen Sie im Rückblick das Scheitern des deutsch-schweizerischen Steuerabkommens?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Ingo Rust:** Zur ersten Frage: Ein direkter Zusammenhang lässt sich nicht nachweisen. Aber wenn man einmal verfolgt, wann Selbstanzeigen bei uns eingehen, und dann vergleicht, wann in der Öffentlichkeit über den Ankauf einer „Steuer-CD“ diskutiert wurde oder beispielsweise prominente oder auch weniger prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens über eine Selbstanzeige nachgedacht oder eine solche gemacht haben, dann lässt sich ein direkter Zusammenhang, glaube ich, herstellen. Es ist nicht weit hergeholt, dass dann, wenn in Zeitungen in gewissen Regionen oder auch deutschlandweit über den Ankauf einer „Steuer-CD“ diskutiert wird, die Zahl der Selbstanzeigen bei den Steuerbehörden steigt. Daher lässt sich ein Zusammenhang durchaus gut begründet herstellen. Natürlich kann ich jetzt nicht bei jedem einzelnen Steuerfall nachweisen, dass es so ist. Aber die Zahl der Selbstanzeigen bei unseren Steuerbehörden steigt regelmäßig, wenn in den Medien über den Ankauf einer „Steuer-CD“ diskutiert wird.

Zur zweiten Frage: Wenn wir rückblickend sehen, was wir seit dem Scheitern des deutsch-schweizerischen Steuerabkommens an Selbstanzeigen bekommen haben, und uns erinnern, dass einige Prominente sogar gesagt haben, sie hätten mit ihrer Selbstanzeige gewartet, ob das deutsch-schweizerische Steuerabkommen kommt oder nicht, dann, glaube ich, waren wir sehr, sehr gut beraten.

Vor allem wir in Baden-Württemberg waren ja federführend daran beteiligt, dass das deutsch-schweizerische Steuerabkommen nicht zustande gekommen ist.

(Abg. Klaus Maier SPD: Ja, genau!)

Denn all diese Fälle wären nicht publik geworden, und wir hätten auch diese Steuereinnahmen nicht erzielt. Deshalb bin ich ganz froh, dass wir standhaft geblieben sind und nicht wie andere der Versuchung des schnellen Geldes erlegen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank. – Eine weitere Frage des Herrn Abg. Maier von der SPD-Fraktion.

**Abg. Klaus Maier SPD:** Ich komme noch einmal auf die Selbstanzeige zurück. Wie bewertet die Landesregierung das Instrument der straffbefreienden Selbstanzeige im Kampf um mehr Steuergerechtigkeit, und welchen Bedarf der Weiterentwicklung dieses Instruments sieht sie?

(Klaus Maier)

Ergänzend dazu: Wie bewertet sie in diesem Zusammenhang insbesondere Überlegungen zur Vereinheitlichung von Verjährungsfristen im Steuer- und Strafrecht? Diese Fristen gehen ja noch auseinander. Gibt es Überlegungen, diese Fristen zu vereinheitlichen?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Ingo Rust:** Vielen Dank. – Ich habe vorhin schon gesagt: Steuergerechtigkeit heißt für uns, dass der Ehrliche nicht der Dumme sein darf. Deshalb hat Baden-Württemberg das Steuerabkommen abgelehnt. Wir beabsichtigen nach wie vor, uns an den Datenankäufen zu beteiligen. Nach Abwägung aller verfassungsrechtlichen, fiskalischen und administrativen Aspekte sollten aber Selbstanzeigen nicht völlig abgeschafft werden. Eine Abschaffung der Selbstanzeige wäre mit erheblichen tatsächlichen und rechtlichen Unwägbarkeiten verbunden.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das sieht ja so aus, als wäre die Frage vorher bekannt gewesen! Die Frage und die Antwort sind in diesem Fall wohl gemeinsam vorbereitet worden!)

Steuerhinterzieher müssten sich künftig weder im Steuerstrafverfahren noch im Besteuerungsverfahren selbst belasten.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Ist abgesprochen!)

Das hätte eine extreme Schwierigkeit mit sich gebracht. Deshalb wären wir dafür, die Selbstanzeige grundsätzlich beizubehalten, aber durchaus zu überlegen, ob wir Elemente der Selbstanzeige noch etwas verschärfen könnten, um einen noch größeren Beitrag der Steueründer einzufordern. Ich glaube, das wäre zu überlegen.

Zu Ihrer zweiten Frage: Selbstverständlich wäre es wesentlich leichter, wenn die beiden Zeiträume, was das Besteuerungsverfahren und das Strafverfahren angeht, gleich lang wären. Beim einen Verfahren sind es fünf Jahre und beim anderen zehn Jahre. Das führt in der Praxis zu einem hohen Aufwand in den Steuerbehörden, was das Erfassen der nicht gezahlten Steuern auf die Kapitalerträge im Zeitraum von vor zehn bis vor fünf Jahren angeht. Für diesen Zeitraum müssen eben die reuigen Steueründer, die sich selbst angezeigt haben, keine Angaben machen, weil das Ganze strafrechtlich verjährt ist. Daher wäre ein Angleichen der Zeiträume in unserem Sinn.

Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition in Berlin sieht dazu eine kleine Verbesserung – aber noch keine Angleichung – vor, die wir als Schritt in die richtige Richtung werten.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Frage, Herr Abg. Zimmermann von der CDU-Fraktion.

**Abg. Karl Zimmermann** CDU: Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, dass seitens der Strafverfolgungsbehörden des Landes Ermittlungsverfahren eingeleitet werden, wenn Sie eine „Steuer-CD“ ankaufen? Dafür – das haben wir gehört – geben Sie viel Geld aus.

Betreffend den Verkäufer liegt eine Straftat vor. Kann sich ein Verkäufer im Land Baden-Württemberg sicher sein, dass er

das Geld, das er von Ihnen erhält, behalten darf, dass es „legales Geld“ ist? Oder wird auch ein Verfahren gegen ihn eingeleitet?

**Staatssekretär Ingo Rust:** Das ist eine juristische und keine steuerrechtliche Frage. Die Frage kann nicht ich, sondern bestenfalls der Justizminister oder der Innenminister beantworten.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Klaus Herrmann CDU:  
Dann fragen wir ihn! – Gegenruf des Abg. Klaus  
Maier SPD: Versteuert wird es auf jeden Fall!)

Für uns, für die Steuerverwaltung, ist wichtig, dass wir die Daten verwerten dürfen. Das Gericht hat dies jetzt bestätigt. Das ist für unser Ministerium als oberste Finanzbehörde des Landes und für unsere Steuerverwaltung – das muss ich ganz ehrlich sagen – eine Bestätigung unserer bisher gefahrenen Linie.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich habe eine Nachfrage!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ja, bitte.

**Abg. Karl Zimmermann** CDU: Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, ob seitens Ihres Hauses die Namen der Verkäufer an das Justizministerium oder die Staatsanwaltschaft weitergegeben werden?

**Staatssekretär Ingo Rust:** Da wir nicht angekauft haben, kann ich mir nicht vorstellen, dass das Finanzministerium Baden-Württemberg dem Justizministerium Baden-Württemberg die Daten der Verkäufer weitergegeben hat. Ich kann es nicht sagen; ich müsste es recherchieren. Ich weiß nicht einmal, ob unsere Steuerbehörden überhaupt die Namen der Verkäufer kennen, da wir mit diesen überhaupt nicht verhandelt haben. In den meisten Fällen war es, glaube ich, Nordrhein-Westfalen, in einem Fall der Bund und in einem Fall Rheinland-Pfalz.

Die Steuerbehörden in Baden-Württemberg haben von den neun „Steuer-CDs“, die ich erwähnt habe, keine angekauft. Daher kann ich Ihnen, ehrlich gesagt, nicht sagen, ob wir die Namen der Verkäufer kennen oder ob nur die Steuerbehörden in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz oder des Bundes sie kennen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Frage der Frau Abg. Aras von der Fraktion GRÜNE.

**Abg. Muhterem Aras** GRÜNE: Ich habe noch eine Frage zu den „Steuer-CDs“. Können Sie sagen – ich habe es jetzt nicht gehört –, welche Bundesländer bisher „Steuer-CDs“ erworben und welche Koalitionen dort regiert haben?

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Eine schwierige Frage!)

**Staatssekretär Ingo Rust:** Ich habe gesagt: Wir haben neun „Steuer-CDs“. Wenn ich „Steuer-CD“ sage, bitte ich Sie, das immer untechnisch zu verstehen; es kann sich auch um einen USB-Stick handeln.

(Vereinzelt Heiterkeit)

(Staatssekretär Ingo Rust)

Wir, die Bundesländer und der Bund, haben – übrigens jeweils gemeinsam – neun Datenträger erworben. Im Jahr 2008 war es der Bund zusammen mit NRW, im Jahr 2010 erneut Nordrhein-Westfalen, im Jahr 2010 eine „Steuer-CD“ in Niedersachsen, im Jahr 2010 noch eine „Steuer-CD“ in Nordrhein-Westfalen, im Jahr 2011 Nordrhein-Westfalen, im Jahr 2012 – insgesamt drei Datenträger – Nordrhein-Westfalen und im Jahr 2013 Rheinland-Pfalz.

Von 2008 bis 2010 haben in Nordrhein-Westfalen CDU und FDP regiert. In Niedersachsen haben 2010 ebenfalls CDU und FDP regiert. In Rheinland-Pfalz hat 2013 mit Sicherheit Rot-Grün regiert. NRW müsste seit 2010 ebenfalls eine rot-grüne Regierung haben.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Fulst-Blei von der SPD-Fraktion.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD:** Diesbezüglich möchte ich noch die Frage anschließen, welche weiteren Maßnahmen die Landesregierung bzw. Bund und EU planen, um die Bekämpfung von Steuerhinterziehung weiter zu verbessern. Wie beurteilt die Landesregierung in diesem Kontext insbesondere auch die personelle und materielle Ausstattung der Steuerverwaltung in Baden-Württemberg? Und daran anknüpfend: Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, Steuerstraftaten im Bankenbereich zu bekämpfen?

**Staatssekretär Ingo Rust:** Das sind eine ganze Fülle von Fragen. Ich würde hinsichtlich der personellen Ausstattung, die Sie angesprochen haben, sagen, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. Die Vorgängerregierungen haben in der Steuerverwaltung über 2 000 Stellen abgebaut. Wir haben 500 Stellen aufgebaut – davon zwei Drittel im Bereich der Betriebsprüfer und der Steuerfahndung, also bei den Außenprüfern, die sich tatsächlich damit beschäftigen.

Daher haben wir, das Land, mit diesen Maßnahmen die richtigen Schritte eingeleitet, den Personalabbau gestoppt, umgedreht, Personal wieder aufgebaut und auf die Bereiche konzentriert, die für uns besonders relevant sind.

Der Bund wird gemeinsam mit der EU versuchen – ich halte das für sehr richtig –, mit der Schweiz darüber zu reden, ob es nicht doch zu einem automatisierten Datenaustausch kommen kann – ich halte das für notwendig –, so wie wir das innerhalb der EU mit den allermeisten Mitgliedsländern haben. Dieser automatisierte Datenaustausch erleichtert den Steuerbehörden die tatsächliche Arbeit und macht Steuerbetrug vielleicht nicht unmöglich, aber schwierig.

Ich glaube, wir haben eine gute Verhandlungsposition, um mit der Schweiz über solche Themen zu reden. Die meisten Länder in der EU sind sich einig, dass dieser Steuerbetrug so nicht weitergehen darf.

Ich habe auch schon gehört, dass dies auch in der Schweiz und bei den Schweizer Banken angekommen ist. Ob das schon überall so praktiziert wird, weiß ich nicht. Aber es ist angekommen, dass wir, vor allem wir in Deutschland, eine hohe Sensibilität haben, was den Steuerbetrug bzw. die Nichtversteuerung von Geld in der Schweiz angeht.

Was könnten wir ansonsten noch tun, was dazu beiträgt, Steuerbetrug unattraktiver zu machen? Wie gesagt: Wir können die einzelnen Kautelen bei den Selbstanzeigen noch etwas verschärfen. Ich wäre durchaus bereit, weiter daran zu arbeiten.

Wir, das Land, können unsere Steuerverwaltung weiter stärken. Das tun wir. Wir haben – dankenswerterweise auf Antrag der Regierungskoalition – ein Steuerpaket für die Steuerverwaltung verabschiedet, das die technische Ausstattung der Steuerverwaltung weiter stärkt. Auch das trägt dazu bei, dass wir besser arbeiten können, dass die Steuerverwaltung effizienter arbeiten kann.

Wir werden weiter daran arbeiten, eine schlagkräftige, eine gut einsatzfähige, eine kompetente Steuerverwaltung zur Steuerbetrugsbekämpfung zu haben.

Der Stellenaufbau in der Steuerverwaltung ermöglicht uns außerdem erstmalig die Einrichtung einer zentralen Sondereinheit zur Steuerbetrugsbekämpfung.

Damit wird nicht nur die Steuerfahndung bei ihren Aufgaben im Rahmen der Strafverfolgung gestärkt, sondern auch der präventive Bereich – eine wichtige Einrichtung, die in Zukunft wertvolle Dienste leisten wird.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage des Abg. Herrmann von der CDU-Fraktion.

**Abg. Klaus Herrmann CDU:** Herr Staatssekretär, vielleicht steht die Antwort auf meine Frage auch in Ihrem Vermerk. Es ist unstrittig, dass zwischen der Schweiz und Deutschland Einigkeit bestanden hätte, wie man für die Zukunft verfährt. Keine Einigkeit bestand nur bei der Frage hinsichtlich der Vergangenheit. Meine Frage lautet: Können Sie beziffern, wie viele Verjährungen am 31. Dezember letzten Jahres dadurch in Kraft getreten sind, dass das Steuerabkommen nicht zustande kam? Wie viel hat die baden-württembergische Landeskasse an Steuern verloren, weil man das Steuerabkommen nicht ratifiziert hat?

In diesem Zusammenhang habe ich noch die Frage – Sie haben vorhin von Prominenten gesprochen, die sich geoutet hätten –: Stimmen Presseberichte, dass Herr Hoeneß, wenn das Steuerabkommen verabschiedet worden wäre, mehr hätte zahlen müssen, als er jetzt durch das Strafverfahren bezahlen muss?

**Staatssekretär Ingo Rust:** Ihre erste Frage kann man wohl überhaupt nicht beantworten. Denn dazu müsste man wissen, wie viel Geld insgesamt hinterzogen worden wäre. Hätten wir das vor dem 31. Dezember gewusst, wäre es uns bekannt gewesen, wir hätten es verfolgen können, und es wäre nicht verfallen. Dann wäre keine Verjährung eingetreten. Vielleicht habe ich die Frage auch falsch verstanden. So, wie ich sie verstanden habe, ist sie nicht zu beantworten.

Zum Zweiten kenne ich den Fall Hoeneß nicht. Selbst wenn ich ihn kennen würde, würde es mir das Steuergeheimnis verbieten, Ihnen dazu Informationen zukommen zu lassen. Ich könnte also Ihre Frage nicht beantworten, selbst wenn ich es wüsste. Soviel ich weiß, wird er aber in einem anderen Bundesland verklagt.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage der Frau Abg. Aras von der Fraktion GRÜNE.

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Herr Staatssekretär, die CDU scheint dem gescheiterten deutsch-schweizerischen Steuerabkommen noch nachzutruern. Vielleicht hat die CDU es immer noch nicht kapiert. Deshalb zwei Fragen an Sie, damit Sie mit Ihren Antworten die CDU-Kollegen unter Umständen überzeugen können.

Welche Einmalzahlungen wären durch das deutsch-schweizerische Steuerabkommen in die Landeskasse gekommen, und was haben wir durch Selbstanzeigen – damit man die zwei Beträge einmal kennt – hereinbekommen? Welche Nachteile hätte das deutsch-schweizerische Steuerabkommen – Anonymität –, und welche Aufgabenverlagerung vom Fiskus auf die Schweizer Banken hätte stattgefunden? Wir haben ja gesehen, wie die Schweizer Banken mit unseren Angelegenheiten umgehen.

**Staatssekretär Ingo Rust:** Wir haben hier schon sehr ausführlich über das deutsch-schweizerische Steuerabkommen diskutiert. Es gab in der Tat unterschiedliche Auffassungen zwischen Regierungsfractionen und Opposition, auch zwischen der Landesregierung und der Opposition. Es gab auch unterschiedliche Auffassungen Richtung Berlin. Das Bundesfinanzministerium, der Bundesfinanzminister, hatte dazu eine dezidiert andere Haltung.

Ich bin sehr froh – das möchte ich im Nachgang noch einmal sagen –, dass die meisten Bundesländer standhaft geblieben sind. Denn all die Einnahmen, die wir jetzt durch jede Selbstanzeige haben, hätten wir aller Voraussicht nach nicht gehabt. Man kann darüber spekulieren, was hereingekommen wäre, wenn wir das deutsch-schweizerische Steuerabkommen gehabt hätten. Es gab einen Mindestsockelbetrag, der von den Schweizer Banken garantiert wurde. Es hätte theoretisch mehr sein können; das ist ziemlich spekulativ. Das, was wir jetzt haben, ist klar. Ich bin mir ziemlich sicher: Es wird weitere Selbstanzeigen geben, die andernfalls alle unter die Anonymität gefallen wären.

Das heißt, neben dem rein fiskalischen Aspekt – ich habe die 461 Millionen € genannt, die wir bisher eingenommen haben, eine Zahl, die sich sehen lassen kann – möchte ich einfach fragen: Was ist das für ein Signal, denen, die über Jahre und Jahrzehnte Steuern hinterzogen haben, die die Gemeinschaft, die Gesellschaft um das Geld, das ihr zusteht, betrogen haben – das muss man einmal so deutlich sagen –, Amnestie und Anonymität zuzugestehen, während bei den kleinen Steuerbürgern in unseren Finanzämtern ordentlich geprüft wird?

Ich glaube, rein von der Steuermoral und von der Akzeptanz unseres Steuersystems her hätte ich persönlich – da spreche ich aber auch für die Landesregierung – es nicht vertreten können, ein Steuerabkommen aus rein monetären Gründen abzuschließen, während die Steuermoral auf der Strecke bleibt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb gilt unser klares Signal: Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein. Ich bin mir sicher: Die vielen ehrlichen Steuerzahler in Baden-Württemberg, die Handwerker, die Mittelständler, die Familien, die ehrlich ihre Steuererklärung abgeben und bereit sind, die Gesellschaft mitzufinanzieren, unterstützen uns in der Haltung, nicht die großen Fische, die ihre Millionen in die Schweiz verschoben haben, laufen zu lassen,

sondern sie genauso zur Kasse zu bitten wie jeden einzelnen ehrlichen Steuerbürger.

Welche Beträge liegen in der Schweiz? Ich habe die Steuermehreinnahmen in Höhe von 461 Millionen € erwähnt. 1,6 Milliarden € sind die Kapitalerträge. Wenn Sie einmal bei einem durchschnittlichen Zinssatz das Kapital ausrechnen, das dort liegt, wissen Sie: Es ist nicht der baden-württembergische Mittelständler, der dort sein Geld hat, sondern es sind die großen Fische. Wenn wir die von der Angel lassen, werden das die Bürger und die ehrlichen Steuerzahler in Baden-Württemberg nicht akzeptieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Herrmann von der CDU-Fraktion.

**Abg. Klaus Herrmann CDU:** Herr Staatssekretär, unstrittig ist, dass durch die Nichtverabschiedung des Steuerabkommens mit der Schweiz jedes Jahr für zahlreiche Steuerflüchtlinge die Verjährung eintritt. Ist es nicht so, dass sie dadurch nicht nur straffrei ausgehen, sondern überhaupt nichts bezahlen müssen? Wie erklären Sie dem ehrlichen Steuerzahler in Baden-Württemberg, dass man durch das Abkommen einige Millionen in die Kassen des Landes hätte bekommen können, was durch die Verhinderung des Steuerabkommens nicht erfolgt ist? Ist das eine ehrliche Politik gegenüber den baden-württembergischen Steuerzahlern?

**Staatssekretär Ingo Rust:** Das ist eine absolut ehrliche Politik, Herr Herrmann, weil sie auch beim Steuerabkommen straffrei geblieben wären.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Jetzt kriegen Sie aber überhaupt nichts!)

Das heißt, Sie müssen dem ehrlichen Steuerzahler erklären, warum Sie die laufen lassen. Durch unsere Politik, durch die Ablehnung des deutsch-schweizerischen Steuerabkommens, haben wir die Chance, diejenigen, die sich entweder selbst anzeigen oder von der Steuerfahndung über die Daten, die wir angekauft haben, oder über andere Anzeigen ermittelt werden, tatsächlich zu bekommen. Das lässt sich empirisch nicht nachweisen, weil sich die Anzahl an Steuerflüchtigen, die sich nicht melden werden und an die wir nie herankommen, nicht ermitteln lässt. Aber ich bin mir sicher, dass wir auf diese Art und Weise mehr Steuergerechtigkeit schaffen.

Herr Herrmann, denken Sie vor allem an die Symbolwirkung nach außen. Die Symbolwirkung wäre: Wir lassen sie alle laufen; wir geben eine pauschale Amnestie für all diejenigen, die Millionen in die Schweiz verschoben haben, bloß weil wir einmalig eine Einnahme für den Haushalt bekommen. Das hielte ich für falsch. Wir verstärken unsere Bemühungen, über die Steuerfahndung, über die Betriebsprüfungen, über unsere gut ausgestattete Steuerverwaltung an diejenigen, die die Gemeinschaft, die ehrlichen Steuerzahler betrügen, heranzukommen. Ich glaube, das ist das richtige Signal an die Bürgerinnen und Bürger: Bei unserer Steuerverwaltung können sie sich sicher sein, dass wir alles dafür tun, diejenigen zu erwischen, die die Gemeinschaft betrügen.

Deshalb bin ich froh und stolz darauf, dass wir das Steuerabkommen mit der Schweiz abgelehnt haben. Ich bin froh und stolz darauf, dass wir Ihren Stellenabbau in der Steuerverwal-

(Staatssekretär Ingo Rust)

tung gestoppt und das Personal wieder aufgestockt haben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Finanzämtern sehen das genauso.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Noch eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Maier von der SPD-Fraktion.

**Abg. Klaus Maier SPD:** Herr Staatssekretär, sehen Sie erstens einen Zusammenhang zwischen der Ablehnung des Steuerabkommens mit der Schweiz und den 460 Millionen € an zusätzlichen Einnahmen für die Staatskasse?

Wie steht es zweitens mit der Verbesserung der Steuergerechtigkeit? Das ist eine ganz wichtige moralische Frage.

Drittens: Die Schweiz hat eine Weißgeldstrategie eingeführt. Die Schweiz geht auf die Steuerhinterzieher, auf die Geldanleger zu, fragt nach, woher das Geld kommt, und schickt es zur Not wieder zurück. Bestehen da nach Ihrer Meinung Zusammenhänge?

**Staatssekretär Ingo Rust:** Ich bin mir sicher: Ohne die Ablehnung des Steuerabkommens hätten wir die große Zahl von Selbstanzeigen und die dadurch verursachten hohen Einnahmen nicht gehabt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein prominenter Steueründer hat das sogar zugegeben und hat gesagt, er habe noch darauf gewartet, ob das Steuerabkommen kommt oder nicht. Was er gemacht hätte, wenn es gekommen wäre, ist auch klar. Das hat er ja auch ziemlich deutlich gemacht. Das war zumindest in der Presse nachzulesen.

Deshalb gibt es diesen Zusammenhang sicher. Ich habe auch davon gehört, dass die Schweiz und die Schweizer Banken mittlerweile angeblich eine andere Strategie fahren. Ich bin kein Kunde einer Schweizer Bank – deshalb kann ich es nicht aus eigener Anschauung sagen –, aber ich habe davon gehört.

Ich hoffe wirklich, dass die Praktiken, die es dort in der Vergangenheit gegeben hat – wir in Baden-Württemberg sind aufgrund der Grenznahe natürlich sehr stark davon betroffen –, künftig nicht mehr zum Geschäftsgebaren der Banken gehören und dass man in den Fällen, in denen es augenscheinlich um Steuerhinterziehung geht, dem seitens der Banken und vielleicht auch seitens der Schweizer Steuerbehörden entgegenwirkt. Ich hoffe, dass diese Strategie weiterverfolgt wird. Ich hielte das auch im Sinne einer gutnachbarlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Schweiz wirklich für die richtige Strategie. Ich glaube auch, dass das mittel- oder langfristig kommen wird.

Ich bin mir ziemlich sicher: Wir werden mittelfristig auch ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz, was den automatischen Datenaustausch mit der Schweiz angeht, bekommen, um so eine ehrliche und gute Zusammenarbeit hinzubekommen. Die Schweiz wird sich in dieser Hinsicht bewegen müssen, und ich glaube, sie wird sich auch bewegen – vielleicht nicht in diesem Jahr, vielleicht nicht im nächsten Jahr, aber mittelfristig wird das kommen. Dann haben wir, denke ich, auch dieses Thema in gutem Einvernehmen gelöst. Ich bin, wie gesagt, sehr froh, dass wir der Versuchung des schnellen Geldes nicht erlegen sind und davon abgesehen haben, schnell dem Steuerabkommen zuzustimmen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Die halbe Stunde für das erste Thema ist abgeschlossen. Vielen Dank.

Ich darf jetzt die FDP/DVP-Fraktion auffordern, ihre Fragen zu folgendem Thema zu stellen:

Muss die Justiz doch noch nicht sparen? Grüne lassen mit sich reden.

Herr Abg. Dr. Goll erhält das Wort.

**Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, darf ich aus den „Stuttgarter Nachrichten“ von gestern eine Zeitzeugin aus der Ukraine zitieren, die gefragt wurde, was jetzt das Wichtigste wäre, was die EU für die Ukraine tun könnte. Das Interessante ist, was sie in welcher Reihenfolge erwähnt, nämlich – und da darf ich zitieren –:

*... dass uns Europa mit Know-how unterstützt, wie die Gesetze verbessert werden können, wie man ein ordentliches Gerichtssystem aufbaut, wie man die Wirtschaft organisiert.*

Das sind die wichtigsten Punkte, die sie nennt. Da ist mir wieder klar geworden, dass ein ordentlich funktionierendes Gerichtssystem vielleicht etwas ist, dessen Wert man dann erkennt, wenn man es nicht hat, und dessen Wert vielleicht als etwas Selbstverständliches angesehen wird, wenn man es über viele Jahre hat, zumal ja auch verständlich ist, dass manchmal über Gerichte geschimpft wird: Entweder ist die eine Partei nicht zufrieden oder ist die andere Partei nicht zufrieden, oder – im Extremfall – es sind beide Parteien nicht zufrieden.

Wir müssen uns aber manchmal vor Augen führen, wie viel ein wohlfunktionierendes Gerichtswesen wert ist.

Deshalb hat mich und uns beunruhigt, dass die Landesregierung, die nicht an vielen Stellen spart, ausgerechnet bei der Justiz, bei einer klassischen Staatsaufgabe, sparen will. Hierzu stehen widersprüchliche Äußerungen im Raum: Wird gespart, oder wird nicht gespart? Deshalb ist es, glaube ich, fast zwingend, hier die Frage zu stellen: Was gilt nun? Stehen Einsparungen bei der Justiz bevor oder nicht?

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Justizminister Stichelberger das Wort.

**Justizminister Rainer Stichelberger:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Goll, ich darf zu Ihrer Frage Stellung nehmen. Ich möchte Sie aber vorweg korrigieren; denn Sie haben gesagt, die Landesregierung spare nicht an vielen Stellen. Die Landesregierung hat innerhalb kurzer Zeit das strukturelle Defizit ganz erheblich vermindert – das ist hier mehrfach diskutiert worden –, und diesen Sparbeitrag hat diese Landesregierung vor dem Hintergrund der hohen strukturellen Verschuldung, die die Vorgängerregierungen hinterlassen haben, geleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt erzählt doch einmal etwas anderes! – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Das sind doch nur Momentaufnahmen!)

(Minister Rainer Stichelberger)

Zu den Sparmaßnahmen, die Sie angesprochen haben: Sie wissen, wir gehen den Pfad bis 2020, um die Nullneuerschuldung zu erreichen. Das machen wir in Etappen. An diesen Sparbemühungen müssen sich alle Ressorts beteiligen. Das gilt natürlich auch für das Justizressort. Deshalb wird es auch zu Einsparungen im Justizressort kommen. Das Justizministerium wird seinen Beitrag leisten.

Die Zeitspanne kann ich Ihnen in etwa sagen. Wir stehen jetzt am Beginn der Haushaltsberatungen und werden zwischen den Ressorts und insbesondere natürlich mit dem Finanzministerium auf Arbeitsebene die Einzelheiten besprechen. Dann werden wir termingerecht den Haushaltsplanentwurf aufstellen und zu einer rechtzeitigen Verabschiedung des Haushalts kommen. Wir haben das immer noch früher geschafft, als das die früheren Regierungen erreicht haben.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zusatzfrage, Herr Abg. Professor Dr. Goll.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Herr Minister Stichelberger, ich darf insbesondere noch einmal auf die Frage des Stellenabbaus zurückkommen. Sie waren ja selbst Verwaltungsrichter.

Erste Frage: Was glauben Sie, was für Gefühle es bei den Gerichten auslöst, wenn sie lesen, dass für einen umstrittenen Nationalpark 100 Stellen vorgesehen sind – die meisten davon Neustellen –, aber bei den Richterstellen gespart wird?

Zweite Frage: Was glauben Sie, wie es auf die Menschen wirkt, die nur die Zeitung lesen und zur Kenntnis nehmen, dass in Heilbronn Straftäter aus der U-Haft entlassen wurden, weil der Prozess nicht rechtzeitig beginnen konnte, und dann lesen, dass angesichts dessen Personal bei der Justiz abgebaut wird? Rechnen Sie da mit irgendeinem Verständnis aufseiten der Gerichte oder aufseiten der betroffenen Menschen?

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Justizminister.

**Justizminister Rainer Stichelberger:** Die Diskussionen zum Nationalpark haben wir hier im Parlament ausreichend geführt. Das Gesetz ist verabschiedet,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Deswegen muss es noch lange nicht richtig sein!)

und die Entwicklung des Nationalparks befindet sich auf einem guten Weg.

Wenn Sie mich als ehemaligen Richter am Verwaltungsgericht ansprechen, kann ich Ihnen sagen: Ich reise eigentlich wöchentlich zu den Dienststellen der Justiz und natürlich auch zu den Verwaltungsgerichten. Da werden vielfältige Fragen gestellt, aber es ist nicht so, dass das, was Sie angesprochen haben, die Hauptrolle spielen würde. Was Verwaltungsrichter wesentlich mehr aufregt, ist z. B. ein verfassungswidriger Vorgang, der zum Erwerb von Aktien geführt hat.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Ganz billiges Argument!)

Das hat Verwaltungsrichter in der Tat erschüttert.

Ich kann natürlich verstehen, dass – um Ihre zweite Frage zu beantworten – Freilassungen, wie sie in Heilbronn erfolgt sind, sowohl die Beteiligten in der Justiz als auch das Publikum, die Öffentlichkeit stark beschäftigen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Zu Recht!)

Das ist ganz klar. Deshalb ist unser Bestreben, unser aller Bemühen, dass solche Fälle vermieden werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Filius.

**Abg. Jürgen Filius** GRÜNE: Herr Minister, heute Morgen haben wir den Tagesordnungspunkt 4 behandelt, bei dem es auch um die Frage der Effizienz ging, die man dadurch erhöhen kann, dass man Bündelungen in Rechtsfragen vornimmt, konkret bei der Notariatsreform. Sehen Sie Möglichkeiten, in der Justiz die Effizienz weiter zu erhöhen, indem man Bündelungen vornimmt, beispielsweise dadurch, dass sich Richterinnen und Richter spezialisieren, sodass sie, weil sie besser in die Materie eingearbeitet sind, schneller zu Entscheidungen gelangen können?

**Justizminister Rainer Stichelberger:** Ja, ich sehe diese Möglichkeiten. Die Landesregierung und das Justizministerium sind bemüht, entsprechende Reformschritte zu gehen. Wir haben heute Morgen schon eine große Reform angesprochen, nämlich die Notariatsreform. Mit der Grundbuchamtsreform, die damit zusammenhängt – das müssen Sie sich einmal vor Augen führen –, schaffen wir 650 Grundbuchämter ab und fassen System und Kompetenz in 13 Grundbuchführenden Amtsgerichten zusammen. Das hat den Effekt, dass wir die Ausgleichszahlungen an die Gemeinden, die wir in hohem Maß leisten müssen, soweit sie die Sachmittel und Gebäude für Grundbuchämter zur Verfügung stellen, künftig einsparen. Das ist ein Bündelungsvorgang, der zu Einsparungen führt.

Ein weiterer Vorgang: Wir haben ein zentrales Vollstreckungsgericht in Karlsruhe geschaffen, das jetzt seine Arbeit aufnimmt. Das hängt mit der Umstrukturierung der Arbeit der Gerichtsvollzieher zusammen. Auch das ist ein wesentlicher Beitrag, mit dem wir Einspareffekte erzielen.

Wir werden im Zusammenhang mit den Reformen im Notarbereich weitere Konzentrationen bekommen: So siedeln wir die Nachlassgerichte bei den Familiengerichten an – Sie wissen, im württembergischen Landesteil werden diese Aufgaben bisher von den Notaren versehen –, und wir haben die Zentralisierung des Vereinsregisters schon auf den Weg gebracht. Wir können diese Bündelungen, diese Einsparungen dort vornehmen, wo die Bürgernähe darunter nicht leidet. Es ist uns natürlich ganz wichtig, dass wir in der Fläche präsent sind, dass wir Bürgernähe gewährleisten. Dort, wo die Bürgernähe nicht erforderlich ist, weil sie auf anderem Weg erreichbar ist, können wir die Bündelungen in den Bereichen vornehmen, die ich genannt habe.

Wir werden natürlich auch alle anderen Bereiche, in denen solche Strukturveränderungen möglich sind, weiterhin im Auge behalten. Das sind dann im Wesentlichen strukturelle Einsparungen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Abg. Hillebrand das Wort.

**Abg. Dieter Hillebrand** CDU: Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister Stickelberger, Sie wissen, dass ich Sie persönlich sehr schätze und Sie jetzt mit dieser Frage nicht irgendwie vorführen will. Aber ich habe den Eindruck, vor Ort, bei der Justiz – ich habe Ihnen das auch schon einmal persönlich gesagt –, herrscht große Verunsicherung.

Meine Frage ist schlicht und ergreifend: Wann wird der Justiz einmal definitiv gesagt, wie es personell weitergeht? Im Moment ist da so eine Stimmung, und man weiß nicht: Soll jetzt abgebaut werden, wird tatsächlich abgebaut, oder gibt es doch noch Hoffnung, dass Richterstellen nicht abgebaut, sondern in Maßen – darauf lege ich Wert – aufgestockt werden? Wenn Sie hierauf eine Antwort geben könnten, wäre Ihnen dafür – so denke ich – nicht nur die CDU-Fraktion, sondern insbesondere die Justiz sehr dankbar.

**Justizminister Rainer Stickelberger:** Wenn Sie die Verunsicherung bei Richterinnen und Richtern, bei Staatsanwältinnen und Staatsanwälten ansprechen, dann muss ich zunächst einmal betonen, dass wir derzeit in der Justiz im Wesentlichen mit dem Personalbestand arbeiten, den wir von der Vorgängerregierung übernommen haben. Wir haben in begrenztem Umfang sogar noch Aufstockungen bei den Strafkammern erzielt. Dort haben wir zusätzliche Stellen bekommen. Wir haben Stellenzuwächse im Bereich der Sicherungsverwahrung durch die dortige Neugestaltung bekommen. Wir haben in anderen Bereichen in geringem Umfang Stellenzuwächse bekommen. Das heißt, wenn es über die derzeitige Situation Unmut gibt,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Den gibt es!)

dann betrifft er gerade den Zeitraum vor 2011. Denn der Bestand hat sich bisher nicht wesentlich verändert.

(Zuruf des Abg. Bernd Hitzler CDU)

Was die Zukunft angeht, bleibt es bei dem, was ich vorhin gesagt habe. Wir stehen jetzt am Anfang der Haushaltsberatungen. Auf der Arbeitsebene werden die Konzepte entwickelt. Es gibt einen regen Diskurs – wie üblich in der Regel mit dem Finanzministerium. Das kennen Sie aus Ihrer Regierungszeit, Herr Hillebrand; Sie waren ja selbst Regierungsmitglied und wissen, wie das abläuft. Das ist ein ganz normaler Prozess. Am Ende dieses Prozesses wird man sehen, wie die Situation aussieht. Ob und gegebenenfalls in welchem Umfang dann Personaleinsparungen als Konsolidierungsbeitrag anstehen, wird sich zeigen. Es wäre einfach zu früh, in diesem Stadium, in dem wir gerade mit den Haushaltsberatungen anfangen, schon konkrete Aussagen zu machen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion hat Frau Abg. Graner das Wort.

**Abg. Anneke Graner** SPD: Herr Minister, ich möchte noch einmal auf die Haftbefehlsaufhebungen, die vorhin schon kurz angesprochen worden sind und in den letzten Monaten auch ein gewisses mediales Echo hervorgerufen haben, zurückkommen. Ich denke, die Sorge der Bevölkerung besteht da zu Recht, und auch für die Ermittlungsbehörden ist es eine unbefriedigende Situation.

Meine zwei Fragen: Was kann das Justizministerium konkret tun, um Haftbefehlsaufhebungen zu vermeiden, und – zweitens – wie haben sich die Zahlen der Haftbefehlsaufhebungen entwickelt?

**Justizminister Rainer Stickelberger:** Frau Kollegin Graner, vielen Dank für diese beiden Fragen, zu denen ich auch schon im Zusammenhang mit der Antwort auf Ihre Kleine Anfrage Drucksache 15/4555, Herr Kollege Lasotta, Ausführungen gemacht habe. Ich fange einmal mit den Haftentlassungszahlen, die Sie angesprochen haben, an.

Im Jahr 2003 hatten wir neun Aufhebungen – also Entscheidungen von Gerichten analog zu der Entscheidung, wie sie in Heilbronn ergangen ist –, 2004 sieben Aufhebungen, 2005 waren es fünf, 2006 zwei, im Jahr 2007 zehn, 2008 vier, im Jahr 2009 zwei, im Jahr 2010 vier, 2011 sechs, 2012 war es eine, und 2013 waren es drei. Einen irgendwie gearteten negativen Trend kann ich daraus nicht ableiten, sondern die Zahlen bewegen sich in etwa auf diesem Niveau.

Dabei muss ich sagen, dass jede Entlassung, die droht oder die dann angeordnet wird, natürlich nach Möglichkeit zu vermeiden ist – wegen der Wirkungen, die Sie beschrieben haben, gegenüber den Ermittlungsbehörden selbst, dem dortigen Personal, aber gerade auch gegenüber der Öffentlichkeit, die zu Recht ein Sicherheitsbedürfnis hat.

Was tun wir? Auch dazu gibt es mehrere Handlungsansätze. Wir, das Justizministerium, haben über das Personalbedarfsberechnungssystem PEBB\$Y die Möglichkeit, Zuweisungen von Richterinnen und Richtern und analog von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten an die Dienststellen zu machen. Das machen wir. Wir versuchen natürlich, die Zuweisungen bedarfsgerecht, aber auch gerecht im Verhältnis der Gerichte zueinander vorzunehmen. Da haben wir Deckungsgrade, die bei gut 100 % liegen. Das kann man sagen.

Das ist aber nur – wenn Sie so wollen – die Steuerung von der Ebene des Justizministeriums aus. Damit ist noch nicht geklärt, wie die einzelnen Richterinnen und Richter bei den Gerichten verteilt werden. Dort gibt es ja Zivilkammern, Strafkammern, Schwurgerichte und, und, und. Wie die Gerichte im Einzelnen ihre Richter einsetzen, das ist eine Frage der Geschäftsverteilung, und die obliegt allein den Präsidien der Gerichte in richterlicher Unabhängigkeit. Das ist Bestandteil der richterlichen Unabhängigkeit. Diese müssen wir natürlich wahren. Darauf haben wir keinen Einfluss.

Sagen muss man aber auch, dass eine Veränderung in der Geschäftsverteilung auch nicht ohne Weiteres leicht möglich ist. Denn es gilt das Prinzip des gesetzlichen Richters. Das heißt, für gerichtliche Verfahren muss im Voraus bestimmt sein, wer in welchem Verfahren als Richterin oder Richter tätig ist. Das muss abstrakt geregelt werden. Deshalb kann ich nicht einfach sagen: Wenn schnell einmal Bedarf besteht, dann gebe ich da noch eine Richterstelle zu, und woanders ziehe ich eine ab. Das geht so nicht. Ich muss vielmehr diese abstrakte Regelung so treffen, dass sie allgemeingültig ist.

Manchmal besteht aber auch das Problem, dass Prozesse anders laufen, als man sich das vorgestellt hat. Denken Sie an Großprozesse mit vielen Beteiligten, etwa bei Bandenkriminalität. Da haben Sie viele Rechtsanwälte, viele andere Beteiligte, Gutachter. Da kommt ein Verfahren schnell einmal in



(Minister Rainer Stickelberger)

Verzug. Denken Sie daran, dass es auch Konfliktverteidigung und andere Phänomene gibt.

Wir versuchen natürlich – das machen wir jetzt auch verstärkt –, in Absprache mit den Gerichtspräsidentinnen und -präsidenten darauf hinzuwirken, dass uns mögliche, denkbare Engpässe möglichst frühzeitig benannt werden, damit wir vom Ministerium her gegebenenfalls nachsteuern können. Das haben wir damals im Heilbronner Fall auch so gemacht. Da wurde dann noch eine Stelle zusätzlich zugewiesen. Das machen wir, wenn wir rechtzeitig von Engpässen erfahren.

Die Präsidenten sind aufgerufen, daran mitzuwirken – dazu sind sie auch bereit –, dass wir sehr frühzeitig erfahren, wo Nachsteuerungsbedarf besteht. Das ist das, was wir machen können, damit solche Entlassungen, die aus der Sicht der Öffentlichkeit zu Recht kritisiert werden, vermieden werden.

Ich möchte jedoch noch einmal auf die andere Frage zurückkommen: Einen negativen Trend haben wir in den letzten zweieinhalb Jahren nicht erkennen können.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Überleitend geht einem dann durch den Kopf, dass es so gemeint sein könnte, dass es mehr Fälle geben könnte, wenn es weniger Richter werden.

Ich habe aber noch eine Frage, die ich natürlich – wie das Kollege Hillebrand auch getan hat – in wohlmeinender Absicht stelle. Diese knüpft an ein Stichwort an, das Sie selbst genannt haben, nämlich an PEBB§Y, ein Personalbedarfsberechnungssystem, das vielleicht nicht allen bekannt ist. Dieses wurde in der Justiz unter Führung von Baden-Württemberg eingeführt, damit man in etwa weiß, wie hoch der Personalbedarf ist. Dieses System PEBB§Y wird gerade fortgeschrieben.

Es wäre jetzt einleuchtend, erst einmal zu schauen, was die Neuberechnung ergibt. Stattdessen setzt die Regierung, noch während die Richterinnen und Richter und andere ihre Aufschriebe machen, fest, wie viel Personal benötigt wird. Dann kann ich mir das Personalbedarfsberechnungssystem in zweiter Runde, für das auch wieder Baden-Württemberg bundesweit federführend ist, eigentlich sparen, oder nicht?

**Justizminister Rainer Stickelberger:** Herr Kollege Dr. Goll, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das Neuerhebungsverfahren für PEBB§Y ansprechen. Ich möchte aber zunächst kurz auf Ihren Eingangssatz zurückkommen. Sie können sicher sein, dass wir die Sicherheit im Blick haben und keinerlei Maßnahmen treffen, die dazu führen, dass Leute aus der Haft entlassen werden müssen. Darüber sind wir uns in der Landesregierung einig. Der Ministerpräsident hat dies anlässlich seiner Pressekonferenz gestern auch noch einmal zum Ausdruck gebracht. Das ist ganz klar.

PEBB§Y ist eigentlich ein sehr rationales, technisches Berechnungssystem, das wertvoll ist, aber auch in die Jahre gekommen ist. Es stammt aus dem Jahr 2001/2002. Angesichts dessen, was sich seither allein in der Bürokommunikation verändert hat, wird deutlich, wie schnell die Entwicklung in der Justiz und in anderen Bereichen voranschreitet. Wie Geschäftsstellen und auch Richterinnen und Richter vor zehn

Jahren gearbeitet haben, ist mit dem heutigen Zustand zum Teil nicht mehr vergleichbar.

Deshalb gibt es diese Neuerhebung, an deren Konzeptionierung Baden-Württemberg federführend beteiligt ist, wie das noch unter Ihrer Führung auch schon früher der Fall war. Wir haben uns absichtlich aktiv eingebracht, weil wir immer noch der Meinung sind, dass wir zu diesem System einen guten Zugang haben und es leistungsfähig ist bzw. wir es wieder optimieren können.

Ich möchte Sie kurz darüber informieren, dass in die Arbeiten für diese Fortschreibung bundesweit 16 000 in der Justiz Beschäftigte einbezogen werden. Landesweit, also in Baden-Württemberg, sind es über 2 000 Personen, darunter über 700 Richterinnen und Richter, Staats- und Anwälte, der Rechtspflegebereich mit über 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Bereich der Serviceeinheiten mit über 1 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Diese erstellen jetzt auch mit moderneren, verfeinerten Methoden, mit REFA-Methoden diese Aufschriebe und korrigieren Erkenntnisse aus vielleicht nicht so überzeugenden Erhebungsformen der Vergangenheit.

Diese PEBB§Y-Erhebung erfolgt nun für die ordentliche Gerichtsbarkeit. Wir haben unsere großen Einrichtungen angemeldet. Diese beteiligen sich. Dann erhalten wir neue Bedarfswahlen. Diese spielen natürlich für die weitere Bedarfsplanung, für die weitere Berechnung von Stellenbedarfen eine Rolle. Diese Erhebung wird über den Tag hinaus Gültigkeit haben und soll uns brauchbare Grundlagen für die Personalanforderungen für die nächsten Jahre liefern.

Wenn Sie so wollen, läuft dies parallel zum Aufstellungsverfahren für den Haushalt. Wir versprechen uns aus der neuen PEBB§Y-Erhebung aber auch jetzt schon erste wesentliche Erkenntnisse im Hinblick auf die Haushaltsaufstellung. Diese Erkenntnisse werden dann in die Gespräche zum Haushalt einfließen. Daher sind wir froh, dass wir PEBB§Y auf den neuesten Stand bringen können und dadurch aktuelle Erkenntnisquellen gewinnen können.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Frage des Herrn Abg. Hillebrand von der CDU-Fraktion.

**Abg. Dieter Hillebrand** CDU: Vielen Dank. – Herr Minister, halten Sie ganz persönlich einen Stellenabbau in der Gerichtsbarkeit überhaupt für möglich oder vertretbar, oder sehen Sie vielleicht aufgrund der immer wieder erhobenen Fallzahlen Möglichkeiten, dass es zu Verschiebungen zwischen den einzelnen Gerichtsbarkeiten kommt? Dies könnte ja sein. Es hat schon Zeiten gegeben, in denen wir im Asylbewerberbereich zusätzliche Richter für die Verwaltungsgerichte gebraucht haben. Als dieser Bereich eingebrochen ist, gab es hier Luft. Dann könnte man beispielsweise Verwaltungsrichter in die ordentliche Gerichtsbarkeit überführen. Sehen Sie hier überhaupt irgendwelche Möglichkeiten, oder wie beurteilen Sie die jetzige Situation?

**Justizminister Rainer Stickelberger:** Hinsichtlich der Ausstattung mit Richtern und denkbarer Einsparungen gilt das, was ich vorhin gesagt habe: Ob und gegebenenfalls in welchem Umfang Einsparungen durch eine Reduzierung der Personalstellen erfolgen, werden wir im Zuge der Haushaltsberatungen im Einzelnen sehen.

(Minister Rainer Stichelberger)

Sie haben aber einen guten Gesichtspunkt angesprochen. Wir sind im Moment froh, dass wir bei guter Konjunktur etwa im Bereich der Sozial- und der Arbeitsgerichtsbarkeit keine Zuwächse haben. Bei schlechter Konjunktur kann sich das erfahrungsgemäß – das wissen wir aus der Vergangenheit – schnell ändern. Dann nimmt die Zahl der Verfahren im Bereich der Sozial- und der Arbeitsgerichtsbarkeit wieder zu. Hoffentlich bleibt es so, wie es ist.

Bei den Verwaltungsgerichten stellen wir fest, dass die Zahl der Asylverfahren voraussichtlich stark zunehmen wird. Diese betreffen nun Länder, die wir früher nicht so im Blick hatten. Da könnten sich die Zahlen sehr rasch nach oben entwickeln.

In der Justiz in Baden-Württemberg ist man bisher so vorgegangen – wir haben diese Asylwelle und diese Welle von Asylverfahren bei den Gerichten schon einmal durchgemacht –, dass man sich in der Sozial- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit gegenseitig hilft – dabei können auch Richterinnen und Richter sehr flexibel ausgetauscht werden –, bevor stellentechnisch große Veränderungen herbeigeführt werden müssen. Das klappt erfahrungsgemäß bisher gut. Ich bin dankbar, dass die Richterinnen und Richter sowie die Präsidentinnen und Präsidenten bei dem Versuch, sich gegenseitig zu helfen, mitziehen. Das gilt auch für die Arbeitsgerichtsbarkeit, das gilt insgesamt für die anderen Fachgerichtsbarkeiten.

Ich denke, dass wir solche Bugwellen und anschließende Abflachungen bzw. Rückgänge intern auffangen können, ohne allzu viel Personalbedarf zu generieren und Personal dann wieder abbauen zu müssen. Wir versuchen, den Personalbedarf stabil zu halten. Bisher gelingt uns das ganz gut. Wie gesagt, am besten ist es, wenn wir keine Zunahmen bei der Zahl der Verfahren haben.

Uns bereitet allerdings der Bereich der rechtlich angeordneten Betreuungen Sorge. Immer mehr Mitbürgerinnen und Mitbürger bedürfen rechtlicher Betreuung, weil sie ihre täglichen Rechtsgeschäfte nicht mehr allein erledigen können. In diesem Bereich kommen – nicht nur, aber größtenteils wegen der demografischen Entwicklung – zunehmend Probleme auf uns zu. Hier rechnen wir mit einer beachtlichen Zunahme. Deswegen müssen wir diesen Bereich sehr stark im Auge behalten.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Justizminister. – Damit ist die halbe Stunde für die Frage der FDP/DVP-Fraktion beendet.

Somit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Nachdem wir die Tagesordnungspunkte 4 und 5 heute Vormittag bereits erledigt haben, rufe ich **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Online-Portal zur Bürgerbeteiligung bei der Bildungsplanarbeit – Drucksache 15/3320 (Geänderte Fassung)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wacker das Wort.

**Abg. Georg Wacker** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist keine Frage, dass diese Bildungsplanreform, die derzeit in Vorbereitung ist, wichtig und richtig ist. Es ist wichtig, dass in etwa zehnjährigen Abständen die bestehenden Bildungspläne überprüft und entsprechende Anpassungen und Weiterentwicklungen vorgenommen werden.

Das Kultusministerium hat gleich zu Beginn dieser Bildungsplanreform ein breites Beteiligungsverfahren angekündigt. Das haben wir von der CDU-Fraktion grundsätzlich begrüßt. So hat Staatsrätin Eler auf einem Kongress am 19. Dezember 2012 erklärt, dass ein Onlinebeteiligungsportal der Landesregierung eingerichtet wird und das Kultusministerium dieses sogar als Erstes nutzen kann.

Der Start dieses Onlineportals wurde für Februar 2013 angekündigt. Heute haben wir Februar 2014. Dieses Onlinebeteiligungsportal existiert zwar, aber von dem Beteiligungsportal des Kultusministeriums bezüglich der Bildungsplanreform kann bis heute überhaupt keine Rede sein. Nichts ist passiert, obwohl das Kultusministerium dies angekündigt und erklärt hat.

Wenn die Landesregierung gesellschaftliche Themen mit der Bildungsplanreform verbinden möchte – wie beispielsweise „Toleranz“ und „Sexuelle Vielfalt“ –, dann muss sie zunächst einmal in die Bevölkerung hineinhören.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Klaus Burger CDU)

Die Bürgerinnen und Bürger brauchen auch ein Ventil, wodurch sie sich ausdrücken können und ihre Sorgen und Nöte zum Ausdruck bringen können. Da nichts getan wurde, sind nun Verunsicherungen und Ängste entstanden. Das Ergebnis kennen wir, Herr Kultusminister: große Irritationen in der Bevölkerung. In der Presseberichterstattung ist das mehr als deutlich geworden.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Und in der CDU-Fraktion!)

Ihnen ist diese Diskussion aus den Händen geglitten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir fordern, dass Sie sich zu den Themen „Toleranz“ und „Sexuelle Vielfalt“ an der Formulierung des bestehenden Bildungsplans 2004 orientieren, gegebenenfalls eine behutsame Weiterentwicklung vornehmen und möglichst rasch eine konsensfähige Formulierung vorlegen.

(Abg. Ulrich Lusche CDU unterhält sich mit Minister Andreas Stoch.)

– Der Kollege Lusche wird mir nach seinem Gespräch mit dem Kultusminister in dieser Aussage sicherlich zustimmen.

(Zuruf des Ministers Andreas Stoch)

Der Herr Minister hat Herrn Lusche offensichtlich gerade erklärt,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

(Georg Wacker)

warum das Beteiligungsportal bisher nicht eingerichtet wurde.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ein Blick in die Vergangenheit, meine Damen und Herren, zeigt: Bildungspläne wurden stets von einem gesellschaftlichen Konsens getragen, Bildungspläne waren immer unpolitisch. Sie machen jetzt Parteipolitik daraus,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ihre Version!)

und Ihre fünf Leitprinzipien sind willkürlich ausgewählt. Erinnern wir uns an die letzte Beiratssitzung im November 2013, die Sie, Herr Kultusminister, immer sehr gern zitieren. Dort wurde über diese Leitprinzipien durchaus sehr kontrovers diskutiert. Es gab überhaupt keinen Konsens darüber. Es gab Stellungnahmen, die lauteten, die Leitprinzipien seien „viel zu hoch gehängt“. Andere haben im Beirat davon gesprochen, dass eine „Überfrachtung des Bildungsplans“ drohe. Wieder andere Experten sagten im Beirat, andere Leitprinzipien seien eigentlich viel wichtiger als diese fünf von der Landesregierung vorgeschlagenen, wie beispielsweise der Stellenwert der abendländischen Kultur oder das Thema Persönlichkeitsbildung, die Demokratieerziehung oder die kulturelle Bildung. Nein, Sie praktizieren eine Basta-Politik, indem einfach die Vertreter des Kultusministeriums sagten, über die Anzahl der Leitprinzipien sei entschieden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wie sieht es denn aus, meine Damen und Herren? Hat der Beirat lediglich eine Alibifunktion, oder hören Sie tatsächlich zu, was auch Experten zu diesem Thema sagen? Wir brauchen keine Leitprinzipien als Überbau über den Bildungsplänen. Vielmehr wäre es zielführender, die wichtigen Inhalte im Bildungsplan zu verankern. Verzichteten Sie auf die Leitprinzipien, denn der Bildungsplan selbst ist das wichtige Element der Bildungsplanarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben den Bogen überspannt, indem Sie jetzt sogar noch einen Kompetenzbereich „Einstellungen“ installieren wollen. Diesen Bereich „Einstellungen“ gab es bereits im Bildungsplan des Jahres 2004, in dem Hartmut von Hentig in seinem Vorwort geschrieben hat, dass junge Menschen bereit sein sollen, ihre eigenen Äußerungen wertschätzend und konstruktiv zu formulieren. Aber konkrete Anleitungen für den Unterricht gibt es darüber hinaus in dem aktuellen Bildungsplan eben nicht.

Sie gehen nun viel weiter, indem Sie, bezogen auf jedes einzelne Fach, verbindlich die Formulierung von Einstellungen für die Schülerinnen und Schüler vorschreiben.

Natürlich müssen die jungen Menschen sich eine eigene Meinung bilden können, aber man darf sie nicht dazu verpflichten. In dem Moment, in dem Sie sie dazu verpflichten, besteht die Gefahr, dass eine Überstülpung der Meinung der jungen Menschen vorgenommen werden kann. Herr Minister, nehmen Sie Abstand davon, dass Sie den jungen Menschen vorschreiben wollen, ihre eigenen Einstellungen zu artikulieren! Praktizieren Sie es so, wie es im letzten Bildungsplan gesche-

hen ist, bevor hier weiterer Unmut ausbricht, der Ihnen bereits jetzt in vielen E-Mails mit Sicherheit gemeldet wird.

Ich zitiere eine Aussage von Ihnen in einem Interview des „Mannheimer Morgen“ am vorigen Donnerstag, dem 20. Februar.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

– Hören Sie gut zu, wie Ihr Minister mit diesem Thema umgeht.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sagen Sie das mal Ihrer Fraktion! Die ist gar nicht da!)

– Aber Sie sind da; dafür bin ich Ihnen dankbar. Sie hören mir ja auch aufmerksam zu.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Da können Sie sicher sein!)

Ihr Minister sagt in diesem Interview des „Mannheimer Morgen“ am 20. Februar 2014: „Es nervt mich, dass Detailfragen so hochgepuscht werden.“ Herr Minister, kümmern Sie sich um diese Detailfragen, damit die Verunsicherung der Bevölkerung zu diesem Thema endlich ein Ende hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Boser das Wort.

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Bildungsplanreform 2014 findet unter einer breiten Beteiligung statt, Herr Wacker – im Gegensatz zur Bildungsplanreform 2004. Bei den Kommentaren, die zur Bildungsplanreform 2004 abgegeben wurden, kamen die Worte vor: „gut gemeint, schlecht gemacht“, „unausgegoren“, „keine Diskussion im Vorfeld“, „alles nur von oben verordnet“.

Wir haben hier eine Bildungsplanreform auf den Weg gebracht, die von einer breiten Diskussion getragen wird, was in manchen Bereichen sicherlich auch dazu führt, dass manche Punkte nicht so korrekt dargestellt werden, wie sie tatsächlich beabsichtigt sind, und es wird in anderen Bereichen oftmals auch von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Aber man kann uns oder der Landesregierung bei dieser Bildungsplanreform sicherlich nicht vorwerfen, dass wir keine Diskussion, keine Beteiligung einbringen würden. Nicht nur der Beirat als Gremium der Bildungsplanreform hat ein Mitspracherecht, sondern über das Onlineportal der Landesregierung besteht hier ebenfalls eine Möglichkeit, sich zu beteiligen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Deshalb überrascht es mich schon, dass ausgerechnet von der Opposition in diesem Zusammenhang davon gesprochen wird, dass die Beteiligung fehle. Schauen Sie sich lieber einmal an, wie groß Ihre Beteiligung in den vergangenen Jahren aussah, und nehmen Sie sich ein Beispiel an der jetzigen Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Sandra Boser)

Was mich bei der ganzen Diskussion immer wieder überrascht, ist, dass der Bildungsplan als ein reines Politikum dargestellt wird. Grundsätzlich wird der Bildungsplan von 2004 in seiner Form überarbeitet und fortgeführt – und nicht auf politischen Entscheidungen aufbauend.

Die Fächerverbände, die Sie 2004 eingeführt haben, haben im Nachgang sehr heftige Kritik erfahren. Es war die jetzige Landesregierung, die sich die Fächerverbände genau angeschaut und überprüft hat und zu dem Ergebnis gekommen ist, dass es eben nicht der richtige Weg ist, eine Fachlichkeit in der Mittelstufe herzustellen, sondern dass man versuchen sollte, die Fächerverbände zurückzuführen, beispielsweise im Grundschulbereich. Der Fächerbund MeNuK ist ein Punkt, den Sie damals „vergeigt“ haben; das Fach Musik spielt in der Grundschule so gut wie keine Rolle. Das wollen wir zurückführen und damit innerhalb des Bildungsplans wieder eine echte Fachlichkeit herstellen und den Bildungsplan an die aktuellen Gegebenheiten anpassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Darüber hinaus werden im Rahmen der Bildungsplanreform die aktuellen Geschehnisse als wichtige Themen aufgenommen, und die Leitprinzipien sind dafür wichtige Voraussetzungen. Ich kann mich nicht erinnern, dass der Beirat am Ende zu dem Ergebnis kam, man sollte die Leitprinzipien komplett überprüfen. Ich selbst habe noch die Frage in den Raum gestellt: Sollte man von den Leitprinzipien komplett Abstand nehmen? Diese Frage wurde verneint.

Es gab kontroverse Auseinandersetzungen z. B. über die Frage, wie das Thema „Kulturelle Bildung“ noch mit aufgenommen wird. Es gab kontroverse Diskussionen über die Frage, wie man den Bereich der Berufsorientierung mit aufnimmt. Aber es wurde nicht grundsätzlich infrage gestellt, dass man Leitprinzipien hat.

Ich finde, es ist ein wesentlicher Bestandteil des Bildungsplans, dass man versucht, aktuelle zeitgenössische Themen wie Berufsorientierung, Medienbildung, Gesundheit und Prävention, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Verbraucherbildung in den Bildungsplan aufzunehmen. Ich glaube, dass wir da in manchen Bereichen auch mit Ihnen übereinstimmen.

Dass jetzt eine Überfrachtung durch das Thema „Sexuelle Vielfalt“ da war, lag sicherlich nicht daran, dass das Thema nun in den Bildungsplan aufgenommen wurde. Denn wir haben dazu sehr viele positive Rückmeldungen bekommen.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Ich nenne nur den Landesschülerbeirat, den Landeselternbeirat. Ich habe ein Schreiben der KJG Diözese Rottenburg-Stuttgart bekommen. Alle unterstützen, dass das Thema in der Schule vorkommt, dass der Bildungsplan diese Thematik aufnimmt, damit Schülerinnen und Schüler mit dem Thema „Akzeptanz und Toleranz“ verstärkt in Kontakt kommen und hier eine breite Akzeptanz geschaffen wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir halten es auch nach wie vor für richtig, dass diese Themen im Bildungsplan vorkommen.

Jetzt möchte ich doch noch einmal an die Vernunft der Opposition appellieren.

(Abg. Walter Heiler SPD: Oje!)

– Ich versuche es.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Vertrauen Sie doch einfach einmal den Lehrerinnen und Lehrern in Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Dann muss man es ihnen doch nicht vorschreiben, wenn man ihnen vertraut! Das ist doch der Witz! Sie sagen, was gemacht wird! Das ist doch ein Widerspruch in sich!)

Wir haben einen Bildungsplan auf den Weg gebracht, der kompetenzorientiert ist, der Bildungsinhalte mit auf den Weg gibt. Dass aber den Lehrerinnen und Lehrern – – Das war beim Bildungsplan 2004 genau das Gleiche wie beim Bildungsplan 2014. Wie diese Bildungsinhalte im Unterricht und bei den Schülerinnen und Schülern dargestellt werden, liegt im Verantwortungsbereich der Lehrerinnen und Lehrer

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Richtig!)

und im Gestaltungsspielraum der Lehrerinnen und Lehrer.

(Zurufe der Abg. Georg Wacker CDU und Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Da bitte ich die Opposition, den Lehrerinnen und Lehrern das Vertrauen entgegenzubringen,

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

dass sie die Unterrichtsthemen genau so aufbereiten, dass sie für die Schülerinnen und Schüler passen und zukunftsorientiert sind. Da möchte ich doch einmal an Sie appellieren – vielleicht klappt es ja noch –, vielleicht auch einmal etwas Positives aus dem neuen Bildungsplan zu bringen und nicht immer nur alles in die Kritik zu ziehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Kleinböck das Wort.

(Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Andreas Glück FDP/DVP)

**Abg. Gerhard Kleinböck SPD:** Kein Neid, lieber Kollege Dr. Bullinger. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine Damen und Herren! Kollege Wacker hat mich mit seinen Ausführungen schon ein bisschen an den zündelnden Feuerwehrmann erinnert, der dann als Erster an der Brandstelle ist, um zu löschen.

(Heiterkeit des Abg. Manfred Kern GRÜNE)

(Gerhard Kleinböck)

Aber ich will einmal zu dem Thema reden, das hier angesagt ist. Wir haben im Koalitionsvertrag festgeschrieben – ich zitiere –:

*Die Zeit des Durchregierens von oben ist zu Ende. Gute Politik wächst von unten, echte Führungsstärke entspringt der Bereitschaft zuzuhören.*

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

*Für uns ist die Einmischung der Bürgerinnen und Bürger eine Bereicherung. Wir wollen mit ihnen im Dialog regieren und eine neue Politik des Gehörtwerdens praktizieren.*

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Des Überhörtwerdens!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch mittlerweile hinreichend bekannt, dass die neue Landesregierung diesen Passus aus dem Koalitionsvertrag entschlossen umsetzt und überall, wo es möglich ist, die Bürgerinnen und Bürger, die Betroffenen bei Entscheidungen beteiligt. Das passiert auch bei der Bildungsplanarbeit.

Wie diese Beteiligung im Einzelnen erfolgt, hängt auch von der jeweiligen Aufgabe ab, die zu lösen ist. Nicht jedes Beteiligungsverfahren eignet sich gleichermaßen für alle Entscheidungsprozesse.

Das Onlineportal, um das es hier geht, ist nur eine von vielen Beteiligungsmöglichkeiten. Kollege Wacker, ich weiß von Menschen, die sich über dieses Beteiligungsportal ans Ministerium gewandt haben und auch eine Antwort dazu bekommen haben.

Wer schon einmal einen Bildungsplan in der Hand hatte, weiß, welche Mammutaufgabe sich hinter der Neufassung verbirgt, insbesondere dann, wenn alle Beteiligten gehört werden sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade in der Bildungspolitik sind wir darauf angewiesen, das Wissen und die Erfahrungen der Lehrerinnen und Lehrer, der Schülerinnen und Schüler, der kommunalen Entscheidungsträger, der Schulleitungen, der Mütter und Väter in die Entscheidungen einfließen zu lassen.

Die Massenmails, die wir in unterschiedlichem Umfang dazu bekommen, die uns dazu erreichen,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

sind allerdings wenig hilfreich.

(Abg. Georg Wacker CDU: Da haben Sie recht!)

Die Beteiligung bei der Bildungsplanarbeit selbst ist vielfältig. Das war ja großteils auch der Stellungnahme des Kultusministeriums zu entnehmen. Neben dem üblichen Anhörungsverfahren gibt es den Beirat mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, den Landeselternbeirat, den Landesschülerbeirat, den Landesschulbeirat, die Lehrerverbände – alle sind integriert worden.

Die Kollegin Boser hat aus der Arbeit im Beirat berichtet. Das brauche ich an dieser Stelle nicht zu wiederholen.

Die systematische und fortlaufende Abstimmung der Arbeitsfortschritte der Bildungsplankommissionen – ich lege hier Wert auf den Plural – mit Experten aus Wissenschaft und – – Es ist ganz wichtig, dieses Beteiligungselement, das wir heute sehen, an dieser Stelle nochmals zu erwähnen.

Es gibt die Möglichkeit, sich über das E-Mail-Postfach für Bürgerinnen und Bürger einzubringen. Schließlich ist auch die Erprobung von Arbeitsfassungen an Erprobungsschulen ein wichtiges Element, um auftretende Fragen, Ungereimtheiten zu beseitigen und letztlich einen schlüssigen Bildungsplan zu erhalten.

Wir wissen: Wenn man in Entscheidungsprozessen die Menschen mitnimmt, werden die Entscheidungen auch nachhaltig wirken – dies auch dann, wenn nicht alle Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt werden können.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bin alt genug, um in diesem Bereich zahlreiche Erfahrungen gesammelt zu haben. Mit diesem Vorgehen – das kann ich Ihnen an dieser Stelle auch sagen – habe ich nicht nur in meiner Schule, sondern auch in verschiedenen Gremien bislang nur positive Erfahrungen gemacht. Gleichwohl räume ich ein, dass dieses Vorgehen in der Regel mit einem größeren Arbeits- und Zeitaufwand verbunden ist.

Auch eines kann ich nicht verhehlen: Gelegentlich war ich ungeduldig. Aber ich weiß: „Basta“ ist keine Handlungsalternative. Da muss man viel lernen. Einige haben das begriffen, andere eben noch nicht. Aber wir sind ja noch im Prozess.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss: Ich bin sicher, dass die neue Politik des Gehörtwerdens, die Beteiligung der Betroffenen, ein wichtiger Baustein ist, um der Politik- und der Parteienverdrossenheit entgegenzuwirken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines steht fest: Grün-Rot hat ein Problem.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Jetzt werden Sie einwenden, es sei völlig normal, dass man, wenn man regiert, auch Probleme hat.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Die FDP hat mehr!)

Aber was ich meine, ist ein ganz grundsätzliches, ein elementares Problem. Wie kam es dazu? Am Anfang dieses Problems steht eine Weltsicht, der es, einmal vorsichtig ausgedrückt, an Selbstbewusstsein nicht mangelt. Da gibt es die schwarzen, die bösen Ritter, die für alles Schlimme in der Welt stehen und in ihrer Regierungszeit alles getan haben, was moralisch verwerflich ist. Dann kamen im Jahr 2011 auf einmal die weißen Ritter, die Guten, an die Regierung, und die riefen das Gehörtwerden zu ihrem Motto aus, so als hätte bis dahin nie irgendjemand irgendeinem anderen je zugehört.

(Dr. Timm Kern)

Ich glaube, es fehlte nicht viel, und Grüne und SPD würden die Akustik für eine Erfindung von Herrn Kretschmann halten. Das grün-rote Problem ist die Überheblichkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn man nämlich glaubt, zu wissen, was gut ist für einen selbst wie für alle anderen Menschen, dann macht einen das unfähig, den anderen so etwas wie Entwicklungsfähigkeit zuzutrauen oder die eigenen Positionen offen zu hinterfragen und sich gegebenenfalls von einer besseren Position überzeugen zu lassen. Ein Gehörtwerden, das diesen Namen auch verdient, ist unter solchen Voraussetzungen von vornherein so gut wie ausgeschlossen.

An der verkorksten Bildungsplanreform lässt sich dieses grün-rote Problem geradezu beispielhaft studieren. Der Umstand, dass die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung eine Aufnahme der Bildungsplanarbeit ins Beteiligungsportal angekündigt hat und das Kultusministerium bis heute nicht auf diesen Zug aufgesprungen ist, ist nach meiner Ansicht kein Zufall und auch kein Lapsus, so, als hätte man halt versäumt, sich abzustimmen. Der Vorgang zeigt vielmehr das tief empfundene Misstrauen der grün-roten Landesregierung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern,

(Abg. Georg Wacker CDU: Genau!)

ein Misstrauen dahin gehend, dass die Bürgerinnen und Bürger die grünen bzw. grün-roten – wobei das Rot in diesem Zusammenhang etwas verblasst – Duftmarken im Bildungsplan nicht ganz so großartig finden wie ihre Paten in der Landesregierung. Die biegen sich ihre Welt wiederum zurecht, indem sie sich in aufklärerischer Absicht wännen – so, als wüssten die Menschen draußen im Land nur noch nicht, was in Wahrheit gut für sie ist.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Boser?

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Am Ende sehr gern. – Ausdruck dieser Überheblichkeit im ersten Konzeptionsentwurf für den Bildungsplan sind die Leitprinzipien. Principium kommt aus dem Lateinischen und heißt auf Deutsch Anfang, Ursprung, also das, was allem anderen voransteht wie ein übergeordnetes Gesetz.

Die fünf Leitprinzipien sind: berufliche Orientierung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Medienbildung, Prävention und Gesundheitsförderung, Verbraucherbildung.

Ganz offensichtlich sind dies – mit einer Ausnahme – Querschnittsanliegen der Bildung allgemein, die ganz selbstverständlich auch jetzt schon im Unterricht an den baden-württembergischen Schulen verfolgt werden. Mit der nachhaltigen Entwicklung kommt noch eine grüne Duftmarke hinzu.

Man fragt sich nun, warum diese Querschnittsanliegen in einen so prominenten Rang gehoben werden, und warum gerade diese und nicht vielmehr andere wie beispielsweise Toleranz, Respekt, Fairness im Umgang miteinander. Durch Ihren

missglückten Versuch, die sexuelle Vielfalt bei den Leitprinzipien mit zu verankern, wurde besonders augenfällig, dass das Herausgreifen und prominente Platzieren von einzelnen Themen sich als Vorgehen bei einem Bildungsplan verbietet, der den Anspruch hat, junge Menschen zu kritischem und eigenständigem Denken und Handeln in einer toleranten Gesellschaft zu erziehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein sehr feines Gespür dafür, wenn man ihnen einen „Gesinnungslehrplan“ vorsetzen will, wie es die FAZ-Redakteurin Heike Schmoll sehr treffend formuliert hat.

Deshalb fordert die FDP/DVP-Landtagsfraktion: Verzichten Sie auf die Leitprinzipien, und kehren Sie zu einem Bildungsplan der Mündigkeit und der Eigenverantwortung zurück. Trauen Sie den Lehrerinnen und Lehrern, den Eltern und den Schülerinnen und Schülern im Land etwas zu. Sie haben es verdient.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Kollegin Boser, bitte.

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Danke, Herr Kollege Kern, dass Sie die Frage zulassen. Ich möchte Sie fragen: Kennen Sie den Beirat der Bildungsplankommission?

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Ja.

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Sind Sie Mitglied des Beirats der Bildungsplankommission?

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Ich bin eingeladen worden; jawohl.

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Haben Sie jemals teilgenommen am Beirat der Bildungsplankommission?

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Einmal gab es eine Terminschwierigkeit, weshalb ich nicht teilnehmen konnte. Insofern, nein, ich habe nicht teilgenommen. Aber selbstverständlich lasse ich mich über diese Ergebnisse informieren. Im Übrigen war die FDP durchaus bei diesen Sitzungen vertreten.

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Aber Sie waren selbst nicht anwesend?

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Ich war selbst nicht anwesend.

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Danke.

(Vereinzelte Beifall – Abg. Georg Wacker CDU: Aber das Protokoll hat er gelesen!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Danke schön. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Stoch das Wort.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist nicht immer ganz einfach, hier im Parlament Anträge und Stellungnahmen zu behandeln, die aus dem letzten Jahr stammen. In diesem Fall war es der 8. April 2013; es geht um das Thema „Onlineportal zur Bürgerbeteiligung bei der Bildungsplanarbeit“.

Ich möchte ein paar grundsätzliche Anmerkungen vorwegschicken und dann konkret zur Frage der Beteiligung am Prozess der Bildungsplanreform etwas sagen.

Die Beteiligung der Menschen in Baden-Württemberg – Herr Kollege Kern, ich glaube, da liegen Sie weit weg von der Realität – ist aus Sicht der Landesregierung eine wichtige Ressource für moderne Politik und für modernes Verwaltungshandeln. Die Betroffenen verfügen aus unserer Sicht über Wissen, über Einsichten, die das politische System gerade nutzen sollte, um nachhaltige und auch akzeptierte Entscheidungen treffen zu können.

Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes erwarten zu Recht, sich aktiv in das gesellschaftliche und politische Leben auf allen Ebenen einbringen zu können. Diese Erwartung, vor allem der politisch aktiven Menschen, nimmt immer mehr zu.

Die Landesregierung freut sich daher grundsätzlich über diese Entwicklung und arbeitet intensiv daran, die verschiedenen Beteiligungsformen und Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land weiter auszubauen, auch wenn dieses Vorhaben – das ist auch ein Teil der Wahrheit – mit viel Arbeit verbunden ist.

Nur wenn wir den Menschen die Möglichkeit geben, an politischen Entscheidungen mitzuwirken, kann es uns auch gelingen, der in den vergangenen Jahren gewachsenen Politikverdrossenheit – Verdrossenheit in Bezug auf Politiker und Parteien und vielleicht manchmal auch Staatsverdrossenheit – entgegenzuwirken. Davon sind wir überzeugt.

Gerade in der Bildungspolitik sind wir nicht nur auf das Wissen und die Erfahrungen der Kommunalpolitik – dieser auch, doch nicht nur dieser – angewiesen. Wir wollen, dass auch die Eltern, die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer und das gesamte örtliche Gemeinwesen an den Entwicklungen gerade im Bereich der Schulen, im Bereich der Bildungssysteme beteiligt sind. Nur dann ist gewährleistet, dass die Schule tatsächlich den Bedürfnissen und Erwartungen vor Ort entspricht.

Leistungsfähige Ganztagschulen als Beispiel setzen voraus, dass die Eltern eine bessere Pädagogik ebenso wünschen wie eine längere Betreuung ihrer Kinder. Auch eine Gemeinschaftsschule braucht den Rückhalt der Väter und Mütter, um eine neue Lernkultur einzuführen.

Eine regionale Schulentwicklung – als weiteres Beispiel – funktioniert nur dann, wenn alle diejenigen daran beteiligt werden, die die Schulen in einer Region vertreten, Kommunalpolitiker ebenso wie Schulleiter und Lehrkräfte, Unternehmer genauso wie Eltern.

Kurz gesagt: Schule ohne Beteiligung der Bürger geht genauso wenig wie Demokratie ohne Wähler.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Bild einer modernen Verwaltung und einer modernen Politik kommt im Begriff der Bürgerregierung zum Ausdruck und findet sich explizit im Koalitionsvertrag der beiden diese Regierung tragenden Parteien. Sie drückt sich auch aus in der Einrichtung der Stabsstelle für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium sowie in der Arbeit der Staatsrätin, Frau Gisela Erler.

Es entspricht nicht unserem Verständnis von guter Politik, dass eine Verwaltung in Stuttgart zentral über die Köpfe der Menschen hinweg entscheidet und Dinge ohne Rückkopplung gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger durchdrückt.

Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass die Zeit des Durchregierens von oben mit dem Regierungswechsel ein für alle Mal vorbei ist. Wörtlich heißt es dort – ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin –:

*Gute Politik wächst von unten, echte Führungsstärke entspringt der Bereitschaft zuzuhören. Für uns ist die Einmischung der Bürgerinnen und Bürger eine Bereicherung. Wir wollen mit ihnen im Dialog regieren und eine neue Politik des Gehörtwerdens praktizieren.*

Dieser Grundsatz bestimmt unsere Politik in allen Bereichen und auf allen Ebenen. Die Stabsstelle für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium leistet in diesem Zusammenhang wichtige Arbeit. Mit der Einrichtung der Beteiligungsplattform

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

– diese ist, Herr Kollege Wacker, eingerichtet; das Onlineportal ist in Betrieb – wurde eine zeitgemäße Grundlage geschaffen, um die Zivilgesellschaft in unserem Land stärker einzubinden und unsere Demokratie attraktiver und lebendiger für die Menschen zu gestalten.

Der Grundsatz dabei ist, dass die Menschen in allen sie betreffenden Fragen beteiligt werden. Dies muss in Abhängigkeit vom Alter, von der Lebenslage und unter Berücksichtigung zahlreicher weiterer individueller Aspekte der Menschen in unserem Land geschehen. Gelingende Beteiligung muss immer auch die Komplexität eines Themas berücksichtigen. Auch die Anschlussfähigkeit zu den gesetzlich definierten Prozessen des Entscheidens und des Verwaltungshandelns muss sichergestellt sein.

Wir sind überzeugt, dass Beteiligung nicht nur bedeuten kann, möglichst vielen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung zu äußern. Vielmehr ist eine Beteiligung erst dann wirksam und nachhaltig, wenn die eingebrachten Anregungen von der Politik auch entsprechend gesichtet, bewertet und gegebenenfalls aufgegriffen werden können.

Deshalb prüfen wir bei jedem Thema sehr genau, welche Möglichkeiten zur Beteiligung sinnvoll erscheinen, welche Zielgruppen betroffen sind und in welcher Tiefe und Breite Rückmeldungen aus der Bevölkerung im Rahmen dieser teilweise sehr komplexen Prozesse verarbeitet werden können.

Deswegen setzt diese Landesregierung auf eine Vielfalt unterschiedlicher Beteiligungsformen. Diese reichen von Bildungs- und Informationsoffensiven über diskursive Formen

(Minister Andreas Stoch)

bis hin zu standardisierten elektronischen Formen der Partizipation. Diese sind immer von der grundsätzlichen Haltung getragen, möglichst viele unterschiedliche Sichtweisen zu einer Frage zu erfassen und sie in den Prozess der Willensbildung tatsächlich einbeziehen zu können.

Wir setzen uns dabei mit aller Kraft dafür ein, dass die Menschen ihre Rolle als aktive Bürgerinnen und Bürger in einer Demokratie auch verantwortungsbewusst wahrnehmen können. Als Beispiel unterstützen wir die 16- und 17-jährigen Jugendlichen, die auf unsere Initiative hin bei der Kommunalwahl 2014 zum ersten Mal wählen dürfen, mit verschiedenen Informationsangeboten und Projekten. Die Baden-Württemberg Stiftung bildet etwa gemeinsam mit dem Landesjugendring, der Landeszentrale für politische Bildung und der Führungsakademie Baden-Württemberg junge Erwachsene im Rahmen des Projekts „Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft“ zu sogenannten Partizipationsmentoren und Multiplikatoren aus, die Schülerinnen und Schüler, etwa bei Projekttagen, darauf vorbereiten, ihr neues Wahlrecht gut und sinnvoll zu nutzen.

Für die Schulen streben wir an, die direkte Beteiligung der Eltern und insbesondere der Schülerinnen und Schüler deutlich zu stärken. Diese Beteiligungsform ist hier angemessen, da junge Menschen oft sehr gut in der Lage sind, über Fragen, die sie unmittelbar betreffen, zu diskutieren und gute Problemlösungen zu finden.

Ein weiteres Beispiel ist der „Zukunftsplan Jugend“, in dem das Thema Partizipation ebenfalls einen Schwerpunkt bildet. Hier ist ein wichtiges Anliegen, durch geeignete Beteiligungsformen auch bei Jugendlichen aus bildungsferneren Schichten Interesse für Politik zu wecken, bei Jugendlichen, die sich nicht unbedingt für die Arbeit in einem Jugendgemeinderat interessieren würden.

Auch Petitionen haben hier eine wichtige Funktion. Wir haben bei der Diskussion über das Thema „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ in den Leitprinzipien bzw. in der Konzeption des neuen Bildungsplans deutlich gemacht, dass wir eine kritische Auseinandersetzung nicht scheuen. Es gilt aber bei jedem Einzelfall, sehr genau zu prüfen, ob eine bestimmte Beteiligungsform für ein Thema geeignet ist oder nicht. Das haben wir in genau diesem Sinn auch bei der Bildungsplanreform getan.

Die Bildungsplanreform ist – Herr Kollege Wacker hat dies vorhin ausgeführt – ein äußerst umfangreiches, ein sehr komplexes Projekt, das von vornherein eine große Zahl von Expertinnen und Experten aus allen Bereichen des Bildungslebens einbeziehen muss. Aufgrund dieser Komplexität sind die Fachleute in den beteiligten Ministerien zu dem Ergebnis gekommen, dass hier das spezielle Verfahren des Bürgerportals nicht das ideale Instrument der Beteiligung ist.

Bei anderen Projekten dagegen verspricht das Beteiligungsportal einen erheblichen Mehrwert; beispielsweise haben wir das Beteiligungsportal erfolgreich für einen Chat zur regionalen Schulentwicklung genutzt, und wir planen auch weitere solcher Veranstaltungsformen, etwa zu dem ebenfalls schwierigen, komplexen und emotional besetzten Thema Inklusion.

Gleichwohl möchte die Landesregierung gerade auch beim Bildungsplan die Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit si-

cherstellen. Gemeinsam mit dem Landesinstitut für Schulentwicklung haben wir bei der Entwicklung des Bildungsplans deshalb den bislang breitesten Prozess zur Beteiligung der Bürger gestartet, der wohl auch bundesweit einmalig ist. Es werden Anregungen und Rückmeldungen unter Mitwirkung der zuständigen Schul- und Fachreferate des Kultusministeriums in einem sorgfältigen Auswertungs- und Abwägungsverfahren in den Reformprozess einbezogen und den Bildungsplankommissionen zur Verfügung gestellt.

Daneben erfolgt die Beteiligung durch verschiedene weitere Maßnahmen. Zusätzlich zum üblichen Anhörungsverfahren, bei dem die Beteiligten wichtige Impulse und Rückmeldungen geben können, haben wir – auch dies wurde bereits angesprochen – einen Beirat eingesetzt, der breit besetzt ist mit Vertreterinnen und Vertretern der Gesellschaft, aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kirchen und Politik.

Ein weiteres Zeichen ist, dass wir in diesem Prozess erstmals – das war bei Ihnen keine gelebte Praxis – auch Mitglieder aller im Landtag vertretenen Fraktionen in diesen Beirat einladen und sie zur Beteiligung auffordern. Auch dies sollte, meine ich, gewürdigt werden.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist aus meiner Sicht die Beteiligung im Rahmen der Bildungsplanreform sehr gut. Auch die offene Diskussion ist in erheblichem Maß gelungen. Denn wir schaffen es, auch in ständigem Diskurs mit den im Beirat vertretenen Gruppierungen, beispielsweise den Kirchen, in einem kontinuierlichen Austausch über die schwierigen Themen zu bleiben.

Herr Kollege Wacker, wenn Sie bei diesem Themenspektrum immer wieder auf ein Thema, nämlich auf das Thema „Akzeptanz sexueller Vielfalt“, abheben,

(Abg. Georg Wacker CDU: Das war nur ein Mal!)

muss ich Ihnen ganz deutlich sagen: Es hilft nicht – Herr Kollege Kleinböck hat auch vom „Feuerwehrmann“ gesprochen –, eine Empörung, die möglicherweise aufgrund fehlerhafter Informationen aufkommt, noch zu unterstützen oder zu schüren. Es gilt, gerade bei einem Prozess wie der Bildungsplanreform, dass wir gemeinsam daran interessiert sein müssen, das gesamte Projekt als ein Projekt darzustellen, das für die Weiterentwicklung unserer Bildungslandschaft ungemein wichtig ist.

Es ist meines Erachtens daher nicht angebracht, wenn Sie immer wieder vorbringen, die Bildungsplanreform solle zu einer politischen Indoktrination an unseren Schulen genutzt werden. Da werden Sie auf harten Widerstand fast aller Mitglieder dieses Beirats, fast aller Beteiligten bei dem gesamten Beteiligungsprozess stoßen. Denn all diejenigen, die an diesem Prozess teilhaben, wissen genau, dass dies in keiner Weise ein Anspruch dieser Landesregierung ist.

Diese Bildungsplanreform muss gelingen, damit die Zukunft der Kinder in unseren Schulen und damit die Zukunft der Kinder in der Gesellschaft Baden-Württembergs gesichert ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)



**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort Herrn Abg. Wacker.

**Abg. Georg Wacker** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, jetzt muss ich Sie doch mit einigen Ihrer Aussagen konfrontieren. Im ersten Teil Ihrer Rede haben Sie ausdrücklich betont, wie wichtig Ihnen Beteiligungsverfahren seien. Ihre Vorgängerin, Frau Gabriele Warminski-Leitheußer,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie hieß die?)

hat gemeinsam mit Frau Staatsrätin Erler im Dezember 2012 ganz klar gesagt: Erstens: Es gibt ein Onlinebeteiligungsportal. – Das haben Sie eben auch bestätigt. – Zweitens: Das Kultusministerium wird das erste Haus sein, das sich an diesem Onlineportal beteiligt.

In der Stellungnahme zu unserem Antrag schreiben Sie:

*Darüber hinaus wartet das Kultusministerium erste Beteiligungsprozesse ab, um beurteilen zu können, wie das Portal für ein Projekt wie die Entwicklung der Bildungsplanreform des Kultusministeriums genutzt werden kann.*

Eben sagten Sie, dieser Bereich eigne sich nicht für eine solche Beteiligungsform. Das heißt, Sie widersprechen dem, was im Dezember 2012 angekündigt wurde. Erklären Sie einmal, warum dieses Instrument eben nicht dazu geeignet sein soll, eine Beteiligung zu ermöglichen. Sie wollen also im Grunde nur eine Form der Beteiligung, die Ihnen angenehm ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Kritische Stimmen von Bürgerinnen und Bürgern wollen Sie überhaupt nicht lesen oder hören. Deswegen sagen Sie, dieses Bürgerbeteiligungsportal könne gern bei allen Ressorts angewandt werden, aber bezogen auf die Kultuspolitik nicht. Das ist nicht in Ordnung, und es ist, Herr Minister, unredlich, wenn Sie in diesem Zusammenhang von einer Bürgerbeteiligung sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Zweitens: Das Thema „Sexuelle Vielfalt“ stand gar nicht im Mittelpunkt meiner Rede. Aber Sie haben jetzt die Chance, diese Kontroversen „abzuräumen“, indem Sie nun endlich einmal eine konsensfähige Formulierung für einen Bildungsplan auf den Tisch legen. Noch immer schwirren diese Entwürfe durch den Raum, die Sie damals dem Beirat vorgelegt haben und die wegen der Überbetonung dieses Themas massiv kritisiert wurden. Jetzt haben Sie die Chance, auf der Grundlage des Bildungsplans 2004 – da gibt es angemessene Formulierungen – gegebenenfalls behutsame Weiterentwicklungen vorzunehmen und der Öffentlichkeit endlich zu sagen, wie eine konsensfähige Formulierung zu diesem Thema aussehen könnte.

Nichts davon tun Sie. Und indem Sie nichts tun, nehmen Sie in Kauf, dass dieses Thema nach wie vor zu großer Verunsicherung in unserer Bevölkerung führt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Nun zum Thema Leitprinzipien: Herr Minister, auch die GEW fordert eine Korrektur der Leitprinzipien, also der Lehrerverband, mit dem Sie einen sehr intensiven Dialog führen. Wenn die Bedeutung des Beirats hervorgehoben wird – ich habe eben aus dem Protokoll einer Beiratssitzung zitiert – und Sie sagen, dass Sie den Beirat sehr ernst nehmen, dann bitte ich Sie, sehr bald die nötigen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Die damalige kontroverse Diskussion – Frau Kollegin Boser, Herr Kollege Fulst-Blei und ich waren anwesend – fasste der Ministerialdirektor am Ende der fast zweistündigen Debatte, in der es ausschließlich um die Rolle der Leitprinzipien ging, im Ergebnis wie folgt zusammen – ich zitiere aus dem Protokoll dieser Sitzung –:

*Herr Ministerialdirektor Dr. Schmidt ordnet diese Rückmeldungen drei zentralen Kategorien zu:*

1. Sind die Leitprinzipien die richtigen, ist die Liste der Leitprinzipien noch veränderbar?
2. Wie sind die Leitprinzipien in ihrer Gewichtung zu sehen?
3. Wie erfolgt deren konkrete Umsetzung?

Die Bedeutung dieser Leitprinzipien ist in diesem Beirat sehr kontrovers diskutiert worden. Dann äußern Sie sich doch auch zu der Frage, was Sie konkret tun wollen, damit die wichtigen Bildungsziele im Bildungsplan verankert werden und keine Privilegierung bestimmter Themen vorgenommen wird!

Im Übrigen wissen die Lehrkräfte am Ende sehr wohl, was den Kindern im Unterricht guttut. Aber auf der anderen Seite müssen Sie dann auch so konsequent sein, dass Sie den Bildungsplan nicht überfrachten.

Deswegen meinen wir: Herr Minister, Sie sind jetzt an der Reihe, Ordnung in diese Diskussion hineinzubringen. Denn eine Bildungspandiskussion taugt in der Tat nicht zur politischen Auseinandersetzung. Nur Sie haben sie herbeibeschworen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/3320 (Geänderte Fassung). Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**a) Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu den Mitteilungen des Rechnungshofs vom 4. Juli 2013 – Denkschrift 2013 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Drucksachen 15/3800, 15/3801 bis 15/3822, 15/4201 bis 15/4222**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhard Löffler**

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

**b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 24. Oktober 2013 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 2011 durch den Landtag – Drucksachen 15/4247, 15/4582**

**Berichterstatter: Abg. Karl Klein**

**c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 27. November 2012 – Haushaltsrechnung des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011 – Drucksachen 15/2782, 15/4583**

**Berichterstatter: Abg. Karl Klein**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich zunächst Herrn Rechnungshofpräsident Munding.

**Präsident des Rechnungshofs Max Munding:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Vornweg möchte ich mich bei allen Mitgliedern des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und dessen Vorsitzendem Karl Klein ganz herzlich bedanken. Sie haben zeitnah in fünf Sitzungen unsere Denkschrift 2013 zusammen mit den Vertretern der Landesregierung und uns beraten. Sie haben sich Ihre Aufgabe dabei nicht leicht gemacht. Jeden einzelnen Beitrag haben Sie sich vorgenommen. Sie sind inhaltlich tief eingestiegen, waren fachkundig, sorgfältig und, wo notwendig, akribisch. Wir fühlen uns mit unseren Vorschlägen fraktionsübergreifend bei Ihnen gut aufgehoben. Dafür ganz herzlichen Dank.

Lassen Sie mich auf einige Themen unserer Denkschrift und einige unserer Sonderberichte, die wir an Sie gerichtet haben, eingehen.

Zunächst zu den Personalausgaben: Sie sind mit weit über 40 % die Achillesferse des Landeshaushalts. Einen Anteil der Personalausgaben von 10 % wie beim Bund oder von 25 % wie bei den Kommunen ist in den Ländern nicht zu erreichen. Darin unterscheidet sich das Land grundlegend von den anderen Gebietskörperschaften, da es andere Aufgaben hat. Unsere Kernaufgaben sind immer personengebunden, von der Schule über die Wissenschaft bis hin zur Polizei oder zur Justiz. Eine menschenleere Fabrik ist machbar, ein Klassenzimmer ohne Lehrer nicht.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

– Es ist vielleicht denkbar, aber jedenfalls nicht erstrebenswert.

Ein bloßes „Weiter so!“ bei den Personalausgaben ist aber deshalb trotzdem nicht möglich. Denn wie der Herr Finanzminister in der Debatte letzte Woche gesagt hat,

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Der schwänzt!)

sind die Personalausgaben der Markstein, an dem man bei der Haushaltskonsolidierung nicht vorbeikommt.

Trotz aller Einspardiskussionen haben wir im Land über die Jahre hinweg immer noch einen kontinuierlichen Stellenaufbau, aber noch keinen Stellenabbau. Von 2008 bis heute beträgt der Aufbau rund 5 500 Stellen, davon 2 800 Stellen im Kernhaushalt, 2 700 Stellen in den ausgelagerten Landesbetrieben.

Auch die Zahl der k.w.-Stellen geht hoch, und zwar von 11 000 auf rund 17 000.

(Abg. Manfred Hollenbach CDU: Was?)

Würde ein Teil dieser k.w.-Stellen nicht fristgerecht abgebaut oder verlängert, bedeutete dies nicht nur keine Einsparungen, sondern, weil nicht in die Finanzplanung eingestellt, zusätzliche neue Ausgaben.

Deshalb hält nach meiner bescheidenen Ansicht der Ministerpräsident zu Recht an dem Ziel des Abbaus von 11 600 Lehrstellen fest. Diese Zahl entspricht im Übrigen in etwa genau den k.w.-Stellen, die im Etat des Kultusministeriums etatisiert sind.

Ein weiterer Punkt: Gerade weil es so schwer fällt, die Zahl der Stellen zurückzufahren, sollte man wenigstens dort, wo neue Maßnahmen angegangen werden, besonders genau hinschauen. Also: kein Gesetzentwurf ohne Angaben zu den Kosten und zu den Folgen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Wer neue Regeln schafft, sollte nicht nur die Folgen, sondern wenigstens ungefähr auch die Kosten beziffern können. Sie wissen, ich spiele auf das neue Personalvertretungsgesetz an. Wenn Kosten berechenbar sind, dann wären sie es dort gewesen.

Meine Damen und Herren, von der Kostenschätzung zum Thema Aufgabenkritik: Über Jahre hinweg diskutieren wir über polizeifremde Aufgaben. Mit dem Landespolizeiorchester haben wir eine dieser Aufgaben in der Denkschrift herausgegriffen. Hier stellt sich schon die Frage: Setzen wir die richtigen Schwerpunkte, wenn wir das Landespolizeiorchester in einer Situation für tabu erklären, in der gleichzeitig die Polizei große Anstrengungen und auch Kosten auf sich nimmt, um mehr Beamte in die Basisdienststellen, in die Reviere zu bringen, in der die Polizei gleichzeitig noch einen zusätzlichen Personalbedarf geltend macht? Ich denke, da wäre ein bisschen mehr Aufgabenkritik im Bereich der polizeifremden Aufgaben – Stichwort Polizeiorchester – notwendig gewesen.

Aufgabenkritik heißt aber nicht Kritik an Personen, sondern Bildung von Prioritäten. Dies gilt auch für den gesamten Bereich der Förderpolitik. Ich will nur auf die Förderprogramme im Umfang von rund 980 Millionen € abheben, die das Land selbst beeinflussen und gestalten kann, nicht auf das gesamte Volumen von 4,3 Milliarden €.

In einem Sonderbericht zum Landescontrolling haben wir Ihnen die Schwerpunkte im Einzelnen dargestellt. Überrascht waren wir allerdings von der Reaktion der Landesregierung auf unsere Vorschläge, wonach keine generelle gesetzliche Befristung stattfinden solle und kein einzelnes Programm verzichtbar oder reduzierbar sei. Immerhin hätte eine gesetzliche Befristung die Chance gegeben, politisch von Zeit zu Zeit Pro-

(Präsident des Rechnungshofs Max Munding)

gramme neu auf den Prüfstand zu stellen und Konsequenzen zu ziehen. Sie wäre auch ein Signal, dass Förderprogramme im Normalfall keine Dauereinrichtungen sein sollten oder werden sollten.

Ich möchte gern noch auf ein Ihnen altbekanntes Thema, nämlich die IT-Neuorientierung, eingehen. Das Kabinett hat Mitte letzten Jahres das Grobkonzept und die Einsetzung eines CIO beschlossen und diesen bereits im Vorgriff mit Aufgaben betraut. Wir haben uns von dieser Entscheidung in der Tat einen Durchbruch erwartet; da ziehen wir durchaus auch an einem Strang, Herr Staatssekretär Rust. Indes: Die Suche nach dem CIO lässt leider noch auf sich warten.

In der Zwischenzeit formieren sich die Ressortinteressen wieder. Aber bei der IT gilt: Die Ressortinteressen sind auch in ihrer Summe nicht mit dem Landesinteresse identisch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Mutterem Aras GRÜNE und Claus Schmiedel SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD zu CDU und FDP/DVP: Da klatscht ihr! Ihr habt ja nie etwas gemacht!)

Das gemeinsame Ziel, mit der IT-Bündelung am Ende strukturell 40 Millionen € pro Jahr einsparen zu können, rückt damit in weitere Ferne. Einen Stillstand oder gar ein Rollback können wir uns in dieser Frage aber nicht leisten.

Sorge bereitet auch, dass man neben dem künftigen IT-Landesbetrieb, dem einheitlichen Systemhaus, ohne Not dauerhaft ein eigenes Rechenzentrum der Steuerverwaltung installieren will. Als Rechnungshof sind wir den Weg mitgegangen, zunächst beide Rechenzentren, das IZLBW und das Rechenzentrum der Steuerverwaltung – jedes für sich –, zu konsolidieren – aber unter der Prämisse, dass eine spätere Bündelung nicht ausgeschlossen, sondern möglich sein sollte.

Ich denke, da sind uns die fünf Länder im Norden der Republik weit voraus. Diese betreiben mit Dataport nicht nur ein gemeinsames, sondern ein einheitliches Landessystemhaus. Ich habe bislang nirgends gehört, dass deshalb die Finanzgerichte dort Steuerbescheide für ungültig erklärt oder aufgehoben hätten.

Meine Damen und Herren, in einem weiteren Beitrag thematisieren wir die implizite Verschuldung im Landshaushalt. Implizite Verschuldung ist ein Leitthema, das wir in unseren Berichten immer wieder aufgegriffen haben. Ich erinnere an die Pensionsverpflichtungen, die Notwendigkeit der Vorsorge und der Rücklagenbildung. Dabei haben wir sogar Zustimmung von allen Fraktionen des Hauses bekommen – leider nicht synchron, sondern in unterschiedlichen Legislaturperioden.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Hört, hört! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Trotzdem ist das, denke ich, nach wie vor ein gemeinsames Interesse und ein gemeinsames Ziel.

Nehmen Sie als weiteres Beispiel impliziter Verschuldung den Sanierungsstau bei den Universitäten. Diesmal greifen wir mit den Brückenbauwerken

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

einen neuralgischen Punkt des Straßennetzes im Land heraus. Wir sind dankbar, dass Sie postwendend reagiert und die Mittel im Nachtrag um 25 Millionen € erhöht haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Damit haben Sie die von uns empfohlenen 20 Millionen € sogar übertroffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

So etwas kommt nicht oft vor.

(Zuruf von der SPD: Kam früher nicht vor! – Zuruf: Gab es nie bei der CDU! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU zu Grünen und SPD: Ihr habt einen Haufen Steuern eingenommen! – Gegenruf der Abg. Mutterem Aras GRÜNE: Und Sie wohl gar nichts! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Hätten wir diese Steuereinnahmen gehabt, hätten wir es auch gekonnt!)

Mit der Teilprivatisierung der Justizvollzugsanstalt Offenburg haben wir ein ordnungspolitisches Thema nochmals aufgegriffen. Die Entscheidung, meine Damen und Herren, für die Privatisierung war nach dem damaligen Kenntnisstand auch aus unserer Sicht wirtschaftlich gerechtfertigt

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

und wird von uns deshalb nicht im Nachhinein beanstandet,

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der SPD zur FDP/DVP: Ist noch nicht fertig!)

auch wenn sie im Nachhinein etwas teurer als die staatliche Lösung ausgefallen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zurufe: Ah!)

Allerdings sprechen jetzt die wirtschaftlichen Argumente für die Rückführung in die staatliche Regie.

Ich spreche beide Facetten an – nicht etwa sibyllinisch, weil wir uns nicht entscheiden wollten; aber wir würden es uns zu einfach machen, wenn wir aus heutiger Sicht im Nachhinein meinten, die Dinge besser wissen zu können. Wir müssen auf den Zeitpunkt der Entscheidung abstellen, denn unser Bestreben ist auch, mit den Maßstäben, die wir in einer Prüfung anlegen, nicht Absicherungsmentalitäten zu fördern, sondern insgesamt die Verantwortungsbereitschaft in der gesamten Landesverwaltung zu stärken. Also: Wir möchten nicht die Beserwisser ex post sein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP zu Grünen und SPD: Nicht so wie ihr!)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch einen Blick auf 2020 richten. Drei Dinge kommen dann zusammen: die Vorgabe der Nullnettoneuverschuldung für die Länder, die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs, das Auslaufen der Bundesergänzungszuweisungen. Die Spielräume der Empfängerländer werden damit auf diesen Zeitpunkt hin noch enger. Das bedeutet auf der anderen Seite aber auch, dass die Verhandlungspositionen der verbliebenen drei Geberländer noch schwieriger und noch anspruchsvoller werden.

(Präsident des Rechnungshofs Max Munding)

Man kann niemanden vorzeitig an den Verhandlungstisch zwingen. Aber ich glaube, es wäre gut, wenn das Land seine Position in diesem Fall – durchaus auch mit wissenschaftlichem Flankenschutz – verstärken und frühzeitig in die öffentliche Diskussion einbringen würde, um diese Diskussion auch ein Stück weit mitzuprägen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Thema wird ohnehin sehr schnell auf den Tisch kommen. Im Koalitionsvertrag hat die Regierungskoalition in Berlin niedergelegt, eine neue Föderalismuskommission einsetzen zu wollen, die bereits in zwei Jahren erste Ergebnisse zu ebendiesen Themen vorlegen soll.

Neu ist auch, dass von Berlin aus ein Volumen von rund 9 Milliarden € an prioritären Maßnahmen definiert worden ist, die nicht unter einem Finanzierungsvorbehalt stehen und die den Ländern für Aufgaben wie Kita, Schule, Hochschule, Bildung, Forschung zugutekommen sollen. Ich denke, das wird durchaus ein Volumen sein, das auch die Länderhaushalte nennenswert entlasten kann.

Hinzu kommt ein weiteres Faktum, nämlich dass der Bund bereit ist, noch zusätzlich entstehende finanzielle Spielräume zu etwa einem Drittel an die Länder weiterzureichen.

Sollten sich die Dinge so entwickeln, dann müsste zu gegebener Zeit auch der Finanzplan 2020 darauf ausgerichtet und neu fortgeschrieben werden.

Meine Damen und Herren, neben den vielen Einzelprüfungen haben wir für das Entlastungsjahr 2011, worüber nachher ja auch die Entscheidung ansteht, die Ordnungsmäßigkeit der Einnahmen systematisch mit einem neuen Ansatz geprüft und eine breite, repräsentative Stichprobe durchgeführt. Wir haben festgestellt, dass die Wirtschafts- und Haushaltsführung im Wesentlichen den Vorgaben des Staatshaushaltsplans entspricht und in Einnahmen und Ausgaben ordnungsgemäß belegt ist.

Persönlich ist mir trotz aller Kritik, die wir, der Rechnungshof, üben, zum Schluss noch eine Feststellung wichtig: Bei unseren Prüfungen begegnen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung, die ihre Aufgabe engagiert erfüllen, die mit den Mitteln, die Sie als Haushaltsgesetzgeber ihnen anvertraut haben, verantwortungsbewusst – und auch wirtschaftlich gesehen mit der notwendigen Sensibilität – umgehen. Vielen Mitarbeitern ist die Konsolidierung des Landeshaushalts durchaus ein ureigenes Anliegen. Auch dies möchte ich Ihnen via Rechnungshof heute gern berichten.

Vielen Dank für Ihre Geduld; vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort Herrn Kollegen Dr. Löffler.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Das Notwendige und Wünschenswerte stets neu definieren“, fordert der Präsident des Rechnungshofs Max Munding von der Politik in seinem Vorwort zur Denkschrift 2013. Sie bringen es auf den Punkt, Herr Prä-

sident. Aber für das Notwendige fehlt dieser Regierung die Traute, und für das vielstimmige Wunschkonzert ideologischer Fantasien spielt Geld keine Rolle. Wir dürfen das gerade beim neuen Landespersonalvertretungsgesetz sowie bei der Bildung und bei der Polizeireform wieder einmal erfahren.

Es ist sicher kein Webfehler unserer Landesverfassung, wenn der Rechnungshof seine Empfehlungen nicht selbst durchsetzen und umsetzen kann. Die Wertschätzung des Rechnungshofs beweist sich in der Qualität und im Sachverstand seiner Prüfungsergebnisse, aber auch in seiner Unabhängigkeit und in der Loyalität dieser Institution. Gerade das ist seine Stärke.

Der Rechnungshof hat keine politische Macht. Er überzeugt. Er weist auf Schwachstellen und Defizite hin und mahnt Veränderungen im Verwaltungshandeln an. Dafür und für Ihre Kritikbereitschaft, für Ihre Überzeugungsarbeit und Ihre Geduld mit uns, die Sie, Herr Munding, und Ihre Mitarbeiter in den Sitzungen des Finanzausschusses beweisen, ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

Es gehört zum Ritual der Politiker, den Rechnungshof öffentlich zu loben, weil seine Autorität bei den Bürgerinnen und Bürgern unumstritten ist und sich niemand dem Verdacht der Borniertheit aussetzen will.

Die Wirklichkeit sieht leider etwas anders aus. Der Finanzminister schwänzt diese Debatte.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wo ist er denn überhaupt?)

Er zieht einen Spatenstich in der Ortenau vor. Die mahnenden Worte des Rechnungshofs – „mehr Konsequenz beim Vollzug von Einsparverpflichtungen“ – verhallen. Die Forderung, das Verschuldensverbot endlich in der Verfassung zu verankern, trifft auf taube Ohren. Es ist, als ob man einem Ochsen ins Horn pfeftzt. Der Ochse ist in seiner Schaffenskraft eingeschränkt – genau wie diese Landesregierung.

Beim Verschuldensverbot drückt der Rechnungshof wiederholt auf den „Repeat Mode“. Die pawlowsche Reaktion des Finanzministers: „2020 erreichen wir einen ausgeglichenen Haushalt.“ Das aber ist eine Binsenwahrheit, denn einen späteren Zeitpunkt lässt die Schuldenbremse ohnehin nicht zu. Die bisherige Obergrenze für die Verschuldung des Landes wurde aufgehoben. Das Land erlaubt sich, bis 2019 8 Milliarden € neue Schulden aufzunehmen. Das ist das Gegenteil dessen, was der Rechnungshof empfiehlt. Es fehlt der Mut zum konzeptionellen Sparen. Da stimmen wir dem Rechnungshof zu.

Stattdessen tingelt die Regierung in einem Omnibus wie ein Kegelklub durch das Land und feiert ihre Halbzeitbilanz wie den Gewinn der Weltmeisterschaft im Hallenhalma.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Der aufgeschreckte Bürger muss auf eine Ansichtskarte seine Meinung schreiben, und wenn er nicht schnell genug das Weite sucht, wird er vor eine Filmkamera gezerrt und muss Artig-

(Dr. Reinhard Löffler)

keiten zum Thema „Der Wandel kommt an“ sagen – eine „Tour de Ländle“, ein PR-Gag für 150 000 €, ein Beitrag zum Weltklima. Beim Staatsministerium sitzt das Geld locker. Das wissen wir nicht erst seit den Feierlichkeiten zum 3. Oktober in Stuttgart.

Noch toller treibt es der Verkehrsminister. Er verprasst 88 000 € für eine Modenschau RadCOUTURE in Mannheim mit 600 geladenen Gästen. Zu „Germany’s Next Topmodel“ hat es leider nicht gereicht.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

100 Millionen € für den Bau von Bundesfernstraßen mussten an den Bund zurückgegeben werden bzw. wurden nicht beantragt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt nicht! Woher wollen Sie denn die Zahl kennen? Die stimmt doch überhaupt nicht! Sie gehen für Baden-Württemberg von einer falschen Zahl aus! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ganz ruhig bleiben!)

Catwalk und Fahrradwege sind die Kernkompetenzen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die Zahl stimmt hinten und vorne nicht! Diese Zahl ist nicht belegt!)

Haushaltsdisziplin: Terra incognita. Die mahnenden Worte des Finanzministers sind nicht lauter als das Geräusch einer wachsenden Mohrrübe.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

„Der Wandel kommt an.“ Bei wem? Die Erhöhung der Zahl der Personalräte – 500 im kommunalen Bereich und 300 im Land – und der Umfang der Freistellungen verschlingen 95 Millionen €. Ohne Not strapaziert die Landesregierung so den öffentlichen Haushalt und bedient die Drückerkolonnen der Gewerkschaften.

Die Kritik des Rechnungshofs, dass diese Mehrausgaben die Einsparungen bei den Beamten verschlingen, verhallt ungehört. Die finanziellen Auswirkungen des Personalvertretungsrechts kehrt der Finanzminister unter den Teppich – Bunkermentalität bei den Sozialdemokraten, wie in Berlin.

Wir brauchen im Land nicht mehr Stellen im öffentlichen Dienst, sondern weniger Stellen. Bis zum Jahr 2020 müssen nach Ansicht des Rechnungshofs 30 000 Stellen im Landesdienst eingespart werden – eine Herausforderung, gewiss, aber wenn man mehr Stellen schafft und Parteilakaien bedient, erreicht man das Gegenteil.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Matthäusevangelium lesen wir von der wundersamen Vermehrung von Brot und Fischen, in unserem Stellenplan auch. Seit 2010 sind 5 515 neue Stellen im Land und bei den Landesbetrieben hinzugekommen. K.w.-Stellen sind nicht weggefallen.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

In 2,5 Jahren grün-roter Regierungszeit gab es mehr Sprungbeförderungen als in 58 Jahren CDU-geführter Regierung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe: Hört, hört! – Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Löfflers Märchenstunde!)

An Personaleinsparungen zur Konsolidierung des Landeshaushalts wird die Regierung nicht vorbeikommen, weil 42 % des Haushalts für Personalkosten verwendet werden. Sparrunden nur bei den Beamten werden da wenig helfen. Da sind wir mit dem Rechnungshof einig.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da waren Sie auch dagegen!)

Bei der verkorksten Polizeistrukturereform hat das Innenministerium die Empfehlungen des Rechnungshofs in den Wind geschlagen. Die Quittung kam von den Verwaltungsgerichten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die Besetzung ist doch gar nicht kritisiert worden vom Rechnungshof! Erzählen Sie doch keine Storys!)

Das vom Rechnungshof ungeliebte Landespolizeiorchester

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Panikorchester!)

spielt jetzt den Kleinen Trauermarsch in C-Moll von Wolfgang Amadeus Mozart.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Requiem!)

Bei allem Frust:

(Abg. Walter Heiler SPD: Sie wissen gar nicht, was das ist! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Der Rechnungshof konnte auch Veränderungen erreichen und Fehlsteuerungen korrigieren. So wirkte er auf die Umsetzung einer besseren Verteilung der Fördermittel beim Investitionsprogramm des Bundes für Ganztagschulen hin. Das missglückte Projekt Landesimmobiliengesellschaft wurde gestoppt, CIO und IT-Konsolidierung wurden auf den Weg gebracht, und Verfahrensvereinfachungen beim Wohngeld wurden erreicht.

Das von der Modebranche beanspruchte Verkehrsministerium muss künftig dem Erhalt von Landesstraßen höhere Priorität einräumen, und auch bei der länderübergreifenden Justizprüfung im Bereich Ermittlungsverfahren bei Staatsanwaltschaften und Straf- und Bußgeldsachen bei Amtsgerichten ist Bewegung aufgekommen, weil die Rechnungshöfe der Länder zielführend zusammenarbeiten. Wir, die CDU, begrüßen die Kooperationen der Rechnungshöfe. Weiter so!

Der Rechnungshof beklagt, die Verschuldung des Landes werde in den kommenden Jahren spürbar ansteigen, und analysiert, dass die finanziellen Probleme des Landes nicht bei den Einnahmen liegen – bei einer Rekordmehreinnahme von 2,5 Milliarden € ist das auch kaum möglich –, sondern auf der Ausgabenseite.

(Dr. Reinhard Löffler)

Die Mahnung des Rechnungshofs, sich bei der Konsolidierung keine Zeit mehr zu lassen, muss die Regierung ernst nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

„Ehrgeizige Sparziele sind möglich und sinnvoll“, sagt der Rechnungshof. Es reicht nicht, dass sich die Landesregierung hinter der Endlosschleife Erblast versteckt. Andere Länder wären froh, sie hätten unsere Probleme. Es reicht nicht, mit wechselnder Begründung darauf zu spekulieren, dass 400 Millionen € in den Haushalt fließen. Seit wann machen wir Finanztermingeschäfte? So verhalten sich Zocker an der Börse.

(Abg. Walter Heiler SPD: Na ja!)

Da könnten wir gleich auf steigende Preise bei Schweinehälften wetten – mit besseren Chancen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Nein! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum? Frau Präsidentin, das ist doch Unsinn! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Jetzt geht's aber los! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Die Goldmedaille als „Bundessieger im Schuldenmachen“ wird unseren Kindern noch schwer am Hals hängen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das hätte Ihnen einmal früher einfallen sollen! – Abg. Walter Heiler SPD: Das ist eine Unverschämtheit! – Unruhe)

An den abwesenden Finanzminister: Befolgen Sie die Forderung des Rechnungshofs; definieren Sie das Notwendige und das Wünschenswerte neu.

Glückauf und vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Sehr gut! – Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Das war jetzt nichts!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Aras das Wort.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Jetzt wird es schwer! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Atmen nicht vergessen! – Unruhe)

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu meinem eigentlichen Beitrag komme, muss ich zwei Sätze zum lieben Kollegen Löffler sagen, obwohl er es eigentlich nicht verdient hat.

(Beifall bei den Grünen)

Zur Wertschätzung des Rechnungshofs und dazu, dass der Finanzminister nicht hier ist: Ich glaube, dass der Finanzminister seinen Terminkalender nicht mit uns absprechen muss. Entscheidend ist, dass – –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So mit Volksvertretern umzugehen! – Abg. Klaus Herrmann CDU: So geht die Regierung mit dem Parlament um! – Weitere Zurufe – Lebhaftige Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Entscheidend ist, dass die Landesregierung – –

(Anhaltende lebhaftige Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Frau Abg. Aras.

(Anhaltende Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP)

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich zu Ende geredet hätte, hätten Sie verstanden, warum ich das gesagt habe. – Entscheidend ist, dass die Landesregierung hier richtig vertreten ist,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bei diesem Thema ist sie es nicht!)

und das ist sie in Person des Staatssekretärs. Das ist jetzt so. Der Finanzminister wird sicher seine Gründe haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und der Staatssekretär auch!)

Dann zur Wertschätzung.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Frau Abgeordnete

(Anhaltende Unruhe)

– bitte! –, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Schebesta?

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Bitte.

**Abg. Volker Schebesta CDU:** Frau Kollegin, wir sind uns hier zwischen den Fraktionen immer einig gewesen, dass von Parlamentariern keine Termine parallel zur Plenarsitzung wahrgenommen werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Deshalb verwundert es mich schon, dass Sie eine Entscheidung des Finanz- und Wirtschaftsministers, einen Termin für einen Spatenstich

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

– egal, für was – parallel zu einer Plenarsitzung zuzusagen und als Finanz- und Wirtschaftsminister nicht an der Debatte zur Denkschrift des Rechnungshofs da zu sein – –

(Zurufe von der SPD)

Ich fände es gut, wenn wir uns zwischen den Fraktionen weiterhin darüber einig wären, dass wir solche Termine parallel zu Plenarsitzungen nicht machen und dass wir die Regierung darum bitten, das auch nicht zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Herr Kollege Schebesta, ich finde es – –

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Dazu liegt noch eine Zwischenfrage des Kollegen Schmiedel vor.

(Zuruf von der CDU: Da kommt gleich die Antwort!  
– Unruhe)

Wir sammeln die Zwischenfragen, und dann beantworten Sie diese zusammen.

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Bitte. Das wird ja richtig spannend.

(Lebhafte Unruhe)

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Frau Kollegin Aras, stimmen Sie mir zu, dass es sich bei dem besagten Spatenstich nicht um irgendeinen Spatenstich – „egal, für was“ –, sondern um ein deutsch-französisches Projekt handelt, das 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs eine gewisse Symbolik hat,

(Oh-Rufe von der CDU)

und dass es deshalb angemessen ist, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg bei der Eröffnung dieses Projekts vertreten ist, wie auch die französische Seite?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Reicht da nicht der Ministerpräsident? – Gegenruf: Genau! Der Ministerpräsident! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kollegin Aras, es tut mir leid, aber sind Sie einverstanden, dass wir die Zwischenfrage des Kollegen Schebesta noch hinzunehmen, da sich diese wohl auf die Frage des Kollegen Schmiedel bezieht?

(Zuruf: Er hat vorher keine gestellt! Geschäftsordnung! – Anhaltende Unruhe)

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Wir sammeln die Fragen. Es ist spannend. Er soll sie stellen.

**Abg. Volker Schebesta CDU:** Frau Kollegin, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen und Herrn Kollegen Schmiedel zu sagen,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

dass wir noch nicht einmal gefragt worden sind, ob wir den angesprochenen Termin für so wichtig halten, dass wir hier vielleicht auf die Anwesenheit des Finanz- und Wirtschaftsministers verzichten würden, sondern von seiner Zusage für den besagten Termin nur Kenntnis erhalten haben, weil einige von uns als örtliche Abgeordnete zu einem Termin eingeladen wurden, zu dem der Finanz- und Wirtschaftsminister angekündigt wurde, und dass dann der Finanzminister im Nachgang bei der Landtagsverwaltung um Urlaub für den heutigen Nachmittag gebeten hat?

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Frau Kollegin Aras, bitte.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Halt! Ich muss noch etwas fragen!)

– Wir lassen erst die Kollegin Aras auf die Zwischenfragen antworten. Danach steigen wir bei diesem Tagesordnungspunkt vielleicht auch einmal in die inhaltliche Debatte ein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der CDU)

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Das ist nicht mein Problem. – Grundsätzlich ist es natürlich richtig, und so sollte es nach wie vor sein, dass wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier hier am Plenum teilnehmen. Das gilt grundsätzlich fraktionsübergreifend.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Da ich nicht wusste, welchen Termin der Finanzminister wahrnimmt, konnte ich nicht beurteilen, ob es nicht ausnahmsweise einen Grund geben kann, hier abwesend zu sein.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sagen Sie am besten nichts!)

Wenn die Aussage des Kollegen Schmiedel zutrifft – sie scheint richtig zu sein –,

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Volker Schebesta: Spatenstich!)

dann, finde ich, ist das eine mögliche Ausnahme, die man auch anerkennen kann.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Könnte!)

Nicht mehr und nicht weniger habe ich gesagt, und dazu stehe ich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er hat ein Mandat!)

Wir waren bei der Wertschätzung des Rechnungshofs.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, wenn Sie den Rechnungshof bisher so wertgeschätzt haben, warum durfte der Rechnungshof dann bisher nicht im Plenum reden? Erst wir haben das geändert, sodass der Rechnungshof hier öffentlich seine Denkschrift vorstellen kann. So viel zur Wertschätzung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Jetzt kommen wir zur eigentlichen Beratung der Denkschrift 2013. Herr Präsident Munding hat ausführlich dargestellt, dass sich der Finanz- und Wirtschaftsausschuss in mehreren Sitzungen damit befasst hat. Wir haben es uns wirklich nicht einfach gemacht. Es gab unterschiedliche Bewertungen, teilweise auch fraktionsübergreifend; es gab konstruktive, gute und sogar einvernehmliche Bewertungen.

Die Denkschrift und die Arbeit des Rechnungshofs sind für den Finanz- und Wirtschaftsausschuss wirklich wichtig und wertvoll, weil der Rechnungshof nicht nur prüft, wie die Re-

(Muhterem Aras)

gierung, wie die Politik die Steuergelder ausgibt – wir verwalten ja Steuergelder –, sondern weil der Rechnungshof nach eigener Wahl auch bestimmte Bereiche untersucht: War das effektiv? War das sinnvoll? Oder sollte man irgendetwas anders und besser machen? Genau darum geht es.

Diese grün-rote Landesregierung hat etliche Empfehlungen des Rechnungshofs angenommen; teilweise hat sie diese in veränderter Form umgesetzt, teilweise ist sie diesen auch vollständig gefolgt, beispielsweise bei der Sanierung der Landesgebäude. Herr Präsident Munding hat ausgeführt, dass allein im Bereich Hochschule ein Sanierungsstau von 3 Milliarden € besteht.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Da wir erst seit zweieinhalb Jahren regieren, kann dieser Sanierungsstau sicher nicht von uns verursacht worden sein. Der Rechnungshof hat empfohlen, jährlich Mittel in Höhe von 2 % des Gebäudewerts anzusetzen, um diesen Sanierungsbedarf zu decken. Genau das tun wir.

Wertschätzung zeigt sich nämlich auch darin, wie man mit einer Prüfung umgeht. Wir setzen die Ergebnisse um, wir sanieren hier, während die CDU – so sage ich jetzt einmal – eher darauf geschaut hat, wo man Bändchen durchschneiden kann.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das macht ihr doch auch!)

Dann gibt es nämlich schöne Fotos.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Spatenstiche machen! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Deutsch-französisches Projekt! Schienenprojekt! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Die Straßenbahnverlängerung! – Unruhe)

Wir sanieren. Das ist nachhaltig, und es baut Schulden ab.

Das zweite Thema sind die Landesstraßen. Der Rechnungshof hat angeregt, dass man dem Erhalt Vorrang vor Neubau geben sollte. Genau das machen wir. Wir nehmen aber auch Neubaumaßnahmen vor, und zwar dort, wo es notwendig ist, und nach einer genauen Prioritätenliste, die das Verkehrsministerium aufgelegt hat, die transparent ist und bestimmte Kriterien aufzeigt, die jeder nachlesen kann. Wir haben die Mittel für den Straßenbau und für den Erhalt deutlich erhöht, mehr als verdoppelt, und wir haben die Mittel verstetigt.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie verstehen nicht nur nichts von Finanzen, sondern Sie verstehen auch nichts von Straßen und vom Erhalt von Landesvermögen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Der nächste Punkt: Die Denkschrift geht ja auch – auch das hat Herr Präsident Munding erwähnt – auf die Brücken ein.

Eigentlich ist es peinlich, in dieser starken Wirtschaftsregion Baden-Württemberg, in der die Wirtschaft eine gute, intakte Infrastruktur braucht, zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass die Brücken bei uns so vernachlässigt wurden und so marode

sind, dass sogar Sperrungen drohen. Da die Wirtschaft eine intakte Infrastruktur braucht, hat die grün-rote Landesregierung umgehend – der Bericht ist im Sommer 2013 vorgestellt worden – im Nachtrag im Herbst 2013 die Mittel für Brückensanierungen um 25 Millionen € erhöht.

Liebe CDU-Kollegen, Stärkung der Infrastruktur bedeutet Stärkung unserer Wirtschaft und unserer Region. Hier können Sie noch viel lernen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Präsident Munding hat auch das Thema Justizvollzugsanstalten erwähnt. Vielleicht waren Entscheidungen, die seinerzeit – aus welchen Gründen auch immer – getroffen worden sind, unter Kostenaspekten richtig. Heute stellt sich aufgrund der Prüfung des Rechnungshofs heraus, dass dies nicht nur keine Kosten gespart, sondern sogar Mehrkosten verursacht hat. Insofern ist es, abgesehen von der ordnungspolitischen Debatte, aus Wirtschaftlichkeitsgründen richtig, die Teilprivatisierung wieder rückgängig zu machen. Insofern folgen wir auch hier der Empfehlung des Rechnungshofs.

Interessant fand ich aber auch Seite 19 der Denkschrift. Kollege Löffler kann es gern nachlesen. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

*Die Steuereinnahmen des Landes stiegen in den vergangenen zehn Jahren*

– es geht um die Jahre 2003 bis 2012 –

*um durchschnittlich 3,4 %, die Ausgaben hingegen nur um durchschnittlich 2,4 %. Trotzdem hat das Land in diesem Zeitraum 9,9 Milliarden € neue Kredite aufgenommen.*

Liebe CDU, auch bei Ihnen gab es Steuermehreinnahmen – sie lagen einen Prozentpunkt über den Ausgaben –, und trotzdem haben Sie in dieser Zeit 9,9 Milliarden € neue Schulden gemacht. Das ist in der Denkschrift zu lesen und nicht von mir erfunden. Es war nicht nur die Wirtschaftskrise, lieber Kollege, das wissen Sie ganz genau.

Natürlich übt der Rechnungshof in seiner Denkschrift – das ist auch seine Aufgabe; er kann die grün-rote Landesregierung ja nicht nur für wirklich gute Projekte, wie etwa Landessanierung, Vermögenserhalt, Abbaupfad, loben – auch Kritik. So fragt er in seinem Beitrag, wie wir die Nullnettoneuverschuldung in 2020 erreichen wollen, und sagt, man könnte sich ehrgeizigere Ziele vorstellen.

(Zuruf von der CDU: Ja! Recht hat er!)

Darüber, liebe CDU, hätte man vielleicht diskutieren können. Aber wenn Sie jeden Sparvorschlag, den wir eingebracht haben – –

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ihr habt doch eine Mehrheit!)

Man kann konstruktiv darüber streiten, ob die Schuldenbremse früher, also vor 2020, eingehalten werden sollte.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU: Sie wissen es gar nicht!)



(Muhterem Aras)

Dann müssten Sie uns allerdings sagen: Welche Infrastrukturen wollen Sie kaputt machen? In der Aktuellen Debatte heute Morgen zur Dualen Hochschule haben Sie sich gerühmt, welch tolle Leistung Sie erbracht haben; okay. In der Denkschrift steht auch, dass ein deutlicher Anteil des Stellenzuwachses im Wissenschaftsministerium erfolgt ist, beispielsweise beim Masterausbau, Hochschulausbau. Wollen Sie das etwa rückgängig machen?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Nein, das können Sie nicht wollen. Es ist also nicht so einfach, die Schuldenbremse von heute auf morgen einzuhalten. Entscheidend ist vielmehr, einen Abbaupfad vorzulegen, um die laufenden Kosten ohne Kredite langfristig auszugleichen. Genau das haben wir mit der Vorlage des Finanzplans und mit den Orientierungsplänen getan. Die Orientierungspläne konkretisieren diesen Abbaupfad sehr stark. Das ist nachhaltig.

Der Rechnungshof führt in seinem Bericht sehr deutlich aus, dass diese Schulden nicht in den letzten zwei Jahren entstanden sind. Das kann auch keiner von Ihnen behaupten. Der langfristige Abbau des strukturellen Defizits braucht eben einen langen Atem.

Dass wir richtig liegen, belegt nicht nur, dass wir das Rating AAA wiederbekommen haben, was Sie seinerzeit verspielt hatten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Aufstellung des Bundesfinanzministers!)

Zu Ihrer Zeit gab es das nicht mehr. Wir haben es zweimal hintereinander bekommen. Auch die Studie von PwC weist nach, dass diese Landesregierung nach Bayern Platz 2 in der nachhaltigen Finanzpolitik belegt. Das ist doch mindestens die Silbermedaille. Sie hätten nicht einmal Bronze bekommen. Insofern können wir ganz zufrieden sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD  
– Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:  
Wir hatten sogar die Goldmedaille!)

Unsere Finanzpolitik folgt einem Dreiklang aus Sparen, Sanieren und Investieren. Wir sind dankbar für eine weitere kritische und konstruktive Begleitung seitens des Rechnungshofs. Ich fände es sehr gut, wenn wir es im Parlament gemeinsam schaffen würden, auf diesem Weg voranzukommen, und würde mich freuen, wenn sich die Opposition mit uns auf diesen Weg machen würde.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erlaube ich Herrn Abg. Maier das Wort.

**Abg. Klaus Maier SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident Munding, vielen Dank für die anerkennenden Worte. Wir haben in den Ausschüssen gern mit dem Rechnungshof zusammengearbeitet.

Lassen Sie mich zunächst auf die Haushaltsrechnung 2011 kommen. Das ist die Bilanz für das Jahr 2011 und die erste

Haushaltsrechnung, die die neue Landesregierung zu verantworten hat. Sie schließt mit einem rechnerischen Überschuss von 1,3 Milliarden € ab. Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben fallen mit 26,3 Millionen € sehr gering aus. Die einzelnen Ressorts mussten 648 Millionen € globale Minderausgaben erwirtschaften. Das ist gegenüber dem Jahr 2010 eine Verdreifachung und stellt eine beachtliche Konsolidierungsleistung dar. 2011 wurden keine Kredite aufgenommen. Meine Damen und Herren, die grün-rote Landesregierung ist finanzpolitisch glänzend gestartet.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf von der CDU: Und schwer abgestürzt!)

Ein zentrales Anliegen dieser Denkschrift war der Stellenabbau. Wir haben vom Rechnungshof entsprechende Empfehlungen bekommen: k.w.-Vermerke konsequent vollziehen, weitere k.w.-Vermerke ausweisen und frei werdende Stellen nur besetzen, wenn die Notwendigkeit unabweisbar ist. – So weit, so gut. Das Land Baden-Württemberg ist allerdings ein großes Dienstleistungsunternehmen. Die vielfältigen Aufgaben lassen sich nur mit ausreichendem und gutem Personal erfüllen. 30 000 Stellen einfach zu streichen, das geht nicht. Man muss vielmehr sehr differenziert vorgehen. Ich nenne ein paar Beispiele:

Ein kleines Kontingent, aber viel Wasser auf die Mühlen der Opposition sind die Stellen im Zuge der Regierungsneubildung. 147 Stellen, die im Rahmen der Regierungsneubildung 2011 ohne k.w.-Vermerke geschaffen wurden, werden bis 2016 in einem speziellen Programm vollständig eingespart. Der umfangreichste Stellenaufbau fand aber unter Schwarz-Gelb statt, und zwar beim Kultusministerium. Allein durch die Qualitätsoffensive Bildung waren es 3 600 zusätzliche Lehrerstellen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war sinnvoll!)

Die neue Regierung hat dieses Thema trotz vieler Widerstände aufgegriffen und einen Plan entwickelt, wie man hier Stellen abbauen und der demografischen Entwicklung gerecht werden kann.

Im Bereich des Wissenschaftsministeriums entstanden durch Programme wie „Hochschule 2012“ und „Master 2016“ zusätzliche 2 300 k.w.-Stellen. Sie sind vermutlich für längere Zeit als geplant notwendig und sinnvoll.

Das 1 480-Stellen-Einsparprogramm läuft weiter. Wir haben es etwas verlängert. Das Innenministerium hat z. B. über die Regierungspräsidien einen beachtlichen Sparbeitrag geleistet. Jetzt haben wir allerdings schon die Situation, dass im technischen Bereich Personalmangel herrscht, dem gegengesteuert werden muss.

Stellen bei der Steuerverwaltung einzusparen – da unterscheiden wir uns ganz klar von der früheren Regierung – ist kontraproduktiv. Die früheren Landesregierungen haben mit einem Abbau von 2 000 Stellen in den letzten zehn Jahren mehr Schaden als Nutzen gebracht.

Der Rechnungshof hat immer wieder mahnend den Finger gehoben. Die neue Landesregierung handelt und stellt in dieser Legislaturperiode 500 neue Steuerprüfer ein.

(Klaus Maier)

Neben den Sachausgaben wird man natürlich bei den Personalausgaben – Herr Munding, da sind wir mit Ihnen einig – dauerhaft wirksame Einsparungen vornehmen müssen. Das Ziel der Einhaltung der Schuldenbremse spätestens ab 2020 lässt sich sonst nicht erreichen. Die Regierung hat erste Schritte dazu eingeleitet und im Finanzplan 2020 dokumentiert; auch das ist ein neues Instrument. Aufgabenkritik, Abbau von Standards und die demografische Entwicklung werden hier zum Ziel führen.

Nun zur Opposition: Natürlich kommt von der Opposition Kritik. Diese Kritik in Ehren, aber fangen doch auch Sie einmal an zu arbeiten. Legen doch auch Sie einmal einen Plan 2020 vor, aus dem hervorgeht, wie man den vom Rechnungshof angeregten Stellenabbau – und zwar einen richtigen Stellenabbau; es geht nicht nur um ein paar Stellen irgendwo im Nationalpark – umsetzen kann. Bisher sitzen Sie nur im Bremserhäuschen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Lassen Sie mich einige Denkschriftbeiträge herausgreifen.

Zum Ersten: BOS-Digitalfunk Baden-Württemberg. Dieser kostet bis 2021 mindestens 637 Millionen €. Ab 2022 muss man mit jährlichen Folgekosten von 50 Millionen € rechnen. Veranschlagt wurde im Jahr 2005/2006 lediglich eine Verpflichtungsermächtigung von 400 Millionen €. Es sind dabei keine Kosten aus dem Ruder gelaufen; vielmehr wurden laut Rechnungshof „die ersten Kostenschätzungen als nicht finanzierbar eingestuft“. Die wahren Kosten wurden demnach dem Landtag vorenthalten. Der Vorwurf des Rechnungshofs lautet genau:

*Die ... Projektkosten ... waren von Anfang an kleingerechnet und wurden erst sehr spät*

– im Juni 2011, um 160 Millionen € erhöht –

*dem ... Bedarf angepasst.*

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie wollen es nicht mehr hören, aber so etwas nennt man eine Erblast, eine Erblast, die Sie unserem Innenminister hinterlassen haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Zweitens: Informationstechnologie. Drei ganz unterschiedliche Denkschriftbeiträge haben sich damit beschäftigt, zum einen „Krankheitsvertretungsreserve an den öffentlichen Schulen des Landes“, zum anderen „Länderübergreifende Justizprüfung ...“ und zum Dritten „Bürokommunikationssystem im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz“. Der Rechnungshof mahnt zu Recht eine bessere und zentrale elektronische Datenerfassung und -steuerung an. Manche Verwaltungen reagieren auf diese Aufforderung noch sehr zurückhaltend. Man gibt natürlich ungern Kompetenzen und Personal ab. Ich bitte doch alle Ministerien, an dieser Aufgabe aktiv mitzuwirken. Mit einer schlagkräftigen landeseinheitlichen IT kann man die dringend nötigen Konsolidierungserfolge erzielen.

Ich weiß, der politische Wille ist vorhanden. Nach meiner Einschätzung aber geht es beim Organisationsaufbau und bei der Personalsuche – Stichwort CIO –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: CIA!)

nur sehr langsam voran. Herr Staatssekretär Rust, drücken Sie aufs Gas! Sie müssen in diesem Bereich zehn Jahre Rückstand aufholen. Unsere Unterstützung haben Sie.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zum Dritten: Sanierungsstau. Zwei Denkschriftbeiträge befassen sich damit; zum einen ist dies der Beitrag zum Thema „Energieeffizienz der Landesgebäude“. Der Rechnungshof gibt zu diesem Thema eine Reihe von Empfehlungen. Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft sieht sich darin bestätigt, dass eine aktuelle Strategie zur Verbesserung der Energieeffizienz der Landesgebäude sinnvoll und zweckmäßig ist. Bei allen Diskussionen über den besten Weg einer energetischen Sanierung besteht Einigkeit, dass bei den Landesgebäuden der Sanierungsstau abgebaut und dafür auch Geld in die Hand genommen werden muss.

Noch klarer wird das beim Beitrag zum Einzelplan 13: Erhalt von Brücken an Landesstraßen. Hier besteht – wie auch bei den Landesstraßen selbst – ein gewaltiger Sanierungsstau. Ich zitiere aus der Denkschrift:

*Die Brücken an Landesstraßen befinden sich wie das gesamte Straßennetz in einem unbefriedigenden Zustand. ... Der Erhalt der Brücken wurde über viele Jahre vernachlässigt.*

(Zurufe von der SPD)

Das ist eine schwere Last, die uns die alte Landesregierung hinterlassen hat.

(Beifall des Abg. Claus Schmiedel SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Unruhe)

Die grün-rote Koalition antwortet darauf mit Taten. Der Haushaltsansatz für die Sanierung von Straßen und Brücken wurde gegenüber dem langjährigen früheren Mittel verdoppelt. Im Zweiten Nachtrag 2014 wurde der Ansatz um weitere 25 Millionen € erhöht. Ich empfehle dringend, auch im Haushalt 2015/2016 – so wird es auch geplant – weitere, zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen, um dieses Problem in den Griff zu bekommen.

An die Opposition gewandt sage ich mit Blick auf die Debatte von letzter Woche: Wir legen keine Mittel zurück, um vor der nächsten Wahl das Volk zu beglücken, lieber Herr Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein!)

Wir reparieren die Schäden, die entstanden sind, weil Sie an der falschen Stelle gespart haben oder geschlafen haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn Sie weniger schlafen würden, wäre das besser für das Land!)

(Klaus Maier)

Vierter Punkt: Orientierungspläne. Künftig erhalten die Ministerien für die Aufstellung der Haushaltspläne Vorgaben in Form von Orientierungsplänen. Auch das ist ein neues Mittel, ein Teil des Plans, wie man die Schuldenbremse spätestens 2020 einhalten kann.

Zur Umsetzung dieser Sparauflagen helfen die vielen Hinweise des Rechnungshofs in den Denkschriften. Ausdrücklich erwähne ich auch die Beratende Äußerung „Strategische Prüfung Fördercontrolling – Perspektiven des Förderwesens in Baden-Württemberg“. Sie haben hier etwa 900 Millionen € Fördermittel aufgezählt, die wir beeinflussen können. Ich glaube ganz sicher, dass manche Denkschrift des Rechnungshofs im Ministerium herausgezogen wird und bei dieser Arbeit verwendet wird. Das ist also ein ganz guter Beitrag zur Konsolidierung.

Viele dieser Beiträge – aktuelle und frühere – werden sicherlich genau studiert und auf Einsparpotenziale hin untersucht. Der Rechnungshof leistet damit einen dauerhaften Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Dafür danke ich dem Rechnungshof ganz herzlich.

Die Prüfung durch den Rechnungshof – auch das gehört dazu – hat keine Beanstandungen ergeben. Das ist also ein ganz gutes Ergebnis. Der Beschlussempfehlung des Ausschusses stimmt die SPD-Fraktion zu.

Im Namen meiner Fraktion und persönlich bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Munding, und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Arbeit. Richten Sie bitte einen besonderen Dank an den scheidenden Herrn Dr. Willke aus. Ich wünsche ihm von hier aus alles Gute im Ruhestand.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die Denkschrift 2013 hat keine Skandale offenbart – zumindest keine Skandale in der Verwaltung –, und sie hat auch keine besonders gravierenden Fälle öffentlicher Verschwendung ans Tageslicht gebracht – zumindest nicht in der Verwaltung –, aber auch die diesjährige Denkschrift des Rechnungshofs hat eine ganze Fülle von Anregungen und Hinweisen für einen sparsameren und effizienteren Umgang mit öffentlichen Mitteln erbracht.

Die Verdienste des Rechnungshofs um eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung sind unstrittig. Wir, das Parlament, würdigen dies am besten dadurch, dass wir uns rasch und intensiv mit den Anregungen des Rechnungshofs auseinandersetzen, dass wir sie – gegebenenfalls auch in veränderter Form – aufgreifen und dass wir auch die Umsetzung der einmal gefassten Beschlüsse konsequent im Auge behalten.

Dass wir die Denkschrift auch in diesem Jahr erst Ende Februar abschließend beraten, zeigt, dass der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft sich viel Zeit für die Beratung der einzelnen Beiträge genommen hat. Das heißt aber nicht, dass er sich mit besonderer Intensität um die zentralen Fragen der Denkschrift gekümmert hätte, sondern zeigt weit eher, dass

die Regierungskoalition viel Zeit gebraucht hat, um mit den für sie schwierigen Themen der Denkschrift auch nur einigermaßen umgehen zu können.

Eine Reihe von Themen der Denkschrift – ich meine dabei nicht etwa das Landespolizeiorchester oder die Staatlichen Akademien der Bildenden Künste – hätten durchaus eine noch etwas intensivere Debatte verdient. Auf drei Themen der Denkschrift will ich dennoch einmal kurz eingehen.

Das ist zum Ersten der Denkschriftbeitrag Nummer 3: Mehr Konsequenz beim Vollzug von Einsparverpflichtungen. Dabei geht es nicht nur um die in der Beschlussempfehlung des Ausschusses fast bis zur Unkenntlichkeit umgemünzte Mahnung des Rechnungshofs, einmal ausgebrachte k.w.-Vermerke – 17 000 Stellen im Haushaltsplan 2014 – auch real zu vollziehen, sondern es geht um die Glaubwürdigkeit der Konsolidierungspolitik der grün-roten Landesregierung insgesamt. Der uns im November 2013 vorgelegte Finanzplan 2020 geht davon aus, dass es gelingt, die Personalausgaben im Landeshaushalt bezogen auf das Jahr 2020 auf 18,3 Milliarden € zu begrenzen. Dies setzt eine Begrenzung der durchschnittlichen Steigerungsrate der Gehälter für Aktive wie für Pensionäre auf einen Wert von 1,8 % voraus. Es setzt weiter voraus, dass die k.w.-Vermerke im Haushalt auch tatsächlich vollzogen werden. Beides kann man mit guten Gründen in Zweifel ziehen.

Auch wir sagen heute und zum wiederholten Mal, dass wir es für die Zukunft des Landes insgesamt für nicht verantwortbar halten, bis 2020 11 600 Lehrerstellen zu streichen. Aber selbst dann, wenn dies alles geschehen würde, verbliebe nach Ihrem eigenen Finanzplan bis 2020 eine – zwingend auf null zu stellende – Deckungslücke von 1,47 Milliarden €. Sie brauchen einen Trick – Sie veranschlagen Mehreinnahmen aufgrund veränderter Finanzbeziehungen zwischen den Ländern und dem Bund –, um diese Deckungslücke rechnerisch um 400 Millionen € auf 1,07 Milliarden € abzusenken.

Zunächst einmal hatten Sie ja angekündigt: „Wir sind sicher, dass es nach der Bundestagswahl zu einer rot-grünen Bundesregierung kommt, und diese wird dann die Steuern erhöhen.“ Dann hat aber der Wähler anders entschieden; es kam nicht zu einer rot-grünen Bundesregierung,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Und was war mit der FDP?)

es kommt nicht zu Steuererhöhungen. Und was erklärt diese Regierungskoalition? „Na, die 400 Millionen € werden schon woanders herkommen.“ Da können Sie auch gleich Lotto spielen, um auf diese Art und Weise Haushaltskonsolidierungspolitik zu betreiben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wie Sie alle Ziele erreichen wollen, steht völlig in den Sternen. Der Vollzug Ihrer vollmundigen Ankündigungen zum Ausbau der Ganztagschulen und zur Inklusion, der Vollzug Ihrer Stellenabbaubeschlüsse und zusätzlicher weiterer Kürzungen bei Personal- und Sachausgaben im Umfang von 1,4 Milliarden € bis 2020, das alles steht in den Sternen. Dies markiert in der Tat ein erhebliches Glaubwürdigkeitsproblem dieser Regierung, dem Sie sich bislang überhaupt noch nicht gestellt haben.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

In Bezug auf den Denkschriftbeitrag Nummer 4 – Landeschulden und Landesvermögen – hat der Rechnungshof bei der Vorstellung der Denkschrift vor der Landespresse geäußert – ich zitiere –:

*Angesichts der guten Lage bei den Steuereinnahmen hätte ein Weg gefunden werden müssen, auf neue Kredite zu verzichten.*

Dem kann man sich nur vollumfänglich anschließen. Auch hier ist die Botschaft jedoch so weit eingedampft worden, dass als Ausschussempfehlung am Ende nur die Kenntnisnahme herausgekommen ist.

Dass es möglich wäre, für 2013 auf eine Nettokreditaufnahme zu verzichten, kann ernsthaft gar nicht bestritten werden. Auch der von Ihnen gern zitierte Hinweis von Frau Professorin Färber auf den geringen Finanzierungssaldo des Jahres 2020 belegt genau dies. Sie allerdings wollten das nicht, sondern Sie wollen Ihre Kriegskasse füllen, um 2016 einen Volksbeglückungswahlkampf führen zu können, ohne auf die Restriktionen des Haushalts Rücksicht nehmen zu müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Als drittes und letztes Beispiel aus der Denkschrift nenne ich den Beitrag Nummer 15: Energieeffizienz der Landesgebäude. Bisher erfüllen die Landesgebäude die rechtlich verbindlichen Nachrüstpflichten nicht. Auch für die energetische Sanierung gilt, dass die Wirtschaftlichkeit nachzuweisen ist. Zum Bezug von Ökostrom gibt es wirtschaftlichere Alternativen. All das schreibt der Rechnungshof der Landesregierung ins Stammbuch.

Ich hätte das letzte Thema nicht angesprochen, wenn nicht Grün-Rot bei jeder Gelegenheit die eigene Besserwisserie insbesondere in Fragen der Energie-, Umwelt- und Klimapolitik wie eine Monstranz demonstrativ vor sich hertragen würde.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie würden es machen wie Ihr Kollege Rösler!)

– Bitte?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie würden es machen wie Ihr Herr Rösler!)

– Was macht denn Ihr Kollege Rösler?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Nein! Ihr Kollege Rösler! – Heiterkeit bei den Grünen)

Natürlich gab es – wie in jedem Jahr – viele weitere Themen, bei denen der Ausschuss nicht nur formale Einmütigkeit dabei erzielte, sich die Empfehlungen des Rechnungshofs unverändert oder modifiziert zu eigen zu machen. Deshalb gilt es auch heute die in aller Regel exzellente Arbeit des Rechnungshofs zu würdigen. Einzelne Punkte der Kritik können und sollen dies nicht abschwächen.

Deshalb zum Schluss unser Dank an Präsident Munding, an die Damen und Herren des Senats und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungshofs.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung darf ich Herrn Staatssekretär Rust ans Rednerpult bitten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wo ist der Minister noch einmal? Das habe ich ganz vergessen!)

**Staatssekretär Ingo Rust:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eingangs noch einmal den Herrn Finanz- und Wirtschaftsminister entschuldigen. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass seine Abwesenheit nichts mit einer Missachtung dieses wichtigen Tagesordnungspunkts und des Rechnungshofs von Baden-Württemberg zu tun hat.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich wäre aber, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, einfach vorsichtig mit Vorwürfen, wie Sie sie erheben, wenn Sie dem Minister vorhalten, es sei eine Missachtung des Rechnungshofs oder eine Geringschätzung dieses Tagesordnungspunkts, wenn er bei einem anderen Termin ist und der Staatssekretär den Beitrag im Plenum übernimmt – was auch bei Anwesenheit des Ministers hätte der Fall sein können.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Hier wäre ich – erstens – auch deshalb vorsichtig, weil Ihr Fraktionsvorsitzender mittlerweile auch nicht mehr hier ist und Ihre Reihen ebenfalls deutlich gelichtet sind. Auch das könnte man als Geringschätzung interpretieren.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Den können wir herbeizitieren! Der kommt schnell!)

Zweitens habe ich Ihre – gespielte – Empörung nicht im Jahr 2005 gespürt, als der damalige Staatssekretär Hillebrand zu diesem Tagesordnungspunkt „Denkschrift“ gesprochen hat, nicht im Jahr 2007, als Staatssekretär Fleischer dazu gesprochen hat, nicht im Jahr 2009, als wieder Staatssekretär Fleischer zu diesem Tagesordnungspunkt gesprochen hat, und nicht im Jahr 2010, als der damalige Staatssekretär Dr. Scheffold zu diesem Tagesordnungspunkt gesprochen hat. Wo waren denn all die CDU-Finanzminister in dieser Zeit?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, wo waren sie denn?  
– Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Meine Damen und Herren, ich glaube aber, mit solchen Kleinigkeiten müssen wir uns hier eigentlich nicht auseinandersetzen. Denn wenn ein Ministerium einen politischen Staatssekretär hat, dann kann der genauso zu einem Tagesordnungspunkt am späten Nachmittag reden, wie das der Minister kann. Deshalb sollten wir, meine ich, etwas zurückhaltender sein mit solchen Vorwürfen, zumal in der Vergangenheit ebenfalls Ihre eigenen Staatssekretäre dazu gesprochen haben. Kollege Hillebrand hat damals übrigens eine wunderbare Rede zu diesem Thema gehalten; ich erinnere mich noch gut.

Daher glaube ich, dass es nichts mit der Wertschätzung des Rechnungshofs zu tun hat, ob der Staatssekretär oder der Minister diesen Punkt übernimmt.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schebesta?

**Staatssekretär Ingo Rust:** Selbstverständlich.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Herr Staatssekretär, es geht gar nicht um die Frage, ob Sie reden oder der Minister. Es gibt dienstliche Gründe, die für eine Verhinderung im Parlament sprechen können. Aber ich würde mich jetzt schon freuen, wenn Sie mit uns darin einig wären, dass man sich darum bemüht, dass die Regierung genauso wie das Parlament Plenarsitzungstermine wahrnimmt und man keine Termine in Wahlkreisen von Kollegen vereinbart, die zu diesen Veranstaltungen eingeladen sind, aber wegen der Plenarsitzung nicht teilnehmen können. Das ist eigentlich Usus; es ist Brauch, dass das von der Regierungsseite akzeptiert wird und deshalb parallel zu Plenarsitzungen keine Veranstaltungen zugesagt werden.

**Staatssekretär Ingo Rust:** Ich verrate Ihnen ein Geheimnis: Ich hätte gesprochen, ob er jetzt da gewesen wäre oder nicht, weil ich diesen Tagesordnungspunkt übernommen habe,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist auch nicht der Punkt! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist denn Ihr Problem?)

wie das zuvor stets genauso der Fall war, wie es bei Ihren eigenen Leuten eben auch der Fall war. Ich glaube, der Rechnungshof versteht es auch sehr richtig, wenn ich zu diesem Tagesordnungspunkt spreche.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Es geht darum, wo der Minister ist, und nicht darum, ob der Rechnungshof es versteht!)

Jetzt würde ich aber gern zum Thema kommen. Es war mir jedoch wichtig, das noch einmal zu sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Mir ist es wichtig, den Rechnungshof noch einmal in drei Punkten besonders zu würdigen. Erstens ist er uns ein wichtiger unabhängiger Gutachter. Das sage ich mit der Betonung auf dem Wort „unabhängig“; diese Unabhängigkeit gibt ihm Freiheit – eine relativ große Freiheit – in dem, was er äußert, in dem, was er untersucht, in dem, was er prüft. Er ist für uns ein Mahner, der den Finger in die Wunde legt. Das schmerzt durchaus auch ab und zu. Aber er hat für uns eine mahnende Funktion – im Unterschied zu anderen gesellschaftlichen Organisationen, die dies ebenfalls versuchen –, die er mit sehr großer Fachkompetenz ausübt, z. B. was die Kenntnis der Verwaltung, der inneren Abläufe betrifft. Deshalb hat er diese Mahnerfunktion zu Recht, und er genießt auch zu Recht in diesem Punkt großes Ansehen.

Herr Munding, Sie wollen – diesen Begriff haben Sie verwendet – kein „Besserwisser ex post“ sein. Genau das sind Sie nicht. Sie, der Rechnungshof, sind ein konstruktiver Ratgeber, und das schätze ich sehr. Denn das gehört gar nicht einmal primär zu Ihren Verpflichtungen; Sie könnten auch einfach nur die Fehler aufzeigen. Aber Sie tun als Rechnungshof in Baden-Württemberg mehr; Sie zeigen auch Wege auf, wie es besser gemacht werden kann. Dafür sind wir sehr dankbar,

weil das wirklich konstruktive Kritik ist, die wir hinterher in entsprechende Beschlüsse und dann auch in die Praxis umsetzen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin deshalb sehr dankbar und darf Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Namen der Landesregierung für die Arbeit, die Sie mit der Denkschrift geleistet haben, deren Kenntnisnahme wir heute beschließen, sehr herzlich danken.

Lassen Sie mich auf einige Punkte eingehen, die von verschiedenen Rednern angesprochen wurden. Zunächst einmal möchte ich das Thema „Bündelung der IT“ erwähnen, das Sie, Herr Munding, angesprochen haben. Ich bin sehr dankbar für Ihre mahnende und auch drängende Begleitung. Ich möchte nicht verhehlen, dass diese den zwei federführenden Ressorts, dem Innenministerium und dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, durchaus Rückendeckung gibt. Ressortinteressen gibt es immer. Ressortinteressen haben früher immer verhindert, dass es eine Bündelung so, wie wir sie jetzt beschlossen haben, geben konnte. Deshalb ist es ganz gut, wenn wir als treibende Ressorts etwas Rückenwind bekommen. In diesem Bereich sind wir auf einem guten Weg.

Es könnte natürlich alles schneller gehen; da bin ich mit Ihnen völlig einig. Ich möchte nicht verhehlen, dass es nicht einfach ist, für eine solche Herkulesaufgabe einen CIO zu bekommen. Bei dem, was die öffentliche Verwaltung als Bezahlung für angemessen erachtet, im Vergleich zu dem, was CIOs, IT-Experten in der freien Wirtschaft – zumal bei der derzeitigen konjunkturellen Lage – verdienen, stehen wir hier vor einer gewissen Herausforderung. Deshalb geht es auch nicht so schnell, wie wir uns das vielleicht wünschen würden. Aber Gründlichkeit geht auch hier vor Schnelligkeit. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir hier noch im Laufe des Jahres gute Erfolge vorzeigen können.

Ich möchte noch ein Wort zum Kollegen Löffler sagen: Grundsätzlich schätze ich unterhaltsame Reden im Parlament. Die meisten Ihrer Reden sind auch unterhaltsam. Eine kleine Bitte hätte ich aber schon: Relativieren Sie bitte den Begriff „Drückerkolonnen der Gewerkschaft“ noch einmal. Denn ich denke, dass wir den vielen gut organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich für andere bzw. für die Interessen der Beschäftigten einsetzen, Unrecht tun, wenn wir sie mit dieser Begrifflichkeit versehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Im Ausschuss haben wir viele Punkte besprochen. Der Ausschuss hat dankenswerterweise auch zu vielen Punkten mit großer Mehrheit Beschlüsse gefasst. Die Landesregierung wird selbstverständlich alles tun, um diese Beschlüsse inhaltlich zeitgerecht umzusetzen. Ich bin zuversichtlich, dass uns dies gelingen wird.

Wie bereits von verschiedenen Rednern gesagt wurde, sind dieses Mal in der Denkschrift keine großen Skandale aufgeführt, sondern viele kleine Punkte, an denen deutlich wird, dass es – das wird immer wieder der Fall sein – Verbesserungsbedarf in der Verwaltung, in den Organisationen, in den Betrieben des Landes gibt. Das wird eine Daueraufgabe sein. Es ist eine Daueraufgabe, sich ständig damit zu beschäftigen,

(Staatssekretär Ingo Rust)

wie die Aufgaben noch effizienter und noch besser umgesetzt werden können.

Abschließend möchte ich dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss mit dem Vorsitzenden, Herrn Klein, für die konstruktive und gute Beratung sehr herzlich danken. Ich denke, es war angemessen, dass man sich die Zeit nimmt. Auch da geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich danken, die viel Zeit investiert haben, um sich im Ausschuss intensiv auch um manchmal kleine Fragen zu kümmern, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und im Diskurs gute Lösungen zu finden.

Herzlichen Dank den Mitgliedern und dem Vorsitzenden des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und Ihnen allen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, in der Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft.

Zur Denkschrift 2013 des Rechnungshofs, Punkt 7 a der Tagesordnung, liegen insgesamt 22 Beschlussempfehlungen vor. Ich schlage vor, Sie stimmen diesen 22 Beschlussempfehlungen entsprechend Ihrem Abstimmungsverhalten im Ausschuss zu. – Sie sind damit einverstanden. Dann ist es so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft unter Punkt 7 b der Tagesordnung – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs –, Drucksache 15/4582. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen?

(Zuruf von der SPD zur CDU: Was ist los? – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Sollen wir noch einmal abstimmen? Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Beschlussempfehlung einstimmig zugestimmt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das machen wir jetzt immer so!)

Wir kommen nun noch zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft unter Punkt 7 c der Tagesordnung – Haushaltsrechnung –, Drucksache 15/4583. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Beschlussempfehlung einstimmig zugestimmt.

Somit ist Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Ich rufe die **Punkte 8 bis 15** der Tagesordnung gemeinsam auf:

**Punkt 8:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 20. Dezember 2013 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 10: Zentrale Bußgeldstelle beim Regierungspräsidium Karlsruhe – Drucksachen 15/4557, 15/4713**

**Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann**

**Punkt 9:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Dezember 2013 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 15: Gemeinsame Datenverarbeitungsstelle der Justiz – Drucksachen 15/4511, 15/4710**

**Berichterstatter: Abg. Peter Hofelich**

**Punkt 10:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2013 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 28: Württembergische Philharmonie Reutlingen und Stuttgarter Philharmoniker – Drucksachen 15/4558, 15/4711**

**Berichterstatter: Abg. Johannes Stober**

**Punkt 11:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. Dezember 2013 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Sicherung der Ansprüche des Landes im Zusammenhang mit dem Rückkauf der EnBW-Anteile von der Electricité de France – Drucksachen 15/4510, 15/4709**

**Berichterstatter: Abg. Karl Klein**

**Punkt 12:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 17. Dezember 2013 – Wohnungspolitik 2014 – Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung – Drucksachen 15/4562, 15/4708**

**Berichterstatter: Abg. Karl Klein**

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

**Punkt 13:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 11. Februar 2014 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020 bis 2030 – Drucksachen 15/4754, 15/4784**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Bernd Murschel**

**Punkt 14:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 11. Februar 2014 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Einrichtung und Anwendung einer Marktstabilitätsreserve für das EU-System**

**für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten – Drucksachen 15/4756, 15/4785**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Bernd Murschel**

**Punkt 15:**

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 15/4741, 15/4742, 15/4743**

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 19. März 2014, um 9:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die heutige Sitzung.

**Schluss: 16:55 Uhr**